

Abgeordnetenhaus **BERLIN**

19. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Beschlussprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung, Verbraucherschutz

63. Sitzung
8. Oktober 2025

Beginn: 14.00 Uhr
Schluss: 19.19 Uhr
Vorsitz: Herr Abg. Sven Rissmann (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Senat wird durch Frau Senatorin Dr. Badenberg und Frau Staatssekretärin Hoffmann (alle SenJustV) repräsentiert.

Überdies ist für die Senatsverwaltung für Finanzen Frau Brockmann und Frau Much (beide Abteilung II - Finanzpolitik und Haushalt/SenFin) sowie für die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen Herr Krüssel anwesend.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Sitzung live auf der Homepage des Abgeordnetenhauses als Stream übertragen werde und überdies im Nachgang auf der Homepage des Abgeordnetenhauses über die Mediathek abrufbar sei.

Er stellt fest, dass die Pressevertreterinnen und Pressevertreter Bild- und Tonaufnahmen dieser öffentlichen Ausschusssitzung gemäß Art. 44 Abs. 1, S. 2 der Verfassung von Berlin i. V. m. § 4 Abs. 3 und Abs. 2, S. 2 der Hausordnung der Präsidentin vom 14. März 2023 anfertigen dürfen.

Punkt 1 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/2627

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von
Berlin für die Haushaltsjahre 2026 und 2027
(Haushaltsgesetz 2026/2027 – HG 26/27)**

[0257](#)
Recht
Haupt(f)

**Hier: Einzelplan 06 (SenJustV) sowie Einzelplan 12
Kapitel 1250 Maßnahmengruppe 06 –
Hochbaumaßnahmen der Senatsverwaltung für
Justiz und Verbraucherschutz**

– 2. Lesung –

In die Beratung wird einbezogen:

Bericht SenJustV

[0257-1](#)
Recht

Sammelvorlage SenJustV vom 23.09.2025

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von
Berlin für die Haushaltsjahre 2026 und 2027
hier: Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1.
Lesung des Ausschusses für Verfassungs- und
Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung,
Verbraucherschutz**

Dem Ausschuss liegen folgende Unterlagen vor:

- der dem Ausschuss überwiesene Einzelplan 06 und der Einzelplan 12 mit dem überwiesenen Kapitel 1250 und der Maßnahmengruppe 06,
- die Sammelvorlage der Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz mit insgesamt 298 Berichten zu den beschlossenen Berichtsaufträgen,
- insgesamt 35 Änderungsanträge der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und der AfD-Fraktion,
- weitere Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Anlage 2), welche nachgereicht wurden und aufgrund der Kurzfristigkeit während der Sitzung an die Ausschussmitglieder und den Senat als Tischvorlage verteilt wurden
- und die durch das Ausschussbüro angefertigte Synopse (Anlage 1) mit den beschlossenen Berichtsaufträgen und den Änderungsanträgen der Fraktionen ausgenommen der nachgereichten Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Synopse auf der Homepage des Abgeordnetenhauses zu dem entsprechenden Vorgang mit der Vorgangsnummer 0257 beim Ausschuss für Ver-

fassungs- und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung und Verbraucherschutz hochgeladen und damit für die Öffentlichkeit einsehbar sei.

Der Vorsitzende legt die Verfahrensabschnitte der heutigen 2. Lesung dar.

Er weist darauf hin, dass in der Generalaussprache jede Fraktion gemäß den durch den Ausschuss beschlossenen Regularien zu den Haushaltsberatungen vom 11. Juni 2025 eine Redezeit von sechs Minuten zur Verfügung habe, die auch unter mehreren Ausschussmitgliedern innerhalb einer Fraktion aufgeteilt werden könne.

Überdies gibt er detaillierte Hinweise zum Verfahren der Beratung der einzelnen Titel (Einzelberatungen).

Er erinnert daran, dass der Ausschuss in der letzten 62. Sitzung am 24. September 2025 beschlossen habe, die Beratungen in der 2. Lesung mit dem Kapitel 1250 zu beginnen, um einer Bitte der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen nachzukommen.

Frau Senatorin Dr. Badenberg (SenJustV) stellt dem Ausschuss den Einzelplan 06 vor und erläutert dessen Grundzüge.

Die Generalaussprache wird entsprechend der beschlossenen Regularien für die Haushaltsberatung vom 11. Juni 2025 absteigend in der Reihenfolge der Stärke der Fraktionen beginnend mit der stärksten Fraktion durchgeführt.

Im Rahmen der Generalaussprache nehmen:

- Herr Abg. Herrmann (CDU),
- Herr Abg. Lehmann (SPD)
- Frau Abg. Lüdke (SPD)
- Frau Abg. Dr. Vandrey (GRÜNE)
- Herr Abg. Dr. Altuğ (GRÜNE)
- Herr Abg. Valgolio (LINKE)
- Frau Abg. Seidel (LINKE)
- und Herr Abg. Vallendar (AfD)

Stellung.

Im Anschluss an die Generalaussprache tritt der Ausschuss in die Beratungen der einzelnen Kapitel und Titel des Einzelplans 06 und 12 (Einzelberatungen) anhand der vorliegenden Synopse (Anlage 1) ein.

Im Rahmen der Einzelberatungen nehmen:

- Frau Senatorin Dr. Badenberg
- Frau Staatssekretärin Hoffmann
- Frau Abteilungsleiterin Gerlach
- Frau Abteilungsleiterin Grohmann

- Herr Referatsleiter Sauer
- Herr Referatsleiter Schwalbe
- und Herr Abteilungsleiter Tielke

Stellung (siehe zu den Einzelheiten der Beratungen der einzelnen Titel das Inhaltsprotokoll der 63. Sitzung).

Die durch die Fraktionen eingereichten Änderungsanträge werden bei den Titeln, auf die sie sich beziehen, auf Wunsch und bei Bedarf durch die Antrag stellende/n Fraktion/en begründet und beraten, bevor sie abgestimmt werden (siehe zu den teilweisen Begründungen durch die, die Änderungsanträge stellenden, Fraktionen und den diesbezüglichen Stellungnahmen des Senats das Inhaltsprotokoll der 63. Sitzung und zu den Ergebnissen der Abstimmungen der Änderungsanträge die Ergebnissynopse in der Anlage 1 zu diesem Beschlussprotokoll).

Im Anschluss an die Einzelberatungen beschließt der Ausschuss:

- mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und der AfD, dem federführenden Hauptausschuss zu empfehlen, den überwiesenen Einzelplan 06 anzunehmen und
- mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und der AfD, dem federführenden Hauptausschuss zu empfehlen, den Einzelplan 12 hinsichtlich des überwiesenen Kapitels 1250 mit der Maßnahmengruppe 06 anzunehmen.

Der Vorsitzende stellt abschließend fest, dass die, in der 1. Lesung am 10. September 2025 beschlossenen, Berichtsaufträge des Ausschusses durch die Sammelvorlage der Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz und die mündlichen Stellungnahmen der o. g. Repräsentantinnen und des o. g. Repräsentanten des Senats erfüllt worden und damit erledigt seien.

Punkt 2 der Tagesordnung

Verschiedenes

Der Vorsitzende teilt mit, auf die Durchführung einer Runde der Sprecherinnen und Sprecher zur Festlegung der Tagesordnung der kommenden Sitzung zu verzichten. Aufgrund der Herbstferien und des längeren zeitlichen Abstands bis zur kommenden Sitzung bittet er stattdessen die Fraktionen, ihm bis Mittwoch, dem 29. Oktober 2025, Vorschläge für die Tagesordnung zu unterbreiten. Er werde auf der Basis der eingereichten Vorschläge nach § 25 Abs. 3, S. 1 GO Abghs eine Tagesordnung erstellen und herausgeben.

Die nächste 64. Sitzung findet am Mittwoch, dem 5. November 2025, um 14.00 Uhr statt.

Der Vorsitzende

Die Schriftführerin

Sven Rissmann

Dr. Petra Vandrey

Synopse der Berichtsaufträge und Änderungsanträge der Fraktionen zum Haushaltsplan 2026/2027 zur 2. Lesung im Ausschuss für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung, Verbraucherschutz am 8. Oktober 2025

hier: Einzelplan 06 (SenJustV) sowie Einzelplan 12 Kapitel 1250 Maßnahmengruppe 06 – Hochbaumaßnahmen der Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag	Fraktion	Bemerkungen
Einzelplan 06 – Kapitelübergreifend							
1.		über-greifend		Organisationsstruktur	Wie beurteilt die Senatsverwaltung Wirkung und Erfolg der Neuorganisation und Neuaufstellung der SenJustV?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 1
2.		über-greifend		Mittelbindung	Inwiefern wird die hohe Mittelbindung durch langfristige Verpflichtungen verursacht – und wie kann deren Planung besser mit dynamischen Bedarfen (z. B. Personal, Infrastruktur, IKT) abgestimmt werden?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 2
3.		über-greifend			Hauptgruppe 1: Wodurch begründet sich die Annahme des Aufwuchses ggü. dem IST 2024 um ca. 20,4 Mio. Euro per anno? In welchen Kapiteln und Titeln gibt es ggf. aus welchen Gründen signifikante Steigerungen der Einnahmen?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 3
4.		über-greifend			– Hauptgruppe 4: Bitte um Darstellung der Differenz des Stellen-Solls und des Stellen-Ist in VZÄ und Besoldungs- bzw. Entgeltgruppe für alle Behörden und Behördenteile im Geschäftsbereich per 31.8.2025. – Bitte um Darstellung in VZÄ und Besoldungs- bzw. Entgeltgruppe für alle Behörden und Behördenteile im Geschäftsbereich in Jahresscheiben, welche Stellen bis Ende 2030 altersbedingt frei werden. – Bitte um Darstellung der Differenz zwischen veranschlagtem Soll und IST jeweils der per 31.12. für die Jahre 2023 und 2024 der Hauptgruppe 4 insgesamt sowie zusätzlich nach Kapiteln. Bitte um Darstellung und Begründung, warum es in welchen Kapiteln in den 4er Titeln zu jeweils welcher absoluten und prozentualen	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 4 bis 54

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag	Fraktion	Bemerkungen
					Unterschreitung des Soll gekommen ist. – Bitte um Darstellung aller neu veranschlagten Stellen in den Planjahren 2026 und 2027 nach Geschäftsbereichen und Besoldungs- bzw. Entgeltgruppe		
5.		über-greifend			Hauptgruppe 5: Wodurch begründet sich der Aufwuchs ggü. dem IST 2024 um ca. 22 Mio. Euro per anno? In welchen Kapiteln und Titeln gibt es ggf. aus welchen Gründen signifikante Steigerungen der Einnahmen?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 55
6.		über-greifend			Hauptgruppe 6: Bitte um Auflistung und Begründung aller Zuwendungsempfänger aus allen 6er-Titeln, die ggü. dem IST 2024 in jeweils welcher Höhe in beiden Planjahren 2026 und 2027 neu oder auch gar nicht mehr veranschlagt werden.	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 56 bis 57
7.		über-greifend			Hauptgruppe 8: Bitte um Auflistung und Begründung aller Änderungen bei Investitionsvorhaben aus allen 8er-Titeln mit folgender Maßgabe: Welche Maßnahmen in welcher Höhe sind neu für 2026 und 2026 ggü. 2025 hinzugekommen, gestrichen worden oder angepasst worden? Welche Investitionen wurden aus dem EP z.B. zum Zwecke alternativer Finanzierungen ausgelagert?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 58 bis 63
8.		über-greifend			Hauptgruppe 8: Bitte um Auflistung des aktuellen Investitionsbedarfs und dessen Höhe und Art in allen Liegenschaften des Geschäftsbereiches (standortscharf) einschließlich der Fuhrparks und der IT.	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 64 bis 68
9.		über-greifend			Hauptgruppe 8: Welche Investitionen im EP sollen nach welchem Verfahren über mittelbar oder unmittelbar bzw. im Wege der Kofinanzierung mit Bundesmitteln realisiert werden?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 69
10.		über-greifend			Wie stellt bzw. stellte sich der Tageshaftkostensatz in den Jahren 2023 bis 2025 dar und wie setzt er sich zusammen? Mit welchen Tageshaftkostensatz wird für die Planjahre 2026 und 2027 kalkuliert?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 70
11.		über-greifend			Wie viele Hafttage zu welchen Gesamtkosten entfielen in den Jahren 2023 bis 31.8.2025 auf welche JVA? Wie viele davon sind der Ersatzfreiheitsstrafe zuzuordnen (Tage und Kosten)? Inwieweit ist es durch die Anhebung des Landesumrechnungsmaßstabes zur Tilgung eines Tagesatzes zu welchen Kostensteigerungen bei den Haftkosten gekommen?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 71

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag	Fraktion	Bemerkungen
12.		über-greifend			Bitte um titelscharfe Darlegung per 31.8.2025 aus welchen Titeln bisher haushaltswirtschaftlich die pauschale Minderausgabe i.H.v. 8,7 Mio Euro erbracht wurde?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 72 bis 73
13.		über-greifend		Suizidprävention	Welche Erfolge sind im Zuge der Suizidprävention im Strafvollzug zu verzeichnen und wie kann sie weiter gestärkt werden? Welche Mittel waren bisher vorgesehen und wie wurden die Projekte umgesetzt?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 74 bis 75
14.		über-greifend			Wie viele Verfahren sind in 2023, 2024 und per 31.8.25 jeweils bei den einzelnen Gerichten und bei der Staatsanwaltschaft eingegangen, wie viele waren in 2023, 2024 und per 31.8.25 jeweils noch aus den Vorjahren anhängig, wie viele konnten in 2023, 2024 und per 31.8.25 erledigt und wie viele waren jeweils in 2023, 2024 und per 31.8.25 unerledigt? Bitte gesondert nach Jahr und Gerichten/Staatsanwaltschaft angeben	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 76 sowie Anlage zur lfd. Nr. 14
15.		über-greifend			Wie ist der Stand der Entwicklungen bei den Justizgebäuden (z.B. Kathreiner-Haus und Kirchstraße; gegenwärtige und geplante Mieten- und Mietnebenkosten; Bauunterhaltung; Kosten der Ausstattung; Zeitpläne...)?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 77 bis 78
16.		über-greifend			Welche Maßnahmen und Projekte der Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt“ (IGSV) wurden im Jahr 2024 und 2025 über den Einzelplan 06 abgebildet und umgesetzt? Bitte mit Nennung des entsprechenden Haushaltstitels.	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 79 bis 80
17.		über-greifend			Welche Maßnahmen und Projekte der Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt“ (IGSV) sollen im Jahr 2026 und 2027 über den Einzelplan 06 abgebildet und umgesetzt werden? Bitte mit Nennung des entsprechenden Haushaltstitels.	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 81
18.		über-greifend			Inwieweit sind im Einzelplan 06 Maßnahmen oder Projekte im Zusammenhang mit der der Landesstrategie „Landesstrategie für queere Sicherheit und gegen Queerfeindlichkeit“ im Jahr 2026 und 2027 eingeplant? Bitte Auflistung mit Nennung des entsprechenden Haushaltstitels.	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 82

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag	Fraktion	Bemerkungen
19.		über-greifend		Personalausstattung anstaltseigene Betriebe	Wie wird die Personalausstattung in den anstaltseigenen Betrieben (z. B. Schlosserei, KFZ-Werkstatt, Küche) so gestaltet, dass sowohl Sicherheitsanforderungen als auch Resozialisierungsziele durch qualifizierte Anleitung und Betreuung gewährleistet sind?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 83
20.		über-greifend		Serviceportal Justiz	Welche Pläne bestehen für den Betrieb des zentralen Serviceportals der Justiz?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 84
21.		über-greifend		Personalauslastung JVA	Wie stellen sich Personalauslastung und -bedarfe in den JVA dar?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 85
22.		über-greifend			Wie wird die Personalausstattung im Hinblick auf eine effektive Verfolgung der a) Jugendkriminalität b) Organisierte Kriminalität (einschl. Clankriminalität) bewertet?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 86
23.		über-greifend		Vermögensabschöpfung	Wie will der Senat die Vermögensabschöpfung weiter intensivieren und welche Erfolge sind insbesondere bei der Vermögensabschöpfung bei Ordnungswidrigkeiten zu verzeichnen?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 87
24.		über-greifend		Mobiles Arbeiten	Wie gewährleistet der Senat das mobile Arbeiten für die Mitarbeiter der Justiz? Ist der Ausstattungsbedarf gedeckt und wann wird damit zu rechnen sein? Welche laufenden Kosten entstehen?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 88 bis 89
25.		über-greifend	über-greifend		Welche fachlichen und haushälterischen Gründe waren maßgeblich für die Zusammenführung aller Kapitel der Strafverfolgungsbehörden und ordentlichen Gerichtsbarkeiten?	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 90
26.		über-greifend	über-greifend		Bitte um titelscharfe Darstellung, wie die Pauschale Minderausgabe (PMA) des EP06 in Höhe von 8.748.000 EUR – 0600/97203 - in den Jahren 2024 und 2025 aufgelöst wurde? Bitte um projektscharfe Darstellung in Bezug auf die Auflösung im Titel 0600/68406 für diese Jahre.	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 91 bis 92 sowie Anlage zur Lfd. Nr. 26

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag	Fraktion	Bemerkungen
27.		über-greifend	über-greifend		Wie erklärt sich die sehr hohe pauschale Minderausgabe (PMA) von über 12 Mio. EUR jährlich im Kopfkapitel? Bitte um kapitel- und titelscharfe Darstellung, wie diese hohe Pauschale Minderausgabe in Höhe von 12.330.0000 (für 2026) bzw. 12.560.000 EUR (für 2027) des EP06 – 0600/97203 – in den Jahren 2026 und 2027 aufgelöst werden soll? Welche Ausgaben werden davon konkret betroffen sein? Bitte um projektscharfe Darstellung in Bezug auf die Auflösung im Titel 0600/68406 für diese Jahre. Wie wird den Projektträgern Planungssicherheit gewährleistet? - Welche Titel und Teilansätze des EP 06 können grundsätzlich zur Auflösung der PMA herangezogen werden? Bitte kapitel-/titelscharf und in konkreter Höhe angeben.	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 93
28.		über-greifend	über-greifend		Wurden Mittel für das Sondervermögen aus dem Einzelplan 29 bzw. Kapitel 2980 angemeldet? Wenn nicht, weshalb? Falls ja, wieso finden sich dort keine Mittel der Maßnahmengruppe 06?	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 94
29.		über-greifend	über-greifend		Bitte um Erläuterung, wie mit dem Haushaltsplan 2026/2027 die Umsetzung der Richtlinien der Regierungspolitik im Justizbereich umgesetzt werden sollen, unter Darstellung der Projekte/Vorhaben und damit verbundenen Kapitel/Titel, einschließlich der jeweiligen Ansätze bzw. Teilansätze.	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 95 bis 96
30.		über-greifend	über-greifend		Wie ist der Stand beim Ausbau des zentralen Serviceportals der Justiz? Wurde die geplante konzeptionelle Überprüfung abgeschlossen und wenn ja, mit welchem Ergebnis?	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 97
31.		über-greifend	über-greifend		– Welche konkreten Maßnahmen und Projekte zur Resozialisierungsarbeit sind in 2026 und 2027 jeweils geplant und in wo und in welcher Höhe etatisiert? Bitte um projektscharfe Angabe unter Nennung der jeweiligen Kapitel und Titel. – Welche Angebote zur Resozialisierung werden aus den Mitteln der Kapitel der JVAen finanziert? Bitte um konkrete Nennung der Angebote mit den jeweiligen Kosten. Wie ist die Auslastung dieser Angebote jeweils? – Konnten mit den vorhandenen Mitteln, die durch die Kürzungen im	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 98 bis 103

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag	Fraktion	Bemerkungen
					Haushaltsjahr 2024/25 weggefallenen Angebote der freien Träger im Rahmen der Resozialisierungsarbeit, durch Angebote seitens der JVAen vollständig ausgeglichen werden? – In welchen Titeln findet sich das Projekt „Resozialisierung durch Digitalisierung“ wieder? In welcher Höhe wird das Projekt „Resozialisierung durch Digitalisierung“ finanziert? – Konnte das Gefängnistheater Aufbruch erhalten werden? Wenn ja, in welchem Umfang? In welchem Umfang gab es hierfür Spenden? Wie soll es weiter erhalten werden, welche Mittel werden dafür veranschlagt (Kapitel / Titel). Sind die veranschlagten Mittel auskömmlich, um das Theater (ohne private Spenden) zu erhalten, in welchem Umfang?		
32.		über-greifend	über-greifend		Bitte um Darstellung, in welcher Höhe Mittel für die Beratung von drogenabhängigen Inhaftierten bzw. für Programme zur Unterstützung für von Betäubungsmittelmissbrauch Betroffenen in den Justizvollzugsanstalten etaisiert sind, unter Angabe der jeweiligen Kapitel und Titel, sowie Nennung der konkreten Projekte.	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 104
33.		über-greifend	über-greifend		Bitte um Darstellung welche Investitionen für den weiteren Ausbau der Digitalisierung in der Justiz im Doppelhaushalt 2026/2027 vorgesehen sind, ob eine mittelfristige Digitalstrategie vorliegt und wie diese finanziell unterlegt ist, inwieweit Bundesmittel oder IT-Staatsverträge (z. B. FIT-Store) in Anspruch genommen werden und welche strategischen Prioritäten gesetzt werden.	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 105
34.		über-greifend	über-greifend		Bitte um Darstellung wie viele Gerichtssäle in welchen Gerichten mit Videokonferenztechnik vollständig ausgestattet sind, wo weiterer Ausstattungsbedarf besteht, wie Nutzungszahlen und Auslastung der digitalen Formate (z. B. Online-Verhandlung) aussehen und wie die technische Unterstützung und Wartung in der Praxis gewährleistet wird. Wo ist dies in welcher Höhe etaisiert? Bitte Angabe unter Nennung von Kapitel/Titel.	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 106 bis 110

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag	Fraktion	Bemerkungen
35.		über-greifend	über-greifend		Bitte um Darstellung welche Pilotprojekte zum Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) in der Berliner Justiz derzeit laufen oder geplant sind, welche Anwendungsfelder für KI im Bereich der Justizverwaltung und Sachbearbeitung identifiziert wurden, welche ethischen, rechtlichen und praktischen Leitplanken dabei gelten und wie externe Impulse (z. B. Innovationswettbewerbe) in die Projektentwicklung einfließen. Wo ist dies in welcher Höhe etatisiert? Bitte Angabe unter Nennung von Kapitel/Titel.	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 111
36.		über-greifend	über-greifend		Welche Priorisierung verfolgt der Senat bei den Liegenschaften, die die Berliner Justiz betreffen? Bitte um Darstellung unter Angabe des jeweiligen Planungs- und Sachstands Zeitplans und jeweiligen Kosten, insbesondere auch in Bezug auf – Neubau Tegel TA 1 – Kathreinerhaus – Justiz-Campus Moabit – ULAP-Quartier – 12. Amtsgericht	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 112 bis 113
37.		über-greifend	über-greifend		Der Senat wird gebeten hinsichtlich der sozialtherapeutische Kapazitäten im Berliner Justizvollzug darzulegen: – die aktuelle Bedarfsprognose bis 2030. – geplante Kapazitäten im Neubau (Plätze, Personal). – konzeptionelle Ausrichtung der Therapieangebote. – Maßnahmen zur Personalgewinnung und -qualifizierung.	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 114 bis 115
38.		über-greifend	über-greifend		Wie wird die Umsetzung des im Bund beschlossenen Gewalthilfegesetzes in Berlin sichergestellt? Welche Mittel im Justizhaushalt sind dafür vorgesehen?	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 116
39.		über-greifend	über-greifend		Bereits im Nachtragshaushalt vom Dezember 2024 wurde die Straffälligenhilfe drastisch gekürzt. In sieben Projekten der freien Straffälligenhilfe wurden 100 % der Mittel gestrichen. Darüber hinaus kam es in nahezu allen geförderten Projekten (mit einzelnen Ausnahmen) sowie in zentralen Aufgabenbereichen der Straffälligenhilfe zu Kürzungen zwischen 20 % und 50 %. Zahlreiche Arbeitsstellen mussten gekündigt, Personalstrukturen abgebaut werden. Wertvolle Fachkräfte sind dadurch verloren gegangen. Sozialarbeiterische und pädagogische Angebote in	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 117 bis 118

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag	Fraktion	Bemerkungen
					den JVAen Tegel, Plötzensee, Heidering, der U-Haftanstalt Moabit und der JVA für Frauen wurden eingeschränkt bzw. völlig eingestellt. Der jetzt vorgelegte HH-Entwurf für 2026 / 2027 setzt diese Kürzungen fort. Dies führt zu einer Unterversorgung bei der Resozialisierung Straftäter. Die Resozialisierung ist als Ziel des Strafvollzugs jedoch ein gesetzlich verankerter staatlicher Auftrag. Inwieweit wird diesem Auftrag mit dem jetzt vorgelegten Haushaltsplanentwurf noch nachgekommen?		
40.		über-greifend	über-greifend		Vulnerable Gruppen wie Senior*innen, Migrant*innen, LSBTQ/ queere Menschen, Frauen in Haft, Eltern in Haft verlieren Ansprechpersonen und Betreuung. Diversity-Trainings im Strafvollzug entfallen. Auch die Seelsorge und religiöse Betreuung für muslimische und alevitische Inhaftierte wurde reduziert. Für Senior*innen in Haft bedeutet dies zum Beispiel weniger Unterstützung bei der Inanspruchnahme von Pflegeleistungen – obwohl immer mehr ältere Inhaftierte pflegebedürftig sind. Wie möchte die Justizverwaltung künftig den Schutz vor Diskriminierung in der Haft gewährleisten? Wie möchte die Justizverwaltung künftig die Pflege und die Resozialisierung älterer Inhaftierter sicherstellen?	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 119 bis 120
41.		über-greifend	über-greifend		Welche Mittel sind in welchen Kapiteln/ Titeln in welcher Höhe für die queerpolitische und antidiskriminierungspolitische Projekte und – Arbeit eingestellt? Bitte um projekt- bzw. teilansatzscharfe Darstellung und Erläuterung.	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 121
42.		über-greifend	über-greifend		Welche Mittel sind in welchen Kapiteln und Titeln in welcher Höhe für die Umsetzung der Landesstrategie für queere Sicherheit und gegen Queerfeindlichkeit eingestellt? Bitte um projekt- und teilansatzscharfe Darstellung und Erläuterung.	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 122
43.		über-greifend	über-greifend		Der Senat wird gebeten darzulegen: – ob und wie Diskriminierungserfahrungen in Rechtsantragstellen, bei Gericht oder in der Beratung statistisch erfasst werden, – welche strukturellen Maßnahmen zur Antidiskriminierung in der Justiz umgesetzt wurden (z. B. Schulungen, Monitoring, Standards), – ob eine institutionalisierte Beschwerde- oder Dokumentationsstelle für strukturelle Diskriminierung im Justizkontext geplant ist.	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 123 sowie Anlage zur lfd. Nr. 43 in Verbindung mit Anlage zur lfd. Nr. 89

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag	Fraktion	Bemerkungen
44.	117, 180, 194, 206	0620, 0641, 0642, 0651	über-greifend 42202	Bezüge der planmäßigen Richter/ Richterinnen	Bitte um Darstellung, inwieweit die Beschlüsse des Berliner Verwaltungsgerichts vom 16.06.2023 zur Verfassungswidrigkeit der Richterbesoldung in den Jahren 2016/2017 und gegebenenfalls fälligen Nachzahlungen beim Aufwuchs der Bezüge der planmäßigen Richter/ Richterinnen jeweils berücksichtigt sind.	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 124 bis 125
45.	230, 251, 259, 267, 276, 285, 298	0661, 0663, 0664, 0666, 0668, 0669, 0672	über-greifend 68142	Arbeitsentgelte, Ausbildungsbeihilfen, Taschengelder im Justizvollzug	Bitte um Darstellung, welches Resozialisierungskonzept bei der Bemessung der Höhe des für Gefangenearbeit im Strafvollzug gewährten Entgelts zugrunde liegt. – Bitte um Darstellung, inwieweit die Erwägungen des Bundesverfassungsgerichts aus dem Urteil vom 20.06.2023, 2 BvR 166/16, 2 BvR 1683/17 in die Bemessung der Höhe des für Gefangenearbeit im Strafvollzug gewährten Entgelts berücksichtigt worden sind. Wie hoch ist das Entgelt derzeit pro Stunde? Wie hoch war das Entgelt in 2024? Wie hoch soll es in den Jahren 2026 und 2027 liegen? Liegt die Höhe über oder unter dem Bundesdurchschnitt, um wieviel %? – Wie viele Inhaftierte arbeiten derzeit in den Berliner JVA'en (in absoluten Zahlen und in % zu der Gesamtzahl der Inhaftierten)? Wie viele Stunden pro Tag im Durchschnitt? Wie hoch ist die wöchentliche Arbeitszeit im Durchschnitt? – Ist die Nachfrage von Inhaftierten, in der Haft zu arbeiten, größer als das Arbeitsangebot oder geringer? – Trifft es zu, dass ab August 2025 die Arbeitszeiten zwangsweise verkürzt wurden und die Inhaftierten dadurch weniger als zuvor die Möglichkeit haben, in der Haft Geld zu verdienen („Kurzarbeit“)? Falls ja, wie wird das begründet?	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 126 bis 128
46.		EP06	über-greifend	Tarifsteigerungen	Wie ist im Einzelplan Vorsorge getroffen worden, dass Zuwendungsempfänger*innen die Tarifangleichungen für die Jahre 2026 und 2027 nachvollziehen können?	LINKE	Sammelvorlage, S. 129

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag	Fraktion	Bemerkungen
47.		EP06 und EP12, MG06	über-greifend	Ertüchtigungen und Investitionen Justizgebäude	Bitte den aktuell veranschlagten Investitionsbedarf und den jeweiligen Stand im Geschäftsbereich nach Liegenschaften darstellen; insbesondere alle Vollzugsanstalten, Campus Moabit, alle Gerichts- und Staatsanwaltschaftsstandorte, Kathreiner-Haus, Justizakademie.	LINKE	Sammelvorlage, S. 130 bis 136 sowie Anlage zur lfd. Nr. 47 in Verbindung mit Anlage zur lfd. Nr. 49
48.		über-greifend	über-greifend	EP 06 Personal	– Die Personalausgaben erhöhen sich von 686.519.868,44 € im Ist 2024 auf 782.103.800 € im Jahr 2027. Bitte erläutern Sie die Gründe für diesen Anstieg; Handelt es sich dabei überwiegend um den Aufbau zusätzlicher Personalstellen oder um Steigerungen infolge von Besoldungs- bzw. Tarifierpassungen? – Bitte in sämtlichen Kapiteln Personalzuwächse bzw. Stellenkürzungen darstellen. – Bitte um Erläuterung, welche Abteilungen, Bereiche und Behörden von einem Personalaufwuchs profitieren? – Bitte speziell auch die Aufwüchse der Geschäftsstellen in den einzelnen Organisationseinheiten für die Jahre 2026 bis 2027 darstellen. – Wie haben sich Krankenstand und Überstundenvolumen in den Bereichen Gerichte, Staatsanwaltschaften und Strafvollzug in den Jahren 2024 und 2025 entwickelt?	AfD	Sammelvorlage, S. 137 bis 139
49.		über-greifend	über-greifend	Sanierungsbedarfe der Liegenschaften der Justiz	– Wie hoch ist der aktuelle Sanierungsstau im Bereich der Liegenschaften der Justiz? Bitte aufschlüsseln nach Höhe und Bruttogrundfläche insgesamt und einzeln nach Priorität 1 bis 4. – Welche Liegenschaften der Justiz werden von der BIM als Priorität 1 und 2 eingestuft? Bitte aufschlüsseln nach Liegenschaft, Priorität, Art des Sanierungsbedarfs und voraussichtliche Kosten. – Welche Planungen werden verfolgt, um den Sanierungsstau bei den Liegenschaften der Justiz nachhaltig abzubauen? – Welche Bau- oder Sanierungsprojekte sind in den Jahren 2026 und 2027 geplant?	AfD	Sammelvorlage, S. 140 bis 145 sowie Anlage zur lfd. Nr. 49 in Verbindung mit Anlage zur lfd. Nr. 47

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag	Fraktion	Bemerkungen
50.		über-greifend	über-greifend	Sachstand und Planung Kathreiner-Haus	– Wie ist der aktuelle Sachstand bezüglich der Liegenschaft Kathreiner-Haus? – Wie hoch sind die bisher angefallenen Kosten für die Liegenschaft Kathreiner-Haus? – Wie hoch sind die geplanten Kosten für die Jahre 2026 und 2027 für die Liegenschaft Kathreiner-Haus? – Wie hoch wären die voraussichtlichen Kosten eines Neubaus im Vergleich zu den derzeit anfallenden Sanierungskosten des Kathreiner-Hauses? Wurde geprüft, ob ein vollständiger Neubau im Hinblick auf die Gesamtkosten (inkl. Bau, Ausstattung und Zeitaufwand) wirtschaftlich günstiger wäre als die fortgesetzte Sanierung des Kathreiner-Hauses?	AfD	Sammelvorlage, S. 146 bis 147
51.		über-greifend	über-greifend	Hochsicherheits-säle	Wie viele arbeitsbereite Hochsicherheitssäle gibt es in Berlin? Wie viele Hochsicherheitssäle sind im Jahr 2026 und 2027 geplant und wo sind die entsprechenden Mittel eingestellt?	AfD	Sammelvorlage, S. 148
52.		über-greifend	über-greifend	Verfahrensdauer	– Wie lange dauerte das gerichtliche Verfahren bis zum rechtskräftigen Abschluss in den Jahren 2024 bis 2025 beim: a) Arbeitsgericht Berlin b) Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg c) Finanzgericht Berlin-Brandenburg d) Sozialgericht Berlin e) Landessozialgericht Berlin-Brandenburg f) Verwaltungsgericht Berlin g) Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg h) Verfassungsgerichtshof des Landes Berlin i) Amtsgericht Charlottenburg j) Amtsgericht Köpenick k) Amtsgericht Lichtenberg l) Amtsgericht Mitte m) Amtsgericht Neukölln n) Amtsgericht Pankow o) Amtsgericht Schöneberg p) Amtsgericht Spandau	AfD	Sammelvorlage, S. 149 bis 152

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag	Fraktion	Bemerkungen
					q) Amtsgericht Kreuzberg r) Amtsgericht Tiergarten s) Amtsgericht Wedding t) Landgericht Berlin u) Kammergericht Bitte nach Jahr, Gericht und dem arithmetischen Mittel und dem Median aufschlüsseln. – Wie ist die Relation von Eingängen zu erledigten Verfahren bei den oben genannten Gerichten? Bitte für die Jahre 2024 und 2025 darstellen. – In wie vielen Fällen und in welcher Höhe kam es in den Jahren 2024 und 2025 zu Entschädigungen wegen überlanger Verfahrensdauer? Bitte nach Jahren, Fällen, Entschädigungshöhe und Gericht aufschlüsseln. – In wie vielen Fällen kam es in den Jahren 2024 und 2025 zu Entlassungen Beschuldigter aus der Untersuchungshaft wegen eines zu langsamen Verfahrens? Bitte nach Jahren, Fällen und deren Dauer aufschlüsseln.		
53.		über-greifend	über-greifend	IT- Ausfallzeiten	Wie hoch waren in den Jahren 2024 bis 2025 die IT-Ausfallzeiten in der Justiz? Bitte nach Jahr, Monat, Ausfallzeit (Dauer) und Organisations-einheit aufschlüsseln.	AfD	Sammelvorlage, S. 153 bis 154
54.		über-greifend	über-greifend	Cyberattacken auf die Justiz	Wie viele Cyberattacken gab es in den Jahren 2024 und 2025 auf die Berliner Justiz? Wie viele davon waren erfolgreich bzw. wurden abgewehrt?	AfD	Sammelvorlage, S. 155
55.		über-greifend	über-greifend	Sachstand und Planung Neubau JVA	– Wie ist der aktuelle Stand Neubau JVA? Wie sieht die konkrete Planung Neubau JVA für 2026 und 2027 aus? – Bitte um Darstellung des aktuellen Zeitplans für die JVA Tegel (Teilanstalt I) sowie um eine Aufstellung der bisherigen und voraussichtlichen Kostensteigerungen bis zur geplanten Fertigstellung.	AfD	Sammelvorlage, S. 156

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag	Fraktion	Bemerkungen
56.		über-greifend	über-greifend	JVA allgemein	– Welche Haushaltsmittel sind im aktuellen Entwurf für Maßnahmen zur Bekämpfung des Drogenhandels in den Justizvollzugsanstalten konkret vorgesehen und wie verteilen sich diese nach Verwendungszweck und Verwendungsort? Sind darüber hinaus speziell Mittel für die Nachrüstung von Fenstern mit Netzen eingeplant, um den Drogenhandel unter Gefangenen zu unterbinden? – Welche Haushaltsmittel sind im aktuellen Entwurf für Maßnahmen zur Bekämpfung von Schädlingen und Schimmelbefall in den Justizvollzugsanstalten konkret vorgesehen und wie verteilen sich diese nach Verwendungszweck und Verwendungsort?	AfD	Sammelvorlage, S. 157 bis 158
57.		über-greifend	über-greifend	„Resozialisierung durch Digitalisierung“	Sind für die Jahre 2026 und 2027 Haushaltsmittel für das Projekt „Resozialisierung durch Digitalisierung“ vorgesehen und in welchen Titeln wurden diese ggf. veranschlagt?	AfD	Sammelvorlage, S. 159
58.		über-greifend	über-greifend	Kosten Gefangener pro Jahr	Wie haben sich die Kosten pro Gefangenen pro Jahr entwickelt und was sind die Ursachen? Bitte für 2024 und 2025 darstellen.	AfD	Sammelvorlage, S. 160
59.		über-greifend	über-greifend	Dolmetscherkosten in der Justiz	Wie haben sich die Kosten für Dolmetscher in den letzten 10 Jahren in der Justiz entwickelt? Bitte bei der Darstellung auch die Ansätze 2026 und 2027 in Bezug nehmen.	AfD	Sammelvorlage, S. 161 bis 163
Kapitel 0600 – Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz - Politisch-Administrativer Bereich und Service -							
60.		0600	über-greifend		Bitte um Darstellung, wie der Stand der Einführung der eAkte in den verschiedenen Gerichtsbarkeiten (Zivil-, Straf-, Verwaltungs-, Sozial-, Arbeits- und Finanzgerichtsbarkeit) sowie bei der Staatsanwaltschaft ist, ob die gesetzliche Umsetzungsfrist zum 01.01.2026 eingehalten werden kann, welche technischen, personellen oder organisatorischen Hürden bestehen und wie die Migration und Schulung der Beschäftigten erfolgt. Welche Gerichte verfügen noch nicht über die eAkte? Sind die bislang eingestellten Mittel auskömmlich? In welchen Haushaltsjahren sind welche Mittel für die eAkte veranschlagt, in welchen Kapiteln / Titeln?	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 164 bis 169

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag	Fraktion	Bemerkungen
61.		0600	titelübergreifend	Gesetz für ein verlässliches Hilfesystem bei geschlechts-spezifischer und häuslicher Gewalt	1.) Welche Bundesmittel erwartet die Justizverwaltung ab dem Jahr 2027 für ihren Haushalt im Zusammenhang mit der Umsetzung des Gesetzes für ein verlässliches Hilfesystem bei geschlechts-spezifischer und häuslicher Gewalt? Bitte gehen Sie dabei insbesondere auf die folgenden Bereiche ein: Täterarbeit, Gewaltprävention, Gewaltschutzambulanz, vertrauliche Spurensicherung, Opferschutz sowie -entschädigung. 2.) Wir bitten um eine Darstellung aller vorgesehenen Anpassungen durch das Gesetz im Hinblick auf künftige Qualitätskriterien für Schutz- und Beratungsstellen im Justizbereich sowie zur strukturierten Vernetzungsarbeit zwischen Schutz- und Beratungsstellen, Polizei, Justiz, Jugendhilfe und zivilgesellschaftlichen Akteuren.	LINKE	Sammelvorlage, S. 170
62.		0600	titelübergreifend	Psychosoziale Prozessbegleitung	In welchem Kapitel und Titel des Haushaltsplans sind die Mittel für die psychosoziale Prozessbegleitung veranschlagt? Bitte stellen Sie die geplante Höhe der Förderung für die Jahre 2026/2027 dar.	LINKE	Sammelvorlage, S. 171
63.	19	0600	11921	Rückzahlungen von Zuwendungen	Wie kommt es zu dem hohen Ist-Wert von 361.730,60 Euro? Welche Zuwendungsempfänger haben Rückzahlungen geleistet?	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 172
64.	20	0600	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Welche Stellen (BesGr.) wurden/ werden in den Jahren 2026 bis 2027 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 173
65.	20	0600	42260	Bezüge der Beamtinnen/Beamten für Maßnahmen im Rahmen des Wissenstransfers	Wie ist hier ein negatives IST in 2024 entstanden?	LINKE	Sammelvorlage, S. 174
66.	20	0600	42722	Ausbildungsentgelte (Praktikantinnen/Praktikanten, Volontärinnen/Volontäre)	Warum wurden die zuletzt geplanten Ausbildungsentgelte nicht abgerufen? Wird nun mit weniger Praktikant:innen und Volontär:innen geplant?)	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 175

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag	Fraktion	Bemerkungen
67.	20	0600	42801, 42811	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten/ Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten	<i>Bitt erläutern</i>	LINKE	Sammelvorlage, S. 176
68.	20	0600	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Welche Stellen (EGr.) wurden/ werden in den Jahren 2026 bis 2027 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 177
69.	21	0600	45903	Prämien für besondere Leistungen	Gibt es Planungen für anderweitige motivierende Leistungen?	LINKE	Sammelvorlage, S. 178 bis 179
70.	21	0600	45903	Prämien für besondere Leistungen	Wie Wegfall der Ansätze 2026 und 2027 erläutern?	AfD	Sammelvorlage, S. 180
71.	22	0600	51802	Mieten für Fahrzeuge	Ist mit der Einführung der elektronischen Akte in der Justiz nicht ein deutlicher Rückgang von notwendigen Aktentransporten verbunden?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 181
72.	23	0600	51925	Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements	Begründung der niedrigeren Veranschlagung, der verbindlichen Erläuterung und der Mehrausgaben bei den Sozialen Diensten.	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 182 bis 183
73.	23	0600	51925	Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements	Bitte um Erläuterung des Titels und Ansatzveränderung unter teilansatzscharfer Angabe. Sind Planungsleistungen etaisiert und falls ja, für welche Maßnahmen?	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 184
74.	23	0600	51925	Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements	Bitte erläutern, welche Maßnahmen in 2024 abgeschlossen wurden für 2025 geplant und in Umsetzung sind und was in den beiden Planjahren passieren soll.	LINKE	Sammelvorlage, S. 185
75.	23	0600	51925	Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements	Bitte die Reduzierung der Ansätze 2026 und 2027 auf 50.000 € gegenüber dem Ansatz 2025 in Höhe von 400.000 € erklären.	AfD	Sammelvorlage, S. 186

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag	Fraktion	Bemerkungen
76.	23	0600	52501	Aus- und Fortbildung	Wie werden die Mitarbeiter*innen dazu gebracht, weniger Fortbildungen in Anspruch zu nehmen? In welchen Bereichen soll der Umfang der Fortbildungen reduziert werden? Gibt es Pläne für anderweitige Qualifikationsmaßnahmen für die Mitarbeiter*innen?	LINKE	Sammelvorlage, S. 187 bis 188
77.	24	0600	52610	Gutachten	– Bitte um Erläuterung der Ansatzveränderung bzw. Streichungen. – Was ist das Ergebnis des in Auftrag gegebenen Gutachtens zur Untersuchung im Zusammenhang mit der Entwicklung neuer Arbeitswelten am Campus Moabit (bisher TA 3)? – Was ist das Ergebnis des in Auftrag gegebenen Gutachtens zur Untersuchung verschiedener Varianten des Justiz-Campus Moabit (bisher TA 8)? Welche Flächenpotentiale sieht der Senat im Justiz-Campus Moabit unter Berücksichtigung des aktuellen Parkhausstandortes noch? Wie ist das Planung hinsichtlich des Parkhaus-Standortes diesbezüglich? – Was ist der Planungsstand hinsichtlich des ULAP-Quartiers?	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 189 bis 193
78.	24	0600	52610	Gutachten	Welche Gutachten wurden in 2024 und 2025 bis heute beauftragt und fertiggestellt? Sollen in den Planjahren überhaupt Gutachten in Auftrag gegeben werden?	LINKE	Sammelvorlage, S. 194
ÄÄ Neu	24	0600	52703	Dienstreisen	Ansatz 2026: 59.300 € Ansatz 2027: 59.800 €		
Änderungsanträge der Fraktionen							
				Bündnis 90/Die Grünen Änderungsantrag Nachtrag Nr. 1 2026: - 20.000 2027: - 20.000			

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag		Fraktion	Bemerkungen
				a) Begründung zum Änderungsantrag: Gegenfinanzierung				
				Ja	GRÜNE und LINKE			
				Nein	CDU, SPD und AfD			
				Enthaltung	—			
				Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt			
79.	25	0600	53101	Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit	Bitte um detaillierte Begründung des Anstieges im TA 1. Wofür sind hier welche Mehrausgaben genau vorgesehen?		CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 195
80.	25	0600	53101	Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit	Aus welchen Titeln werden die in der Erläuterung aufgeführten aber nicht mehr finanzierten Positionen (Nrn. 2 bis 6) zukünftig finanziert?		LINKE	Sammelvorlage, S. 196
81.	26	0600	53111	Ausschreibungen, Bekanntmachungen	Welche Folgen hat die Streichung der Mittel für das "Online-Portal Justiz"? Wird die Streichung der Mittel für "Allgemeine Ausschreibungen/ Bekanntmachungen, insbesondere Stellenausschreibungen von Stellen des höheren Justizdienstes" und "Werbemaßnahmen zur Bewerbung von Justizberufen" durch anderweitige Personalgewinnungsmaßnahmen kompensiert?		CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 197 bis 198
82.	26	0600	53111	Ausschreibungen, Bekanntmachungen	Welche alternativen Werbemaßnahmen zur Gewinnung von Personal sind geplant?		LINKE	Sammelvorlage, S. 199 bis 200

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag	Fraktion	Bemerkungen
83.	26	0600	53111	Ausschreibungen, Bekanntmachungen	Bitte die Reduzierung der Ansätze 2026 und 2027 auf 80.000 € gegenüber dem Ansatz 2025 in Höhe von 235.000 € erklären, speziell bei Stellenausschreibungen und Werbemaßnahmen von Justizberufen.	AfD	Sammelvorlage, S. 201
84.	26	0600	54002	Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung)	Welche Angebote wird es zukünftig nicht mehr geben, bzw. wurden bereits eingestellt?	LINKE	Sammelvorlage, S. 202
85.	27	0600	54003	Geschäftsprozessoptimierung	Bitte Darstellung des aktuellen Soll-IST-Vergleichs per 31.8.2025 und exakte Angabe aller bisher kassenwirksam angeordneten Ausgaben sowie der angeordneten Ausgaben. Bitte um Darstellung der Soll-IST-Differenz per anno der Geschäftsprozessoptimierung der Jahre 2023 und 2024. Zugunsten welcher Titel kam es zu Abgängen aus diesem Titel?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 203
86.	27	0600	54003	Geschäftsprozessoptimierung	Bitte um Erläuterung der Ansatzveränderung	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 204
87.	27, 33	0600	54003 / MG 32 51135	Geschäftsprozessoptimierung / Digitalisierung optimierter Geschäftsprozesse nach dem EGovG-Bln	– Welche Prozesse wurden in 2024 und im laufenden Jahr optimiert und wie ist die Planung für die Planjahre? Gibt es eine Gesamtübersicht über die Geschäftsprozesse in der Verantwortung der Innenverwaltung und wie ist der Gesamtfortschritt bei deren Optimierung? – Welche Hinweise gibt es, dass der Ansatz im laufenden oder den Planjahren ausgeschöpft wird? – Welche Auswirkungen hat die Verwaltungsreform auf diese Titel? – Welche Prozesse sind bereits digitalisiert worden und wie ist die Planung für die Planjahre?	LINKE	Sammelvorlage, S. 205 bis 206

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag	Fraktion	Bemerkungen
88.	27	0600	54010	Dienstleistungen	Welche Folgen hat die Streichung der Mittel für die Nr. 7. „Forensische Datenanalyse“? Bitte um Begründung und Auswirkung jeder vollständigen oder anteiligen Streichung aller Teilansätze? Inwieweit handelt es sich dabei um zumindest auch gesetzliche oder völkerrechtliche Aufgaben? Durch wen sollen diese künftig wahrgenommen werden? Zu Nr. 2: Warum werden in 2026/2027 keine Mittel mehr eingesetzt? Mit welchem Ergebnis wurde die Personaloffensive und das Personalmarketing abgeschlossen? Zu Nr. 11: Mit welchem Ergebnis wurde das „Vorprojekt elektronische Verkündung des Gesetzes- und Verordnungsblattes für Berlin“ abgeschlossen?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 207 bis 212
89.	27	0600	54010	Dienstleistungen	Bitte um Erläuterung aller Teilansatz-Veränderungen, Streichungen und neuen Teilansätze. Nr. 7: Was ist der Stand bei der Einführung der Forensischen Datenanalyse? Wieso wird der Teilansatz gestrichen? Nr. 10 (Alt) - Ausbau Beratung und Rechtsantragsstellen: Was ist das Ergebnis nach Abschluss des Projektes „Zugang zum Recht in Berlin?“ Gibt es mittlerweile eine Veranschlagungsreife für Projektmittel? Wie viele Berechtigungsscheine nach dem Beratungshilfegesetz und auf Antrag wurden jeweils in den Jahren 2023 und 2024 erteilt? Wird die Inanspruchnahme erfasst? Falls nein, warum nicht? Nr. 9: Was ist der Zwischenstand beim Innovationszentrum Legal Tech? Was ist die weitere Planung hierzu? Nr. 10: Wie bewertet die Senatsverwaltung die Etablierung der Dachmarke Berliner Justiz und die damit verbundenen Werbemaßnahmen? Wie wird trotz der Streichung des Teilansatzes die Rekrutierung sichergestellt? Nr. 12: Was sind die Ergebnisse der externen Dienstleistungen für die Erstellung von Vorsorge- Notfall und Katastrophenschutzplänen? Wie sehen die daraus erfolgten etwaigen Konzepte aus?	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 213 bis 219 sowie Anlage zur lfd. Nr. 89 in Verbindung mit Anlage zur lfd. Nr. 43

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag	Fraktion	Bemerkungen
					Wie bewertet der Senat die Zusammenarbeit und welche weiteren Schritte oder Maßnahmen resultieren daraus? Wieso wird der Ansatz gestrichen? Nr. 21 (alt): Was ist das Ergebnis der Evaluation des Equal Treatment Book (ETBB)? Welches Konzept resultiert daraus, um das Wissen und die Handlungskompetenz des Justizpersonals im Umgang mit gesellschaftlicher Vielfalt zu erweitern? Der Senat wird gebeten darzulegen: – ob eine rechtliche, organisatorische und finanzielle Prüfung zur Einführung einer landeseigenen Öffentlichen Rechtsauskunft (ÖRA) durchgeführt wurde, – wie sich Kosten, Personalbedarf und institutionelle Ausgestaltung einer ÖRA im Vergleich zu bestehenden Modellen (Hamburg, Bremen) darstellen würden, – ob und in welcher Form Pilotstandorte für eine öffentliche Rechtsberatung in Berlin geprüft oder geplant sind. Der Senat wird gebeten darzulegen: – welche Planungen zur institutionellen Förderung niedrigschwelliger, juristisch-sozialer Beratungsangebote (z. B. in Kiezbüros, Nachbarschaftszentren) bestehen, – in welchen Bezirken entsprechende Modellprojekte oder Bedarfsanalysen durchgeführt wurden, – ob Kooperationen mit sozialen Trägern und zivilgesellschaftlichen Akteuren angestrebt werden. Der Senat wird gebeten darzulegen: – ob Erkenntnisse darüber vorliegen, welche Bevölkerungsgruppen Legal-Tech-Angebote nutzen können und welche ausgeschlossen bleiben, – ob Barrieren wie Sprache, digitale Kompetenz oder Kosten adressiert werden,		

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag	Fraktion	Bemerkungen
					– ob und wie eine staatlich flankierte, niedrigschwellige Ergänzung zu kommerziellen Angeboten vorgesehen ist. Der Senat wird gebeten darzulegen: – ob ein einheitlicher Qualitätsrahmen für Rechtsantragstellen landesweit vorgesehen ist, – wie Personal geschult wird im Umgang mit vulnerablen Gruppen (z. B. durch Handlungsempfehlungen, Fortbildungen, Sprachkompetenz), – ob standardisierte Verfahren zur Beratungshilfegewährung eingeführt wurden.		
90.	27	0600	54010	Dienstleistungen	Was sind jeweils die Ergebnisse der nicht mehr weiter finanzierten Projekte? Sind diese abgeschlossen oder werden sie abgebrochen?	LINKE	Sammelvorlage, S. 220 bis 223
91.	27	0600	54010	Dienstleistungen	Bitte die Reduzierung der Ansätze 2026 und 2027 auf 573.000 € gegenüber dem Ansatz 2025 in Höhe von 1.764.000 € erklären. Bitte um Erläuterung des Ansatz-Wegfalls in den Nummern 1 bis 22.	AfD	Sammelvorlage, S. 224 bis 228
ÄA	27	0600	54010	Dienstleistungen	Ansatz 2026: 573.000 € Ansatz 2027: 573.000 €		
Änderungsanträge der Fraktionen							
				Bündnis 90/Die Grünen Änderungsantrag Nr. 1 2026: + 20.000 2027: + 20.000 a) Begründung zum Änderungsantrag: Fortführung des Teilansatz 20 b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan:			

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag	Fraktion	Bemerkungen								
				Anpassung der Tabelle Wiederherstellung des gestrichenen Teilansatzes Nr. 20 „Organisation und Einrichtung von Fortbildungsveranstaltungen für ehrenamtliche Richterinnen und Richter“ Ansatz 2026: 20.000 € Ansatz 2027: 20.000 € <table><tr><td>Ja</td><td>GRÜNE und LINKE</td></tr><tr><td>Nein</td><td>CDU, SPD und AfD</td></tr><tr><td>Enthaltung</td><td>–</td></tr><tr><td>Ergebnis</td><td>mehrheitlich abgelehnt</td></tr></table>	Ja	GRÜNE und LINKE	Nein	CDU, SPD und AfD	Enthaltung	–	Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt			
Ja	GRÜNE und LINKE														
Nein	CDU, SPD und AfD														
Enthaltung	–														
Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt														
92.	28	0600	54053	Veranstaltungen	Das Streichen des doch so erfolgreichen Karrieretages scheint überdenkenswert. Gibt es eine Statistik zum Erfolg der Karrieretage?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 229								
93.	28	0600	54053	Veranstaltungen	Bitte um Erläuterung der Streichungen. Nr. 13 (Digitaltage): Bitte um Darstellung der Erkenntnisse und Ergebnisse zu den Digitaltagen und der Erläuterung der Streichung des Teilansatzes. Nr. 14: Bitte um Darstellung der Erkenntnisse und Ergebnisse und um Erläuterung der Streichung des Teilansatzes.	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 230								
94.	28	0600	54053	Veranstaltungen	Mit welchen alternativen Maßnahmen sollen die Vernetzung und Abstimmung zwischen den unterschiedlichen Beteiligten der nicht mehr oder ohne Berliner Beteiligung stattfindenden Veranstaltungen erreicht werden? Mit welchem Inhalt und für welche Zielgruppe ist die „Sicherheitstagung“ geplant?	LINKE	Sammelvorlage, S. 231 bis 232								

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag	Fraktion	Bemerkungen
95.	29	0600	63207	Anteil an gemeinsamen Einrichtungen der Länder	– Zu Teilansatz 1 und 2: Wie begründet sich jeweils die Absenkung des Teilansatzes? – Zu Teilansatz 4 „Nationale Stelle zur Verhütung von Folter“: Wie begründet sich die Absenkung des Teilansatzes im Jahr 2025 und der erneute Aufwuchs für 2026 und 2027? – Zu Teilansatz 5 „Gemeinsamen elektronischen Überwachungsstelle für die elektronische Aufenthaltsüberwachung (Fußfessel) im Land Hessen“: Womit begründet sich der Aufwuchs des Teilansatzes? Bitte um Darstellung unter Angabe der Anzahl der eingesetzten bzw. einzusetzenden Fußfesseln. Wie hoch war das IST jeweils in 2024 bis 2025? Welchen Nutzen sieht der Senat im Teilansatz? Bezieht sich der Teilansatz auch auf die Überwachung der nach dem ASOG angeordneten Fußfesseln? Womit begründet sich der Aufwuchs? – Teilansatz 9: Wie begründet sich die Absenkung des Teilansatzes? – Teilansatz 10: Bitte um Erläuterung der Streichung des Teilansatzes.	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 233 bis 236
96.	29	0600	63207	Anteil an gemeinsamen Einrichtungen der Länder	Nr. 5 – Wie viele Fälle wurden in den letzten zwei Jahren jeweils für welchen Zeitraum angeordnet? Nr. 6 – Welche Zielgruppe und welche Funktionen hat das Portal? Nr. 9 – Welche Zielgruppe und welche Funktionen sollen erreicht werden? Nr. 10 – Ist das Projekt abgeschlossen, wenn ja, mit welchem Ergebnis? Nr. 11 – bitte erläutern.	LINKE	Sammelvorlage, S. 237 bis 241
97.	29	0600	63207	Anteil an gemeinsamen Einrichtungen der Länder	Zu Nr. 5) Gemeinsamen elektronischen Überwachungsstelle für die elektronische Aufenthaltsüberwachung (Fußfessel) im Land Hessen: Wie erklärt sich die Mittelsteigerung der Ansätze 2026 und 2027 gegenüber dem Ansatz 2025? Zu Nr. 6) Anteil des Landes Berlin an Bund-Länder-Projekten (Register- und Justizportal): Wie erklärt sich die Mittelsteigerung der Ansätze 2026 und 2027 gegenüber dem Ansatz 2025?	AfD	Sammelvorlage, S. 242 bis 243

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag	Fraktion	Bemerkungen								
ÄÄ	29	0600	63207	Anteil an gemeinsamen Einrichtungen der Länder	Ansatz 2026: 1.691.000 € Ansatz 2027: 1.913.000 €										
Änderungsanträge der Fraktionen															
				Die Linke											
				<u>Änderungsantrag Nr. 1</u>											
				2026: - 390.000 2027: - 390.000											
				a) Begründung zum Änderungsantrag: Gegenfinanzierung											
				b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan: In Zeile 5 wird der Betrag auf 200.000 jährlich geändert, in Zeile 6 wird der Betrag auf 811.000 jährlich geändert und in Zeile 9 wird der Betrag auf 0 geändert.											
				<table><tr><td>Ja</td><td>GRÜNE und LINKE</td></tr><tr><td>Nein</td><td>CDU, SPD und AfD</td></tr><tr><td>Enthaltung</td><td>—</td></tr><tr><td>Ergebnis</td><td>mehrheitlich abgelehnt</td></tr></table>		Ja	GRÜNE und LINKE	Nein	CDU, SPD und AfD	Enthaltung	—	Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt		
Ja	GRÜNE und LINKE														
Nein	CDU, SPD und AfD														
Enthaltung	—														
Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt														

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag	Fraktion	Bemerkungen
98.	29	0600	68262	Zuschüsse für Bauvorbereitungsmittel an das SILB	– Weshalb sind keine Mittel mehr etaisiert? Was ist der Stand zu den bisher (im Haushaltsplan 24/25) hier dargestellten Maßnahmen der JVA Tegel und die JVA Plötzensee? Wird der Titel komplett gestrichen oder die Mittel in einem anderen Kapitel/Titel ausgewiesen? – Bitte um Darstellung der Planungen für das Teilprojekt 1 der JVA Plötzensee und des Fortschritts hinsichtlich der Planungsleistungen bzw. BPU sowie der weiteren zeitlichen Schritte (Baumaßnahmen etc.) – Bitte um Darstellung der Planungen für das Teilprojekt 2 der JVA Plötzensee und des Fortschritts hinsichtlich der Planungsleistungen bzw. BPU sowie der weiteren zeitlichen Schritte.	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 244 bis 245
99.	29	0600	68262	Zuschüsse für Bauvorbereitungsmittel an das SILB	Bitte Ansatz-Wegfall erläutern. Welche Bauvorbereitungsmittel für welches Vorhaben sind hier weggefallen?	AfD	Sammelvorlage, S. 246
100.	30 ff.	0600	68406	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	Bitte um Begründung und Auswirkung jeder vollständigen oder anteiligen Streichung aller Teilansätze? Inwieweit handelt es sich dabei um zumindest auch gesetzliche oder völkerrechtliche Aufgaben? Durch wen sollen diese künftig wahrgenommen werden? Wie hoch war der Mittelabruf Gefangenenseelsorge bis 30.06.25 für das Jahr 2025? Gibt es eine Prognose für das Gesamtjahr?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 247 bis 248
101.	30	0600	68406	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	1. Bitte um projektscharfe Aufschlüsselung und Erläuterung aller Teilansätze einschließlich der Darstellung der IST-Zahlen für 2024 und Streichungen der bisherigen Teilansätze unter Darlegung der Umsetzung der Schwerpunkte des CDU/SPDlitionsvertrags bzw. der Richtlinien der Regierungspolitik,, insbesondere hinsichtlich der Zuwendungen für: – Kinderschutzambulanzen – Childhood-House – Gewaltschutzambulanz – Proaktiv – Servicestelle und weitere Projekte mit proaktiven Ansätzen	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 249 bis 279

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag	Fraktion	Bemerkungen
					Wo und in welcher Höhe sind die folgenden bisher, nun scheinbar nicht mehr, hier veranschlagten Teilansätze etaisiert? Ist dem zu entnehmen, dass diese Maßnahmen nicht mehr gefördert werden, wenn nein, warum nicht? (Begründung für die einzelnen Projekte bitte aufschlüsseln) – Servicestelle Beschuldigtenkontakt – Berliner Zentrum für Gewaltprävention – Tilgung uneinbringlicher Geldstrafen durch gemeinnützige Arbeit – ISI – Integration statt Inhaftierung – Beratung und Unterstützung von Inhaftierten mit Alkoholproblematik – Gewaltpräventive Maßnahmen für junge Strafgefangene – Altern im Vollzug – Hafträume & Kinderzimmer – Präfix Berlin – Eingliederungshilfe für Sicherungsverwahrte aus Anlass der Entlassung – Pilotprojekt Jugendstrafvollzug in freien Formen – Strukturiertes motivierendes Kompetenztraining unter Verwendung soziotherapeutischer Maßnahmen im Bereich Sicherungsverwahrung der JVA Tegel – Umschulungsmaßnahmen und Berufsfördermaßnahmen in der JVA Tegel – Berufsfördermaßnahme in der JVA Lichtenberg – Berufsfördermaßnahme in der JVA Plötzensee – Beschäftigung in einer Holzwerkstatt in der JAA Berlin-Brandenburg – Empowerment durch IT- und Deutschtraining im Trainingszentrum der JVA für Frauen – Kreative Sprachförderung in Verbindung mit Medienzeuginnenbegleitprogramm		

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag	Fraktion	Bemerkungen
					2. Schon während der Haushaltsjahre 2024 und 2025 wurden im Bereich Gewaltprävention und Opferschutz Zuwendungsprojekte um 4,5 Mio EUR, also um fast 40 % gekürzt. Im jetzt vorgelegten Haushaltsplanentwurf für 2026/2027 setzen sich die Einsparungen in diesem Bereich fort. Wie ist das mit der eklatanten Zunahme geschlechtsspezifischer Gewalt vereinbar? Wie möchte der Senat den Schutz von Gewaltopfern, insbesondere von Frauen in Berlin künftig gewährleisten? Welche Projekte und Einrichtungen für Opferschutz und Täterarbeit werden in welcher Höhe von der Justizverwaltung finanziert, welche von der Innenverwaltung? 3. Der Senat wird gebeten darzulegen: – welche Täterprogramme im Bereich häuslicher Gewalt und sexualisierter Gewalt derzeit in Haft und im Übergang in Freiheit angeboten werden, – in welchen Justizvollzugsanstalten entsprechende Angebote bestehen, – ob diese nach anerkannten Standards (z. B. BAG TäHG) durchgeführt werden, – wie hoch der Bedarf ist und inwieweit dieser gedeckt werden kann, – welche Fördermittel dafür vorgesehen oder beantragt wurden 4. Der Senat wird gebeten darzulegen: – wie viele Stellen für Sozialarbeiter*innen und psychologische Betreuung aktuell in den Berliner Justizvollzugsanstalten vorgesehen und besetzt sind, – welcher zusätzliche Personalbedarf besteht, – wie sich dieser Bedarf auf die einzelnen Justizvollzugsanstalten verteilt, – ob Fortbildungsangebote im Bereich traumasensibler Arbeit bestehen.		

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag	Fraktion	Bemerkungen
					5. Der Senat wird gebeten darzulegen: – welche freien Träger aktuell in der Resozialisierungsarbeit innerhalb und außerhalb der Justizvollzugsanstalten tätig sind, – welche dieser Angebote zwischen 2023 und 2025 von Kürzungen betroffen waren, – wie sich die Förderstruktur im Haushalt 2026/2027 darstellt, – ob die langfristige Sicherung besonders wirksamer Projekte (z. B. Übergangsmanagement, Nachsorge) geplant ist. 6. Der Senat wird gebeten darzulegen: – welche Programme zur Nachsorge und zum Übergangsmanagement nach der Entlassung existieren, – wie viele Haftentlassene diese Maßnahmen in Anspruch nehmen, – ob diese Programme gendersensibel und kultursensibel ausgerichtet sind, – ob eine verbindliche Verzahnung mit kommunalen Hilfesystemen und Jobcentern existiert.. 7. Im Jahre 2024 wurde beschlossen, dass das Childhood-House neue Räume erhalten soll, der Neubau hat begonnen, die Eröffnung ist geplant für Juni 2026. Ziel hiervon ist, diese Einrichtung zu stärken, auch dadurch, dass die Stellen für Fachärzt*innen und Therapeut*innen aufgestockt werden sollten. Wie viele Kinder werden derzeit durch das Childhood-House jährlich versorgt? Sind die Fallzahlen konstant oder gibt es eine Steigerung? Wie viele Stellen gibt es aktuell im Childhood-House, inwieweit ist eine Aufstockung geplant für 2026 / 2027? Wie soll sichergestellt werden, dass die Personalsituation ab Bezug des Neubaus in 2026 den dann größeren räumlichen Gegebenheiten angepasst wird, also aufgestockt werden kann? In den dann größeren Räumlichkeiten könnten mehr Kinder versorgt werden. Ist der dafür erforderliche Personalaufwuchs vorgesehen?		

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag	Fraktion	Bemerkungen
					8. In welcher Höhe wird BIG e.V. im Einzelplan 06 finanziert. Bitte Angabe unter Nennung der Kapiteln/Titeln? Gibt es daneben eine Finanzierung über den Einzeplan 05? Bei BIG (Berliner Initiative gegen Gewalt an Frauen) waren im Jahre 2024 mehrere Stellen vakant. Konnten diese inzwischen nachbesetzt werden? Die Hotline von BIG verzeichnet nach wie vor hohe Anrufzahlen von Frauen, die Opfer von Gewalt geworden sind. Mittel für BIG sind schon während der laufenden Legislatur gestrichen worden. Dadurch hat sich eine finanzielle Unsicherheit eingestellt, die nicht dazu geeignet ist, Stellen mit qualifiziertem Personal nachzubesetzen. Wie viele Stellen gibt es im Moment bei BIG? Wie soll die Tätigkeit von BIG im bisherigen Rahmen ausgebaut werden? Hält der Senat den Erhalt und darüber hinaus auch den Ausbau dieser Einrichtung für relevant? Ist der Erhalt des Präventionsprogramms von BIG für Grundschul-kinder, bei dem diesen beigebracht wird, dass Menschen ein Recht auf ein gewaltfreies Leben haben, gewährleistet? Die Warteliste für dieses Programm reicht bis 2026. Hält der Senat es für nötig oder für unnötig, dieses Programm auszubauen? 9. Ist diese Einrichtung, die Täterarbeit zum Zwecke der Prävention vor Gewalt anbietet und letztes Jahr 25 jähriges Jubiläum feierte, finanziell (durch den nur minimalen Aufwuchs im Haushaltsplan 26 / 27) abgesichert? Die Einrichtung betreibt vier Standorte in Berlin, sie wurde erst in 2024 ausgeweitet, da durch diese Präventionsarbeit Frauen und Familien effektiv vor neuer häuslicher Gewalt geschützt werden können. Sind diese vier Standorte finanziell abgesichert? Hält der Senat die Täterarbeit als Präventionsmaßnahme für so wichtig, dass der Einrichtung auskömmliche Mittel bereit gestellt werden, um ihr Angebot aufrechtzuerhalten bzw. auszubauen?		

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag	Fraktion	Bemerkungen
					10. Das Projekt Arbeit statt Strafe wurde schon im Rahmen des Nachtragshaushalts im Dezember 2024 von 1.299.550,00 EUR um 39,5 % gekürzt auf 786.150,00 EUR. Der jetzige Haushaltsplanentwurf heilt dies nicht. Bei diesem Projekt geht es darum, dass Straftäter*innen ihre Geldstrafe durch gemeinnützige Arbeit tilgen können. Wenn das nicht gelingt, werden die Menschen ersatzweise inhaftiert. Dadurch entstehen höhere Kosten. Wie viele Haftplätze sind derzeit belegt aufgrund von Erschleichung von Leistungen Verurteilten? Wie viele Haftplätze sind durch Inhaftierte aufgrund von Ersatzfreiheitsstrafen? Wie hoch sind die (täglichen) Kosten für einen Haftplatz aktuell? Bitte Aufschlüsselung nach Inhaftierten aufgrund Ersatzfreiheitsstrafe und allen anderen Inhaftierten. Wie hat sich die Kürzung durch den Nachtragshaushalt bislang ausgewirkt? Hat sich dadurch die Zahl der Menschen, die ihre Geldstrafe durch gemeinnützige Arbeit getilgt haben, verändert? Wenn ja, um wie viel? Wie sieht der derzeitige Plan und die Perspektive für dieses Angebot aus? 11. Bereits im Nachtragshaushalt vom Dezember 2024 wurden zwei der Angebote für Inhaftierte und ihre Kinder vollständig gestrichen. Angebote zum begleiteten Umgang mussten eingeschränkt werden. Der jetzige Haushaltsplanentwurf setzt die Kürzungen in diesem Bereich fort. Dies beeinträchtigt nicht nur die Resozialisierung von Eltern in Haft, sondern auch deren Kinder. Wie wird dies von der Justizverwaltung begründet? 12. Wie ist die Kürzung bei der beruflichen Qualifizierung und den Deutschkursen im Jugendbereich (Jugendarrestanstalt und Jugendstrafanstalt) vereinbar mit dem pädagogischen Ansatz im Jugendstrafrecht? 13. Bereits im Nachtragshaushalt vom Dezember 2024 wurde die Servicestelle Beschuldigtenkontakt „Wegweiser“, ein wichtiges Projekt im Bereich Gewaltprävention / Täterarbeit, gekürzt, immerhin „nur“ um 4,7 %, von einer Zuwendung in 2024 von 112.000,00 EUR auf		

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag	Fraktion	Bemerkungen
					eine Zuwendung in 2025 von 120.000,00 EUR. Kürzungen von 5.280 EUR bedeuten jedoch konkret ein Monatsgehalt für die zwei 50%-Stellen, damit stand das Projekt Ende 2024 kurz vor dem Aus. Nur durch eine einmalige, private Spende konnte eine Einstellung des Projekts verhindert werden. Schulungen für die Polizei im Bereich Prävention bei häuslicher Gewalt konnten nur noch in geringerem Umfang durchgeführt werden. Im jetzigen Haushaltsplanentwurf ist die weitere Kürzung um ca. 20% vorgesehen. Wie möchte die Justizverwaltung den Bestand dieses Projekts gewährleisten? 14. Die Beschäftigungs- und Betreuungseinrichtung der AWO Kreisverband Berlin – Mitte e. V. wurde bereits durch den Nachtragshaushalt von Dezember 2024 um 28, 4 % gekürzt, von 473.100 EUR auf 338.725,00 EUR, also um 134.375,00 EUR. Dies setzt sich im jetzigen Haushaltsplanentwurf fort. Hierdurch wurde die Tilgung von Strafen durch Arbeit in der Haft für Frauen erheblich eingeschränkt. Trifft es zu, dass einige Mitarbeitende des Projekts in der JVA für Frauen in Lichtenberg bereits entlassen werden mussten? Trifft es zu, dass die Hafttraumarbeit für Frauen, mit der sie ihre Strafen tilgen und dadurch früher entlassen werden konnten, in der JVA Lichtenberg oder anderen JVAen für Frauen eingeschränkt oder eingestellt wurde? Betrifft dies auch Frauen, die eine Ersatzfreiheitsstrafe verbüßen? Was ist diesbezüglich für die Haushaltsjahre 2026 / 2027 geplant? Wo sind die Mittel etaisiert (Kapitel/Titel)? 15. Wie erklärt sich die Kürzung um die Hälfte bei der Gefangenenseelsorge von 600.000 auf 300.00? Welche Konfessionen werden aus den Mitteln jeweils in welcher Höhe finanziert, bitte aufschlüsseln (katholisch, evangelisch, muslimisch, andere). An welche Einrichtungen konkret gingen die für Seelsorge aufgewandten Mittel in 2024 und 2025, an welche Einrichtungen sollen sie (in welcher Höhe) in 2026 und 2027 gehen? Wird der Träger „Freiabonnements für Gefangene e. V.“ künftig weiterhin berücksichtigt?		

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag	Fraktion	Bemerkungen
					16. Wie und auf welcher Grundlage wurde die Tarifvorsorge berechnet? Wird vorsorglich zusätzlich Tarifmittel eingestellt, falls die Tarifeinigungen für 2026 und 2027 zwischen den Gewerkschaften und der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) über die vorgesehene pauschale Tarifsteigerung hinausgehen? Falls nicht: Wie wird die Teilnahme der Zuwendungsempfänger an etwaigen höheren Tarifeinigungen gewährleistet? 17. Eine Kürzung der Servicestelle Wegweiser ist geplant; dennoch wird die ASOG-Novelle 2025 (§ 45 Weitergabe von Kontaktdaten gewaltausübender Personen an nicht-öffentliche Stellen) voraussichtlich zu einer Zunahme der Fallzahlen der Servicestelle Wegweiser führen. Warum wird hier diese Struktur abgebaut, ausgerechnet zum Zeitpunkt einer Gesetzesnovelle, die zu einer Zunahme der Beratungs- und Vermittlungsfälle der Servicestelle führen soll? Will soll die Zunahme der Beratungs- und Vermittlungsstellen sonst aufgefangen werden? 18. Bisher wurde die Koordinierungsstelle für Kinder von Inhaftierten durch eine Kofinanzierung der SenJustV, der SenBJF und der Auridis Stiftung finanziert. Die Finanzierung läuft zum Ende des Jahres 2025 aus. Wird die Koordinierungsstelle für Kinder von Inhaftierten weiterfinanziert? – Falls ja: wie und in welcher Höhe? – Falls nein: Wie wird die Versorgung von Kindern von Inhaftierten in den jeweiligen JVAen künftig anstands- und projektübergreifend koordiniert?		

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag	Fraktion	Bemerkungen
102.	30 f.	0600	68406	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	1. Ist absehbar, wann feststeht, welche konkreten Projekte in welcher Höhe weitergeführt werden? 2. Bitte erläutern Sie, in welcher Weise der Förderbereich „Gewaltprävention und Opferschutz“ im Rahmen des Berliner Landesaktionsplans zur Verhütung von Gewalt an die Vorgaben der Istanbul-Konvention angepasst und entsprechend ausgebaut wird. 3. Welche Maßnahmen wird die Justizverwaltung in den Jahren 2026/2027 priorisieren, um die weitreichenden Vorgaben der Istanbul-Konvention zu erfüllen? 4. In welcher Form wirken sich die Mittelerhöhungen in den Jahren 2026/2027 auf den Angebotsausbau von Projekten sowie auf zusätzliche Personalstellen in den Beratungsstellen für Opfer von Straftaten, deren Angehörige sowie Zeug:innen, die Gewaltschutzambulanz, iTOB – Stalking beenden, Zeugenbetreuungsstelle im Kriminalgericht Moabit und der Proaktiven Servicestelle für Betroffene von Straftaten aus? 5. Können die Beratungsangebote für Männer gegen Gewalt, Kind im Blick, Servicestelle Wegweiser und Berliner Zentrum für Gewaltprävention, in den Jahren 2026/2027 weiterhin ohne Einschränkungen der Mittel aufrechterhalten werden? 6. Gibt es Pläne für einen Ersatz der im Bereich des Justizvollzug - Arbeitsfeld schulische und berufliche Qualifizierung sowie Beschäftigung gestrichenen Projekte?	LINKE	Sammelvorlage, S. 280 bis 283
103.	30 ff.	0600	68406	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	Zu 3.) Runder Tisch für ausländische Gefangene und Gefangene mit Migrationshintergrund, religiöse Betreuung muslimischer und alevitischer Gefangener: Wer betreibt den Runden Tisch und was ist der konkrete Inhalt des Projekts? Zu 3.) Gefangenenseelsorge: Bitte um Erläuterung der Reduzierung der Ansätze 2026 und 2027 um die Hälfte gegenüber dem Ansatz 2025. Zu 3.) Projekt „Programmagentur Rechtskunde/Demokratie und Rechtsstaat“: Wer ist Träger des Projektes und was ist der konkrete Inhalt? Zu 3.) Vorsorge für Zuwendungsempfangende Teilhabe Tarifentwicklung: Bitte um Erläuterung des Wegfalls der Ansätze für 2026 und 2027.	AfD	Sammelvorlage, S. 284 bis 286

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag	Fraktion	Bemerkungen
ÄA	30 ff.	0600	68406	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	Ansatz 2026: 8.918.000 € Ansatz 2027: 9.154.000 €		
Änderungsanträge der Fraktionen							
				Bündnis 90/Die Grünen <u>Änderungsantrag Nr. 2</u> 2026: + 827.000 2027: + 842.000 <i>a) Begründung zum Änderungsantrag:</i> Stärkung von Projekten in den Förderbereichen Opferschutz und Gewaltprävention, Justizvollzug und sonstige Projekte <i>b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan:</i> Neuaufnahme, Fortführung und Anpassung der Tabelle Förderbereich Opferschutz und Gewaltprävention TA „Childhood-House“ Ansatz 2026: 214.333 (+ 50.000) Ansatz 2027: 218.796 (+ 50.000) TA „Ambulantes, soziales Gewaltpräventionsprogramm und Beratungsangebot zum Schutz vor Gewalt im öffentlichen Raum“ Ansatz 2026: 98.610 (+ 20.000) Ansatz 2027: 100.010 (+ 20.000)		AfD <u>Änderungsantrag Nr. 1</u> 2026: - 421.638 2027: - 423.325 <i>a) Begründung zum Änderungsantrag:</i> Der Staat ist zur weltanschaulichen Neutralität verpflichtet – seine Kernaufgabe ist die Resozialisierung. Das Grundrecht auf Religionsausübung und -betreuung wird gewahrt, indem anerkannte Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften seelsorgerische Angebote auf Grundlage von Zutrittsrechten eigenfinanziert erbringen. <i>b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan:</i> Teilansätze in Ziffer 3 (Arbeitsfeld Netzwerkarbeit, Informationsversorgung, religiöse Betreuung): Runder Tisch für ausländische Gefangene und Gefangene mit Migrationshintergrund, religiöse Betreuung muslimischer und alevitischer Gefangener Teilansatz 2026 121.638 €	

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag	Fraktion	Bemerkungen								
				TA „Servicestelle Wegweiser“ Ansatz 2026: 105.185 (+ 50.000) Ansatz 2027: 107.487 (+ 50.000)		Teilansatz 2027	-121.638 € 123.325 € -123.325 €								
				Förderbereich Justizvollzug TA „Theaterprojekte mit Inhaftierten in Berliner Justizvollzugsanstalten“ Ansatz 2026: 82.885 (+ 20.000) Ansatz 2027: 83.660 (+ 20.000)		Gefangenenseelsorge Teilansatz 2026 Teilansatz 2027	300.000 € -300.000 € 300.000 € -300.000 €								
				TA „Präfix R Berlin - Durchführung von Elterncoaching in Berliner Haftanstalten“ (Neu) Ansatz 2026: 100.000 (+ 100.000) Ansatz 2027: 100.000 (+ 100.000)		<table><tr><td>Ja</td><td>AfD</td></tr><tr><td>Nein</td><td>CDU, SPD, GRÜNE und LINKE</td></tr><tr><td>Enthaltung</td><td>–</td></tr><tr><td>Ergebnis</td><td>mehrheitlich abgelehnt</td></tr></table>	Ja	AfD	Nein	CDU, SPD, GRÜNE und LINKE	Enthaltung	–	Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt	
Ja	AfD														
Nein	CDU, SPD, GRÜNE und LINKE														
Enthaltung	–														
Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt														
				TA „Umschulungsmaßnahmen und Berufsfördermaßnahmen in der JVA Tegel“ (Fortführung) Ansatz 2026: 230.000 (+ 230.000) Ansatz 2027: 230.000 (+ 230.000)											
				TA „Berufsfördermaßnahme in der JVA“ Lichtenberg (Wiederaufnahme) Ansatz 2026: 60.000 (+ 60.000) Ansatz 2027: 60.000 (+ 60.000)											
				TA „Berufsfördermaßnahme in der JVA Plötzensee“ (Wiederaufnahme) Ansatz 2026: 55.000 (+ 55.000) Ansatz 2027: 55.000 (+ 55.000)											
				TA „Beschäftigung in einer											

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag	Fraktion	Bemerkungen								
				Holzwerkstatt in der JAA Berlin-Brandenburg“ (Fortführung) Ansatz 2026: 30.000 (+ 30.000) Ansatz 2027: 30.000 (+ 30.000) TA „Berufliche und schulische Bildung in der JVA für Frauen Berlin“ Ansatz 2026: 250.562 (+ 25.000) Ansatz 2027: 256.667 (+ 25.000) TA „Hafräume & Kinderzimmer“ (Wiederaufnahme) Ansatz 2026: 62.000 (+ 62.000) Ansatz 2027: 62.000 (+ 62.000) Förderbereich: sonstige Projekte TA „Unterstützung und Organisation der ehrenamtlichen Tätigkeit des Berliner Vollzugsbeirates“ (BVB) Ansatz 2026: 50.609 (+ 25.000) Ansatz 2027: 51.219 (+ 25.000) TA „Gefangenenseelsorge“ Ansatz 2026: 400.000 (+ 100.000) Ansatz 2027: 400.000 (+ 100.000) TA „Zugang zum Recht“ Ansatz 2026: 75.000 (+/- 0) Ansatz 2027: 75.000 (+ 15.000)											
				<table><tr><td>Ja</td><td>GRÜNE und LINKE</td></tr><tr><td>Nein</td><td>CDU, SPD und AfD</td></tr><tr><td>Enthaltung</td><td>—</td></tr><tr><td>Ergebnis</td><td>mehrheitlich abgelehnt</td></tr></table>	Ja	GRÜNE und LINKE	Nein	CDU, SPD und AfD	Enthaltung	—	Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt			
Ja	GRÜNE und LINKE														
Nein	CDU, SPD und AfD														
Enthaltung	—														
Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt														

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag	Fraktion	Bemerkungen
104.	32	0600	97203	Pauschale Minderausgaben	Über welche Kapitel und Titel kann die PMA aufgelöst werden?	LINKE	Sammelvorlage, S. 287
105.	33	0600	MG 32 51135	Digitalisierung optimierter Geschäftsprozesse nach dem EGovG Bln	Bitte Ansatzreduzierung 2026 und 2027 gegenüber 2025 erläutern.	AfD	Sammelvorlage, S. 288
106.	33	0600	MG 32 51185	Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT	Welche Folgen hat die deutliche Mittelkürzung für Nr. 8. „Cyber Innovation Hub“?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 289
107.	33	0600	MG 32 51185	Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT	– Bitte um Erläuterung der Streichung des Betriebs des Justizakten-managementsystems (JAM). – Bitte um Erläuterung der Ansatzveränderung des ISMS. – Bitte um Erläuterung der Ansatzveränderung der IT-Dienstleistungen Innvationszentrum Legal Tech und dessen weitere Konzeptionierung und des IT-Dienstleistungen Kompetenzzentrum. – Bitte um Erläuterung unter Darlegung der Konzeptionierung des Cyber Innovation Hub Konzeptionierung und dessen aktuellen Umsetzungsstandes und der Ansatzveränderung. – Bitte um Erläuterung der Streichung des Ansatzes für den Betrieb des Stiftungsportals. – Bitte um Darstellung und Erläuterung der Notwendigkeit der neuen Teilansätze (Videokonferenzsystem und Berlin PC). – Beabsichtigt der Senat die Wiedereinführung des Funkzellentransparenzsystems, z.B. beim ITDZ?	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 290 bis 292

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag	Fraktion	Bemerkungen
108.	33	0600	MG 32 51185	Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT	1. Wird der Betrieb der Nrn. 3, 7 und 9 fortgeführt, wenn ja, in welchem Umfang im Vergleich zum Ist-Zustand? 2. Wie lassen sich die Kürzungen in Nr. 8 (Cyber Innovation Hub) und Nr. 6 (Legal Tech) mit dem Vorhaben vereinbaren, die digitale Infrastruktur der Justiz zu verbessern und verstärkt künstliche Intelligenz einzusetzen? In welchem Stadium befinden sich die Projekte und werden sie oder deren Ergebnisse in den Dauerbetrieb überführt? 3. Ist Nr. 5 das Ergebnis der lfd. Nr. 1 in der Erläuterung zu 0600/81259? 4. Aus welchem Titel wurden die lfd. Nrn. 11 und 12 bisher finanziert?	LINKE	Sammelvorlage, S. 293 bis 295
109.	33	0600	MG 32 81230	Neuverkabelung Campus Moabit	Bitte erläutern, warum 2026 nur 1.000 € Ansatz eingestellt sind?	AfD	Sammelvorlage, S. 296
110.	34	0600	MG 32 81259	Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensabhängige IKT	Gibt es eine Lebenszyklus Prognose für die angeschafften Geräte und wie alt ist der Bestand durchschnittlich?	LINKE	Sammelvorlage, S. 297
Kapitel 0605 – Gemeinsames Juristisches Prüfungsamt							
111.	39	0605	über-greifend		Welche Mittel gibt der Senat für den juristischen Vorbereitungsdienst aus, insbesondere für die AG-Leiter am Kammergericht, für Räumlichkeiten, für IT? Wie haben die Zahlen sich seit 2024 entwickelt? Welche Mittel sind für 2026 / 2027 veranschlagt? Wo sind diese Mittel veranschlagt (Kapitel/Titel)?	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 298 bis 299
112.	40	0605	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Welche Stellen (BesGr.) wurden/ werden in den Jahren 2026 bis 2027 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 300
113.	40	0605	42701	Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter	Bitte um Darstellung und Begründung des Anstieges gegenüber dem IST 2024. Welche Regelungen für Honorare und Reisekosten bestehen aktuell und künftig?	LINKE	Sammelvorlage, S. 301 bis 302

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag	Fraktion	Bemerkungen
ÄA	40	0605	42701	Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter	Ansatz 2026: 1.470.000€ Ansatz 2027: 1.470.000€		
Änderungsanträge der Fraktionen							
				Die Linke <u>Änderungsantrag Nr. 2</u> 2026: -400.000 2027: -400.000 a) Begründung zum Änderungsantrag: Gegenfinanzierung			
114.	40	0605	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Welche Stellen (EGr.) wurden/ werden in den Jahren 2026 bis 2027 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 303
115.	40	0605	51801	Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume	Wie lassen sich die deutlich gefallenen Kosten für die Miete der Staatsprüfungs-Räume erklären?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 304
116.	40	0605	51801	Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume	Bitte um Darlegung der genauen jeweiligen Kosten für die Raummiete(n) zur Durchführung der Prüfungen für die juristischen Staatsexamina.	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 305
117.	40	0605	51801	Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume	Bitte Ansatzreduzierung 2026/2027 gegenüber 2025 erläutern.	AfD	Sammelvorlage, S. 306

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag	Fraktion	Bemerkungen
118.	40	0605	51802	Mieten für Fahrzeuge	Wofür nutzt das GJP die angemieteten Fahrzeuge?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 307
119.	41	0605	52501	Aus- und Fortbildungen	– Welche Fortbildungen wurden in den Jahren 2023 bis 2025 jeweils in welchem Intervall/Frequenz angeboten? Bitte unter Angabe der genauen Teilansätze bzw. Kosten. Welche Fortbildungen sind für die Jahre 2026 und 2027 hinsichtlich der eingestellten Mittel vorgesehen? Bitte um Erläuterung der Ansatzabsenkung. – Welche Mittel sind vorgesehen für die Fortbildung der Richterschaft zu Kindesanhörungen in familiengerichtlichen Verfahren? Ist gesichert, dass hierzu ausreichende Mittel veranschlagt sind, um auch interdisziplinäre Fortbildungen anzubieten? – Welche Mittel sind vorgesehen zur Fortbildung der Richterschaft zur Istanbul-Konvention?	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 308 bis 386
ÄÄ	41	0605	52501	Aus- und Fortbildungen	Ansatz 2026: 106.000€ Ansatz 2027: 106.000€		
Änderungsanträge der Fraktionen							
				Bündnis 90/Die Grünen Änderungsantrag Nr. 3 2026: + 94.000 2027: + 94.000 a) Begründung zum Änderungsantrag: Aufstocken der Mittel auf das Niveau von 2025, da der Bedarf vorhanden ist b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan: Neufassung der Erläuterung			

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag	Fraktion	Bemerkungen								
				Sachkosten aus Anlass der Fortbildung der Berufsrichter/innen Mehr für den Ausbau des Fortbildungsangebotes für Familienrichter*innen, Jugendstrafrichter*innen und Jugendstaatsanwäl*innen in Bezug auf die Anhörung von Kindern in Gerichtsverfahren sowie zusätzlicher Fortbildungsmittel (kindgerechte und diskriminierungskritische Justiz, bspw. leichte und einfachere Sprache in der Justiz).											
				<table><tr><td>Ja</td><td>GRÜNE und LINKE</td></tr><tr><td>Nein</td><td>CDU, SPD und AfD</td></tr><tr><td>Enthaltung</td><td>–</td></tr><tr><td>Ergebnis</td><td>mehrheitlich abgelehnt</td></tr></table>	Ja	GRÜNE und LINKE	Nein	CDU, SPD und AfD	Enthaltung	–	Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt			
Ja	GRÜNE und LINKE														
Nein	CDU, SPD und AfD														
Enthaltung	–														
Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt														
120.	42	0605	54010	Dienstleistungen	Wofür werden die externen Sicherheitsfirmen benötigt?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 387								
121.	42	0605	54010	Dienstleistungen	Ist die Planung realistisch, wenn Vorsorge für Preissteigerungen und ein Ansatz unterhalb der Verpflichtungsermächtigung aus früheren Haushalten getroffen werden?	LINKE	Sammelvorlage, S. 388								
122.	43	0605	MG 32 51185	Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT	Wie verteilen sich die Mittel der aktuellen und der künftigen Ansätze jeweils auf die einzelnen aufgeführten Projekte? Ist der Betrieb sichergestellt?	LINKE	Sammelvorlage, S. 389								
Kapitel 0608 – Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz - Verbraucherschutz -															
123.		0608, 0609	titelübergreifend		Welche Verpflichtungsermächtigungen bestehen aktuell in den Kapiteln 0608 und 0609 und wofür sollen sie konkret genutzt werden?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 390								
124.		0608, 0609	titelübergreifend		Wie viele Stellen sind im Bereich Verbraucherschutz aktuell besetzt, wie viele vakant und wie sind sie auf verschiedene Aufgabenprofile verteilt (z. B. Marktüberwachung, Beratungsarbeit, digitale Angebote)?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 391								

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag	Fraktion	Bemerkungen
125.		0608, 0609	titelübergreifend		Wie viele Stellen sind im Bereich Tierschutz aktuell besetzt, wie viele vakant und wie sind sie auf verschiedene Aufgabenprofile verteilt?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 392
126.		0608, 0609	titelübergreifend		Welche personellen Kapazitäten sind für Verbraucherschutzaufgaben in den Bezirken eingeplant, und in welchem Verhältnis stehen diese zu den zentralen Kapazitäten der Senatsverwaltung?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 393
127.		0608, 0609	titelübergreifend		Bitte erläutern Sie, welche Mittel für digitale Beratungsformate und Verbraucher-Informationsportale eingeplant sind (bitte aufschlüsseln nach Titel und Projekten)	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 394
128.		0608, 0609	titelübergreifend		Bitte erläutern Sie, welche Maßnahmen und Projekte zum Verbraucherschutz im digitalen Raum (z. B. Abzocke im Online-Handel, KI-Anwendungen) eingeplant sind (bitte aufschlüsseln nach Titel und Projekten).	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 395
129.		0608, 0609	titelübergreifend		Bitte erläutern Sie, welche Mittel sind für Projekte vorgesehen sind, die Verbraucher*innen im Bereich nachhaltiger Konsum, Energiepreise und Verbraucherbildung unterstützen? (bitte aufschlüsseln nach Titel und Projekten)	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 396
130.		0608, 0609	titelübergreifend		In welchem Umfang werden mit den Mitteln im Einzelplan Angebote für besonders verletzte Verbraucher*innengruppen (z. B. Senior*innen, Menschen mit geringem Einkommen, Menschen mit Behinderung) gefördert? Bitte aufschlüsseln nach Titel und Projekten.	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 397
131.		0608, 0609	titelübergreifend		Welche Ansätze verfolgt die Senatsverwaltung, um Diversity- und Gleichstellungsperspektiven in der Verbraucherarbeit abzubilden? Welche Mittel sind dafür im Einzelplan bereitgestellt?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 398
132.		0608, 0609	titelübergreifend		Bitte erläutern Sie, wie sich die Gesamtmittel für Tierschutz im Vergleich der Haushalte 2022–2027 entwickeln und welche Lücken in der Tierschutzarbeit dadurch entstehen.	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 399 bis 400
133.		0608, 0609	titelübergreifend		Welche Abstimmungen gibt es mit anderen Ressorts (z. B. Umwelt, Landwirtschaft, Bezirke) zur Umsetzung von Tierschutzmaßnahmen? Welche Bundes- oder EU-Mittel für Tierschutzmaßnahmen stehen zusätzlich zur Verfügung, und wurden diese eingeworben?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 401
134.		0608, 0609	titelübergreifend		Wie stellt die Senatsverwaltung sicher, dass trotz Kürzungen die gesetzlichen Verpflichtungen im Tierschutz gemäß Grundgesetz erfüllt werden können?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 402

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag	Fraktion	Bemerkungen
135.		0608, 0609	titelübergreifend		– Bitte erläutern Sie, welche Planstellen und Stellenanteile aktuell für die Landestierschutzbeauftragte und deren Stab zur Verfügung stehen (aufgeschlüsselt nach Besoldungs- bzw. Entgeltgruppen, Statusgruppen und Beschäftigungsumfang). – Bitte legen Sie dar, wie viele dieser Stellen besetzt bzw. vakant sind und welche Aufgabenprofile sie abdecken. – Bitte erläutern Sie, welche Sachmittel (Büro, IT, Fachmittel) dem Stab der Landestierschutzbeauftragten in den Haushaltsjahren 2022–2024 zur Verfügung standen und welche Ansätze dafür in den Haushaltsjahren 2026/27 vorgesehen sind.	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 403 bis 404
136.		0608	übergreifend		Bitte um Zusammenstellung sämtlicher Haushaltstitel, Teilansätze und Maßnahmen mit Bezug zum Tierschutz.	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 405
137.		0608	titelübergreifend	Verbraucherschutz	Welche gesetzlichen Vorhaben plant die Justizverwaltung bis 2027 im Sinne des Verbraucherschutzes zu bearbeiten bzw. umzusetzen?	LINKE	Sammelvorlage, S. 406
138.		0608	titelübergreifend	Tierschutz	Wie ist die finanzielle Ausstattung der Landestierschutzbeauftragten im Vergleich mit anderen Bundesländern?	LINKE	Sammelvorlage, S. 407
139.		0608	übergreifend		Wo findet sich das erwähnte Produktblatt zur Landestierschutz-beauftragten?	LINKE	Sammelvorlage, S. 408 sowie Anlage zur lfd. Nr. 139
ÄÄ	47ff.	608	Titel neu	Zuschüsse für Planungs- und Bauvorbereitungsmittel für die Schaffung eines landeseigenen Tierheims	Ansatz 2026: – € Ansatz 2027: – €		
Änderungsanträge der Fraktionen							
						AfD	
						Änderungsantrag Nr. 2	

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag	Fraktion	Bemerkungen								
						2026: +100.000 2027: +100.000 a) Begründung zum Änderungsantrag: Die Schaffung eines landeseigenen Tierheims soll die Tierschutzorganisationen entlasten und so dem Tierschutz im Land Berlin insgesamt dienen. b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan: Die Mittel dienen der Planung und Bauvorbereitung eines landeseigenen Tierheims. <table><tr><td>Ja</td><td>AfD</td></tr><tr><td>Nein</td><td>CDU, SPD und GRÜNE</td></tr><tr><td>Nicht-teilnahme</td><td>LINKE</td></tr><tr><td>Ergebnis</td><td>mehrheitlich abgelehnt</td></tr></table>		Ja	AfD	Nein	CDU, SPD und GRÜNE	Nicht-teilnahme	LINKE	Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt
Ja	AfD														
Nein	CDU, SPD und GRÜNE														
Nicht-teilnahme	LINKE														
Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt														
140.	49	0608	11921	Rückzahlungen von Zuwendungen	Welche Zuwendungsempfänger haben 2024 Rückzahlungen geleistet?	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 409								
141.	49	0608	11921	Rückzahlungen von Zuwendungen	Bitte erläutern. Um welche Zuwendungsarten handelt es sich?	AfD	Sammelvorlage, S. 410								
142.	51	0608	41210	Aufwendungen für Beiräte	Inwiefern werden tatsächlich entstandene Kosten ermittelt?	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 411								
143.	51	0608	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Welche Stellen (BesGr.) wurden/ werden in den Jahren 2026 bis 2027 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 412								

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag	Fraktion	Bemerkungen
144.	51	0608	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Aus welchem Grund sinken die Ansätze für planmäßige Tarifbeschäftigte in den Jahren 2026/2027? Bedeutet dies, dass keine neuen Personalstellen eingeplant sind?	LINKE	Sammelvorlage, S. 413
145.	51	0608	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Welche Stellen (EGr.) wurden/ werden in den Jahren 2026 bis 2027 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 414
146.	51	0608	51101	Geschäftsbedarf	Wie begründet sich der Gesamtanstieg um je 5.000 Euro jährlich, aber ein Absinken des Geschäftsbedarfs der Landestierschutzbeauftragten um 100 Euro?	LINKE	Sammelvorlage, S. 415
147.	52	0608	52501	Aus- und Fortbildung	Wie erklärt sich der geringe Ist-Wert 2024? Wie sollen die Mittel für die Landestierschutzbeauftragte ausgegeben werden, da diese derzeit freigestellt ist?	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 416
148.	52	0608	52501	Aus- und Fortbildung	Aus welchen Gründen sinken die Kosten für die Tierärzte in Weiterbildung? Werden weniger Tierärzte weitergebildet? Sind die Weiterbildungsangebote preiswerter als in den Vorjahren? Warum sinkt der Betrag für die Landestierschutzbeauftragte für ihre Weiterbildungen um 3950 Euro – mehr als eine Halbierung der Fortbildungsmittel?	LINKE	Sammelvorlage, S. 417
ÄÄ	52	0608	52501	Aus- und Fortbildung	Ansatz 2026: 10.000 € Ansatz 2027: 10.000 €		
Änderungsanträge der Fraktionen							
					Die Linke <u>Änderungsantrag Nr. 3</u> 2026: + 5.000 2027: + 5.000 a) Begründung zum Änderungsantrag: Sollen mehr als nur zwingend notwendige Fortbildungen im Bereich der Landestierschutzbeauftragten möglich sein, um		

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag	Fraktion	Bemerkungen								
					das aktuelle Wissen über den Tierschutz in dem Bereich zu stärken. <table><tr><td>Ja</td><td>GRÜNE und LINKE</td></tr><tr><td>Nein</td><td>CDU, SPD und AfD</td></tr><tr><td>Enthaltung</td><td>–</td></tr><tr><td>Ergebnis</td><td>mehrheitlich abgelehnt</td></tr></table>	Ja	GRÜNE und LINKE	Nein	CDU, SPD und AfD	Enthaltung	–	Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt		
Ja	GRÜNE und LINKE														
Nein	CDU, SPD und AfD														
Enthaltung	–														
Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt														
149.	53	0608	52703	Dienstreisen	Wie sollen die Mittel für die Landestierschutzbeauftragte ausgegeben werden, da diese derzeit freigestellt ist?	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 418								
150.	54	0608	53105	Beteiligung an Messen und Ausstellungen	Bitte um einen Bericht woher der Ist-Wert 2024/2025 stammt?	LINKE	Sammelvorlage, S. 419								
ÄÄ Neu	54	0608	53105	Beteiligung an Messen und Ausstellungen	Ansatz 2026: 280.000 € Ansatz 2027: 280.000 €										
Änderungsanträge der Fraktionen															
				Bündnis 90/Die Grünen <u>Änderungsantrag Nachtrag Nr. 2</u> 2026: - 168.500 2027: - 168.500 <i>a) Begründung zum Änderungsantrag:</i> Gegenfinanzierung <table><tr><td>Ja</td><td>GRÜNE und LINKE</td></tr><tr><td>Nein</td><td>CDU, SPD und AfD</td></tr><tr><td>Enthaltung</td><td>–</td></tr><tr><td>Ergebnis</td><td>mehrheitlich abgelehnt</td></tr></table>		Ja	GRÜNE und LINKE	Nein	CDU, SPD und AfD	Enthaltung	–	Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt		
Ja	GRÜNE und LINKE														
Nein	CDU, SPD und AfD														
Enthaltung	–														
Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt														

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag	Fraktion	Bemerkungen
151.	54	0608	54010	Dienstleistungen	Welche Maßnahmen entfallen aufgrund der Kürzungen, und mit welcher fachlichen Begründung? Zu Nr. 1: Wie erklärt sich der geringe Ist-Wert 2024? Wie erklärt sich die deutliche Reduzierung der Finanzmittel? Welche konkreten Maßnahmen im Ernährungsbereich sollen trotz dieser Kürzungen fortgeführt werden? Welche Maßnahmen entfallen aufgrund der Kürzungen, und mit welcher fachlichen Begründung? Wird die geplante Kofinanzierung im Rahmen des Bundesprogramms Ökologischer Landbau (BÖL) weiterhin gewährleistet, und wenn nein: welche Alternativen sind vorgesehen? Inwieweit sind die Kürzungen mit bereits eingegangenen Verpflichtungen kompatibel? Bitte um einen Bericht über die Umsetzung der Ernährungsstrategie (u.a. zu Lebensmittelpunkten, mobilem Ernährungscampus) und über die Bekämpfung des Lebensmittelbetrugs. Zu Nr. 3: Was wurde 2025 aus den Mitteln finanziert?	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 420 bis 422
152.	54	0608	54010	Dienstleistungen	Zu Nr. 1) Ernährungsbereich: – Welche Maßnahmen im Ernährungsbereich werden aus diesem Titel finanziert? Geben Sie auch die finanzielle Mittelverteilung in 2026/2027 an. – Wie ist die drastische Mittelkürzung von 327.000 Euro im Jahr 2025 auf 85.000 Euro in 2026 sowie 70.000 Euro in 2027 zu erklären? – Welche Projekte der Berliner Ernährungsstrategie sind von diesen Kürzungen betroffen? Zu Nr. 2) Bewirtschaftung von Zuwendungen/VNP: – Wie ist die drastische Mittelkürzung von 200.000 Euro im Jahre 2025 auf 100.000 Euro in 2026 sowie 90.000 Euro in 2027 zu erklären? – Bitte stellen Sie alle Zuwendungsempfangende in 2026/2027 dar. Nennen Sie die wegfallenden Zuwendungsempfangenden zu 2025.	LINKE	Sammelvorlage, S. 423 bis 425

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag	Fraktion	Bemerkungen
153.	54	0608	54010	Dienstleistungen	Bitte für die Bereiche 1 bis 3 (Ernährungsbereich, Bewirtschaftung von Zuwendungen/VNP und Monitoringsysteme gem. Tiergesundheitsgesetz) um Darstellung der geplanten Projekte samt Kostenverteilung.	AfD	Sammelvorlage, S. 426 bis 427
154.	56	0608	54053	Veranstaltungen	Zu Nr. 5: Welche Veranstaltungen sind für 2027 geplant? Wie erklärt sich die Reduktion des Ansatzes auf null Euro? Zu Nr. 7: Welche Veranstaltungen hat die Landestierschutzbeauftragte durchgeführt? Warum sind für 2026 bzw. 2027 keine Mittel vorgesehen? Wie wird dies begründet?	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 428
155.	56	0608	54053	Veranstaltungen	Aus welchen Gründen wird der Posten „Veranstaltungen der Landestierschutzbeauftragten“ komplett gestrichen? Warum erfolgt hierzu nicht wie zu allen anderen Punkten eine textliche Erläuterung (zu Nr. 7)?	LINKE	Sammelvorlage, S. 429
ÄA	56	0608	54053	Veranstaltungen	Ansatz 2026: 81.000 € Ansatz 2027: 9.000 €		
Änderungsanträge der Fraktionen							
				Bündnis 90/Die Grünen	Die Linke		
				Änderungsantrag Nr. 4	Änderungsantrag Nr. 4		
				2026: + 20.000 2027: +/- 0	2026: + 12.000 2027: + 12.000		
				a) Begründung zum Änderungsantrag: Veranstaltungen der Landestierschutzbeauftragten auch 2026 ermöglichen	a) Begründung zum Änderungsantrag: Mehr für Bildungs- und Fortbildungsformate im Tierschutzbereich (u.a. Berliner Tierschutztag)		
				b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan: Änderung der Tabelle	b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan:		

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag		Fraktion	Bemerkungen																
				TA „Nr. 7 Veranstaltungen der Landestierschutzbeauftragten“ Ansatz 2026: 20.000 (+ 20.000) Ansatz 2027: 0 (+/- 0)	Nr. 7 Veranstaltungen der Landestierschutzbeauftragten: 12.000 (2026); 12.000 (2027).																			
				<table><tr><td>Ja</td><td>GRÜNE und LINKE</td></tr><tr><td>Nein</td><td>CDU, SPD und AfD</td></tr><tr><td>Enthaltung</td><td>–</td></tr><tr><td>Ergebnis</td><td>mehrheitlich abgelehnt</td></tr></table>	Ja	GRÜNE und LINKE	Nein	CDU, SPD und AfD	Enthaltung	–	Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt	<table><tr><td>Ja</td><td>GRÜNE und LINKE</td></tr><tr><td>Nein</td><td>CDU, SPD und AfD</td></tr><tr><td>Enthaltung</td><td>–</td></tr><tr><td>Ergebnis</td><td>mehrheitlich abgelehnt</td></tr></table>		Ja	GRÜNE und LINKE	Nein	CDU, SPD und AfD	Enthaltung	–	Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt		
Ja	GRÜNE und LINKE																							
Nein	CDU, SPD und AfD																							
Enthaltung	–																							
Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt																							
Ja	GRÜNE und LINKE																							
Nein	CDU, SPD und AfD																							
Enthaltung	–																							
Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt																							
156.	56	0608	54068	Ausgaben für den Tierschutz	– Bitte erläutern Sie, warum der Titel 54068 „Ausgaben für den Tierschutz“ im Doppelhaushalt 2026/27 im Vergleich zu 2025 komplett gestrichen wurde. – Bitte erläutern Sie, welche konkreten Maßnahmen im Rahmen des Stadttaubenmanagements 2025 finanziert wurden (z. B. Anzahl betreuter Schläge, Kooperationen mit Vereinen, Tierarztkosten). – Bitte erläutern Sie, welche Auswirkungen die Streichung auf das geförderte Stadttaubenmanagement hat und ob eine Fortführung vorgesehen ist. – Bitte erläutern Sie, wie künftig die Aufgabe der Katzenkastrationen finanziert werden soll. – Bitte listen Sie auf, welche Mittel für Katzenkastrationen jeweils in den Jahren von 2022 bis 2025 abgerufen wurden. – Bitte listen Sie auf, wann eine Ausschreibung zur Umsetzung der Maßnahmen für Katzenkastrationen jeweils in den Jahren 2022 bis 2025 erfolgte und wann diese an welchen Träger vergeben wurde. – Die Senatsverwaltung wird um Berichterstattung gebeten, ob die Streichung des Titels 54068 durch neue Strukturen, Titel oder Förderprogramme kompensiert werden soll, und falls nicht: wie die Verwaltung sicherstellt, dass Berlin seinen tierschutzrechtlichen Verpflichtungen nachkommt.		CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 430 bis 432																

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag	Fraktion	Bemerkungen
157.	56	0608	54068	Ausgaben für den Tierschutz	Wie viele Straßenkatzten konnten mithilfe der Gelder 2024 und 2025 kastriert und dadurch Katzenleid reduziert werden? Ab wann konnten die Gelder aufgrund der offiziellen Ausschreibung erst im Jahr 2024 vergeben werden? Wer hat die Mittel zur Kastration von Straßenkatzten erhalten? Zu welchen Ergebnissen ist die FU Berlin bei der tiermedizinischen Untersuchung der Straßenkatzten gekommen? Wie wird der Wegfall der Mittel in 2026 bzw. 2027 begründet, obwohl es in Berlin eine Katzenschutzverordnung gibt? Wie stellt der Senat den Katzenschutz ohne Gelder sicher?	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 433 bis 434
158.	56	0608	54068	Ausgaben für den Tierschutz	Aus welchen Gründen wird der Posten „Ausgaben für den Tierschutz“ komplett gestrichen – von je 230.000 € jährlich auf Null? Wie ist der Stand der bisher aus diesem Titel finanzierten Projekte und woher wird deren Fortführung finanziert?	LINKE	Sammelvorlage, S. 435 bis 436
159.	56	0608	54068	Ausgaben für den Tierschutz	Bitte um Erläuterung des Wegfalls der Ansätze 2026/2027 und welche Maßnahmen mit dem Wegfall 2026/2027 entfallen.	AfD	Sammelvorlage, S. 437
ÄÄ	56	0608	54068	Ausgaben für den Tierschutz	Ansatz 2026: – Ansatz 2027: –		
Änderungsanträge der Fraktionen							
				Bündnis 90/Die Grünen	Die Linke	AfD	
				Änderungsantrag Nr. 5	Änderungsantrag Nr. 5		
				2026: + 300.000 2027: + 209.000	2026: + 50.000 2027: + 50.000		
				a) Begründung zum Änderungsantrag: Die Mittel sind anzuheben, um auch 2026 bzw. 2027 Taubenmanagement und	a) Begründung zum Änderungsantrag: Für Katzenkastationen. Bei Stärkung des Ehrenamtes mehr Kastrationen möglich.		

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag		Fraktion	Bemerkungen								
				Katzenkastration von Straßenkatzen zu ermöglichen. Damit kann Tierschutz, wie es das Gesetz vorsieht, gewährleistet werden und Straßenkatzen können vor unnötigen Schäden, Leid und Schmerzen geschützt werden.	Das Jahr 2023 (Mittelaufwurf: 53.881.50 Euro) hat gezeigt, dass der Bedarf hoch ist. <table><tr><td>Ja</td><td>GRÜNE, LINKE und AfD</td></tr><tr><td>Nein</td><td>CDU und SPD</td></tr><tr><td>Enthaltung</td><td></td></tr><tr><td>Ergebnis</td><td>mehrheitlich abgelehnt</td></tr></table>		Ja	GRÜNE, LINKE und AfD	Nein	CDU und SPD	Enthaltung		Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt		
Ja	GRÜNE, LINKE und AfD															
Nein	CDU und SPD															
Enthaltung																
Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt															
160.	59	0608	68123	Ehrungen, Preise	– Die Senatsverwaltung wird um Berichterstattung gebeten, warum der Titel 68123 „Ehrungen, Preise“ im Doppelhaushalt 2026/27 entfallen ist und ob eine Fortführung auf anderem Wege vorgesehen ist. – Die Senatsverwaltung wird um Berichterstattung gebeten, welche Mittel in den Jahren 2022–2025 aus dem Titel 68123 verausgabt wurden. – Die Senatsverwaltung wird um Berichterstattung gebeten, welche Ehrungen, Preise oder Wettbewerbe mit Mitteln des Titels 68123 in den letzten fünf Jahren finanziert wurden. – Die Senatsverwaltung wird um Berichterstattung gebeten, welche Folgen der Wegfall des Titels 68123 für die öffentliche Anerkennung des Engagements von Tierschutz- und Verbraucherschutzorganisationen hat.		CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 438 bis 441								
161.	59	0608	68123	Ehrungen, Preise	1.) Wie lässt sich der Wegfall des Preises „Berliner Lebensmittelretter“ mit dem Engagement der Justiz- und Verbraucherverwaltung zur Reduzierung der Lebensmittelverschwendung vereinbaren? 2.) Warum unterstützt die Verwaltung diese kostengünstige und wirksame Maßnahme zur Aufklärung gegen Verschwendung nicht mehr?		LINKE	Sammelvorlage, S. 442								
162.	59	0608	68123	Ehrungen, Preise	Bitte um Erläuterung des Wegfalls der Ansätze 2026/2027 und welche Ehrungen und Preise mit dem Wegfall 2026/2027 entfallen.		AfD	Sammelvorlage, S. 443 bis 444								

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag	Fraktion	Bemerkungen
163.	59	0608	68250	Zuschuss an das Landeslabor Berlin-Brandenburg (LLBB)	– Wie viele Planstellen im LLBB sind aktuell besetzt, wie viele vakant? – Welche Investitionen in Laborinfrastruktur, Geräte und Digitalisierung sind für die Jahre 2026/27 vorgesehen? – Wie stellen sich die Kostenverteilungen zwischen Berlin und Brandenburg dar? – Wie hoch sind die tatsächlichen Mittelabflüsse (Soll/Ist) der letzten fünf Jahre und wie haben sich Restmittel entwickelt? – Welche Maßnahmen ergreift das LLBB, um Effizienzsteigerungen oder Synergieeffekte zu erzielen? – Gibt es Planungen für eine Ausweitung der Aufgaben oder neue Kooperationen mit Bundesbehörden, EU oder anderen Ländern?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 445 bis 447
164.	59	0608	68250	Zuschuss an das Landeslabor Berlin-Brandenburg (LLBB)	Bitte um einen Bericht, wie die Finanzmittel in den Jahren 2024 und 2025 verausgabt wurden.	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 448
165.	59	0608	68250	Zuschuss an das Landeslabor Berlin-Brandenburg (LLBB)	Bitte um einen Bericht, ob und inwiefern die für 2026/2027 veranschlagten Finanzmittel für das Landeslabor auskömmlich sind. Bitte gehen Sie dabei auf neue Mietvertragsregelungen, veraltete Laborinstrumente sowie den Mangel an Fachpersonal infolge unzureichender finanzieller Anreize bei der Stellenbesetzung ein. Bitte erläutern Sie, weshalb das Landeslabor nicht durch zusätzliche Personalstellen gestärkt werden soll.	LINKE	Sammelvorlage, S. 449 bis 450
166.	59	0608	68250	Zuschuss an das Landeslabor Berlin-Brandenburg (LLBB)	Im Vergleich zum Ansatz 2025 (27.140.000 €) sinkt der Zuschuss in 2026/2027 auf jeweils auf 25.940.000 € (Ist 2024: 25.645.755,63 €). Wie erklärt sich diese Reduzierung? Welche konkreten Maßnahmen, Effizienzgewinne oder Leistungsreduzierungen ermöglichen diese Absenkung trotz tariflicher und energiebedingter Mehrkosten, und welche Auswirkungen werden auf Bearbeitungszeiten, Rückstände und die Einhaltung gesetzlicher Kontrollquoten erwartet?	AfD	Sammelvorlage, S. 451
ÄÄ	59	0608	68250	Zuschuss an das Landeslabor Berlin-Brandenburg (LLBB)	Ansatz 2026: 25.940.000 € Ansatz 2027: 25.940.000 €		

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag	Fraktion	Bemerkungen								
Änderungsanträge der Fraktionen															
						AfD Änderungsantrag Nr. 3 2026: + 1.200.000 2027: + 1.200.000 a) Begründung zum Änderungsantrag: Der Ansatz 2025 in Höhe von 27.140.000 € ist fortzuführen. Es ist abzusehen, dass die bisher eingestellten Mittel für das LLBB im Jahr 2026 und 2027 nicht ausreichend sein werden. Das LLBB benötigt für seine amtlichen Untersuchungen umfangreiche Investitionen in Laborgeräte und -infrastruktur sowie Digitalisierung. Des Weiteren trifft eine Ansatzreduzierung das LLBB besonders, aufgrund der länderanteiligen Finanzierung von Berlin und Brandenburg (Land Berlin bei 45 % und für das Land Brandenburg bei 55 %). <table><tr><td>Ja</td><td>AfD</td></tr><tr><td>Nein</td><td>CDU, SPD und GRÜNE</td></tr><tr><td>Nicht-teilnahme</td><td>LINKE</td></tr><tr><td>Ergebnis</td><td>mehrheitlich abgelehnt</td></tr></table>		Ja	AfD	Nein	CDU, SPD und GRÜNE	Nicht-teilnahme	LINKE	Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt
Ja	AfD														
Nein	CDU, SPD und GRÜNE														
Nicht-teilnahme	LINKE														
Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt														
167.	61	0608	68451	Zuschüsse für den Tierschutz	– Bitte stellen Sie dar, wie die Ansätze im Titel 68451 „Zuschüsse für den Tierschutz“ in den Jahren 2022–2024 verwendet wurden (Ist-Abflüsse, Restmittel, Empfänger). – Welche Begründung liegt für den massiven Rückgang der Mittel von	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 452 bis 457								

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag	Fraktion	Bemerkungen
					376.000 € (Ansatz 2025) auf 90.000 € (Ansatz 2026/27) vor? – Welche Folgen für bereits bewilligte oder laufende Projekte ergeben sich durch die Kürzungen? – Welche Tierschutzorganisationen und -verbände haben in den Jahren 2022–2024 Zuwendungen erhalten (Höhe, Zweck, Laufzeit)? – Welche Projekte sollen 2026/27 aus den verbliebenen 90.000 € finanziert werden? Bitte auflisten nach Projekt und Höhe der Mittel. Nach welchen Kriterien erfolgt die Auswahl der förderfähigen Organisationen/Projekte? – Welche Auswirkungen haben die Kürzungen auf die Leistungsfähigkeit der Tierschutzorganisationen in Berlin? – Welche Risiken sieht die Senatsverwaltung für das Ehrenamt und die zivilgesellschaftliche Infrastruktur im Tierschutzbereich? – Welche Strategien zur Verstetigung und nachhaltigen Finanzierung der Berliner Tierschutzarbeit verfolgt die Verwaltung? – Die Senatsverwaltung wird um Berichterstattung gebeten, warum im Entwurf des Doppelhaushalts 2026/27 im Vergleich zu den Haushaltsplänen 2024/25 die Tiertafel und das Tierheim Berlin nicht mehr in den Erläuterungen oder Zweckbindungen der tierschutzrelevanten Titel aufgeführt sind. – Die Senatsverwaltung wird um Berichterstattung gebeten, wie hoch die Mittel für Tiertafel und Tierheim in den Jahren 2022–2025 tatsächlich waren (Soll-Ansatz vs. Ist-Abfluss) und aus welchen Titeln sie jeweils finanziert wurden. – Die Senatsverwaltung wird um Berichterstattung gebeten, wie sie den zukünftigen Bedarf für Tiertafel, Tiersammelstelle und Tierheim einschätzt. – Die Senatsverwaltung wird um Berichterstattung gebeten, ob und in welchem Umfang alternative Finanzierungsquellen für Tiertafel und Tierheim vorgesehen sind (z. B. andere Haushaltstitel, Bezirksmittel, Bundes- oder EU-Förderprogramme).		
168.	61	0608	68451	Zuschüsse für den Tierschutz	Für welche konkreten Projekte, Organisationen und Maßnahmen wurden die Mittel 2024 und 2025 eingesetzt?	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 458 bis 459

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag	Fraktion	Bemerkungen
					Wodurch erklärt sich der geringe Ist-Wert 2024? Welche Gründe liegen der erneuten Kürzung zugrunde, und welche politischen Prioritäten spiegelt dies wieder? Nach welchen Kriterien sollen die verbleibenden 90.000 Euro jährlich an Tierschutzorganisationen und -verbände vergeben werden? Gibt es eine Priorisierung bestimmter Themen? Wie viele Projekte können mit den nun reduzierten Mitteln realistisch noch unterstützt werden? Wie viel Mittel sind für die Berliner Tiertafel bzw. das Berliner Tierheim vorgesehen? Wie viel Mittel sind für ein Stadttaubenmanagement vorgesehen? Plant der Senat mittelfristig ein gesondertes Finanzierungsmodell für das Tierheim, um die wachsenden Aufgaben zu bewältigen? Wurden Bedarfsanalysen des Tierheims oder anderer zentraler Einrichtungen berücksichtigt?		
169.	61	0608	68451	Zuschüsse für den Tierschutz	Aus welchen Gründen erfolgt die Kürzung der Mittel? Gibt es Pläne die Finanzierung des Tierheims und der Tiertafel aus anderen Titeln zu finanzieren oder eine alternative Finanzierung zu schaffen?	LINKE	Sammelvorlage, S. 460
170.	61	0608	68451	Zuschüsse für den Tierschutz	Bitte die Ansatzreduzierung für 2026/2027 gegenüber dem Ansatz 2025 und dem Ist 2024 erläutern. Ist das Tierheim Berlin von den Kürzungen der Zuwendungen betroffen und wenn ja, wie wird eine auskömmliche Finanzierung gesichert?	AfD	Sammelvorlage, S. 461
ÄÄ	61	0608	68451	Zuschüsse für den Tierschutz	Ansatz 2026: 90.000 € Ansatz 2027: 90.000 €		
Änderungsanträge der Fraktionen							
				Die Linke		AfD	
				Änderungsantrag Nr. 6		Änderungsantrag Nr. 4	

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag	Fraktion	Bemerkungen															
					2026: + 116.000 2027: + 116.000 a) Begründung zum Änderungsantrag: 1. Tierheim Berlin: Zur stärkeren Förderung insbesondere der Tierschutzbildung und Aufklärung rund um die tiergerechte Haltung, damit langfristig weniger Tiere im Tierheim abgegeben werden. 2. Berliner Tiertafel: Ausweisung in einer ausdrücklichen Titelerläuterung. 3. Die Projekte der Landestierschutzbeauftragten werden fortgeführt. b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan: Die Ausgaben sind vorgesehen für 1. Tierheim Berlin i. H. v. jährlich 50.000 € 2. Berliner Tiertafel – institutionelle Förderung i. H. v. jährlich 90.000 € 3. Projekte der Landestierschutzbeauftragten i. H. v. jährlich 66.000 € <table><tr><td>Ja</td><td>GRÜNE und LINKE</td></tr><tr><td>Nein</td><td>CDU, SPD und AfD</td></tr><tr><td>Enthaltung</td><td>–</td></tr><tr><td>Ergebnis</td><td>mehrheitlich abgelehnt</td></tr></table>	Ja	GRÜNE und LINKE	Nein	CDU, SPD und AfD	Enthaltung	–	Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt	2026: +/- 0 2027: +/- 0 a) Begründung zum Änderungsantrag: Die Einschätzung des Senats zur Förderung der Berliner Tiertafel wird nicht geteilt, das Tierheim Berlin dient auch der Daseinsvorsorge. Die Unterbringung, tierärztliche Versorgung, Seuchenprävention, Aufnahmebereitschaft liegen im Allgemeininteresse von Berlin. Aufgrund der Haushaltslage ist daher anders zu priorisieren. b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan: Die Ausgaben sind vorgesehen für die Unterstützung des Tierheim Berlin. <table><tr><td>Ja</td><td>AfD</td></tr><tr><td>Nein</td><td>CDU, SPD, GRÜNE und LINKE</td></tr><tr><td>Enthaltung</td><td></td></tr><tr><td>Ergebnis</td><td>mehrheitlich abgelehnt</td></tr></table>	Ja	AfD	Nein	CDU, SPD, GRÜNE und LINKE	Enthaltung		Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt
Ja	GRÜNE und LINKE																					
Nein	CDU, SPD und AfD																					
Enthaltung	–																					
Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt																					
Ja	AfD																					
Nein	CDU, SPD, GRÜNE und LINKE																					
Enthaltung																						
Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt																					

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag	Fraktion	Bemerkungen
171.	61	0608	68461	Förderung der Umsetzung der Ernährungsstrategie	Wie wird die Verstetigung des Projekts "Kantine Zukunft" erreicht? – Wie werden die vier Handlungsfelder (Lebensmittelverschwendung, Gemeinschaftsverpflegung, Ernährungsbildung, regionale Wertschöpfungsketten) aktuell umgesetzt und welche Projekte sind für 2026/27 konkret geplant? Bitte auflisten nach Projekt, Träger, Höhe der Mittel. – Warum sinkt der Ansatz 2026 (1,146 Mio. €) gegenüber dem Ist 2024 (2,174 Mio. €) so deutlich? – Welche Maßnahmen entfallen oder werden gekürzt, und welche werden priorisiert? – Welche Ko-Finanzierungen durch andere Senatsverwaltungen (z. B. BEK, Stadtentwicklung) sind für 2026/27 bereits gesichert? – Wie viele Ernährungslotsen sind aktuell in den Bezirken im Einsatz, wie werden sie finanziert, und welche Zielgruppen werden erreicht? – Wie werden die Bezirke in die Umsetzung eingebunden und wie wird die Qualität der Arbeit gesichert?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 462 bis 466
172.	61	0608	68461	Förderung der Umsetzung der Ernährungsstrategie	Wie erklärt der Senat den stark reduzierten Haushaltsansatz in diesem Bereich, der im Gesamthaushalt zwar kaum ins Gewicht fällt, für bundesweit anerkannte Projektträger und Zuwendungsempfänger wie die Verbraucherzentrale Berlin, Die Kantine Zukunft Berlin, den Ernährungsrat, das Baumhaus, die Berliner Tafel, Restlos Glücklich sowie zahlreiche teils ehrenamtlich engagierte Berlinerinnen und Berliner jedoch das Aus für ihre Arbeit bzw. Projekte bedeuten würde? Wie wird diese Entscheidung politisch und fachlich verantwortet? Bitte um einen Bericht, welche Maßnahmen 2024 und 2025 finanziert wurden (einschließlich des jeweiligen finanziellen Umfangs) und welche Maßnahmen geplant sind (ebenfalls mit Angabe des vorgesehenen finanziellen Umfangs)?	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 467 bis 470

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag	Fraktion	Bemerkungen
173.	61	0608	68461	Förderung der Umsetzung der Ernährungsstrategie	1.) Welche konkreten Maßnahmen sind in 2026/2027 in welcher Höhe geplant? Wie lässt sich der hohe Ist-Wert erklären? 2.) Mit welchen Projekten wird die Ernährungsstrategie fortgeführt und welche entfallen? Bitte benennen Sie die jeweiligen Projekte sowie deren Umsetzungsstand.	LINKE	Sammelvorlage, S. 471 bis 474
174.	61	0608	68461	Förderung der Umsetzung der Ernährungsstrategie	Welche Projekte/Projektträger sollen mit den Ansätzen 2026/2027 in welcher Höhe gefördert werden? Welche Projekte/Projektträger werden 2026/2027 nicht mehr gefördert?	AfD	Sammelvorlage, S. 475 bis 476
ÄÄ Neu	61	0608	68461	Förderung der Umsetzung der Ernährungsstrategie	Ansatz 2026: 1.146.000 € Ansatz 2027: 1.144.000 €		
Änderungsanträge der Fraktionen							
				Bündnis 90/Die Grünen <u>Änderungsantrag Nachtrag Nr. 3</u> 2026: + 1.000.000 2027: + 1.000.000 a) Begründung zum Änderungsantrag: An der Umsetzung der Berliner Ernährungsstrategie arbeiten seit über fünf Jahren unzählige Berlinerinnen und Berliner und gemeinnützige, zivilgesellschaftliche Organisationen (Speiseräume – Büro für angewandte Ernährungspolitik gGmbH, Berliner Tafel e.V., Ernährungsrat Berlin e.V., Baumhaus e.V., Restlos Glücklich e.V., Verbraucherzentrale Berlin e.V., Kochschule vom Kulturverein Markthalle Neun e.V., Yesil			

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag	Fraktion	Bemerkungen								
				Cember gGmbH, Lebensmittelpunkte u.v.m.); oft auch ehrenamtlich. Diese leisten einen sehr wichtigen Beitrag für gutes Essen für alle Berlinerinnen und Berliner, darunter Schul- und Kitakinder. Eine Kürzung fast um die Hälfte wäre die Vernichtung der mühsam aufgebauten Strukturen und Arbeitsplätze und ehrenamtliche Stellen in Berlin. Dabei wird das Land Berlin von den anderen Bundesländern aber auch vom Bund als Vorbild genommen. Daher muss hierbei zumindest Status Quo beibehalten werden. <table><tr><td>Ja</td><td>GRÜNE und LINKE</td></tr><tr><td>Nein</td><td>CDU, SPD und AfD</td></tr><tr><td>Enthaltung</td><td>–</td></tr><tr><td>Ergebnis</td><td>mehrheitlich abgelehnt</td></tr></table>	Ja	GRÜNE und LINKE	Nein	CDU, SPD und AfD	Enthaltung	–	Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt			
Ja	GRÜNE und LINKE														
Nein	CDU, SPD und AfD														
Enthaltung	–														
Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt														
175.	62	0608	68469	Zuschuss an die Verbraucherzentrale Berlin e.V. – Wie hoch sind die eingesparten Landesmittel durch den Ausstieg aus der Kofinanzierung (getrennt nach Projekten, v. a. Ernährung & wirtschaftlicher Verbraucherschutz)? – Wie hoch sind die dadurch wegfallenden Bundesmittel für Berlin in absoluten Zahlen? (Bitte getrennt nach Projekten aufschlüsseln.) – Wie entwickelt sich die Gesamtfinanzierung der Verbraucherzentrale Berlin im Vergleich der Jahre 2024–2027, wenn man Landesmittel, Bundesmittel und sonstige Einnahmen berücksichtigt? – Welche konkreten Angebote fallen durch den Wegfall der Kofinanzierung weg (z. B. Abmahnungen gegen Fakeshops, Aufklärung zu Überschuldung, Ernährungsbildung, Energieschuldenberatung)? – Welche Zielgruppen sind besonders betroffen (Jugendliche, Senior*innen, Menschen mit Energieschulden, Familien)?		CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 477 bis 479								

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag	Fraktion	Bemerkungen
					– Welche Rolle spielt die Berliner Verbraucherzentrale in den bundesweiten Verbundprojekten der Verbraucherzentralen? – Welche Nachteile entstehen für Berlin, wenn es als einziges Land aus der bundesweiten Zusammenarbeit aussteigt? – Welche Alternativen hat die Senatsverwaltung geprüft, um die Bundesmittel trotz knapper Landesfinanzen zu sichern (z. B. Umschichtungen, Projektbündelungen)? – Welche Gespräche hat der Senat mit dem Bund geführt, bevor die Kofinanzierung gestrichen wurde? – Welche anderen Bundesländer haben ihre Kofinanzierung reduziert oder eingestellt – und mit welchen Folgen?		
176.	62	0608	68469	Zuschuss an die Verbraucherzentrale Berlin e.V.	Welche Sach- und Personalmittel sind erforderlich, um die Verbraucherzentrale e. V. in ihrer derzeitigen Form an den beiden Berliner Standorten weiter zu betreiben? Sind im Haushaltsentwurf Mittel für aktuelle sowie absehbare Tarifanpassungen im Personalbereich vorgesehen? Falls nein: Mit welchen Maßnahmen gedenkt der Senat, die Finanzierung der Verbraucherzentrale unter Berücksichtigung der allgemeinen Kostensteigerungen sicherzustellen? Wie viele Stellen fallen konkret durch die Streichung des Landesanteils in der dualen Förderung zwischen Land und Bund weg? In welcher Höhe gehen Bundesmittel durch den Wegfall der dualen Förderung verloren? Welche Konsequenzen ergeben sich aus der vorgesehenen Kürzung der Landesmittel und dem damit verbundenen Wegfall von Bundesmitteln? In welchen Bereichen sind Leistungseinbrüche durch die Kürzungen besonders zu erwarten? Wie soll der Verbraucher*innenschutz in Bereichen „Ernährung“ und „wirtschaftlicher Verbraucher*innenschutz“ fortan erfolgen? Wie soll der Fortbestand der mobilen Verbraucher*innenberatung unter den Bedingungen der geplanten Kürzungen gewährleistet werden? Bitte stellen Sie die einzelnen Teilansätze für die mobile Verbraucher*innenberatung sowie die Energieschuldner*innenberatung tabellarisch dar.	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 480 bis 482

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag	Fraktion	Bemerkungen
					Wie bewertet der Senat die soziale Bedeutung dieser aufsuchenden Angebote insbesondere für einkommensschwache Haushalte? Welche Auswirkungen hat dies auf die Erreichbarkeit und Beratungsleistung der Verbraucherzentrale? Wie soll die Arbeit der Verbraucherzentrale insgesamt gesichert werden, wenn die Kürzung der dualen Förderung den Kernhaushalt der Verbraucherzentrale übermäßig belastet? Wie hoch war die Beratungsquote im Rahmen des Projekts „Information der Verbraucherinnen und Verbraucher auf dem Gebiet der Ernährung“ in den Jahren 2023, 2024 und 2025? Wie hoch war die Beratungsquote im Rahmen des Projekts „Information der Verbraucherinnen und Verbraucher im Bereich des wirtschaftlichen Verbraucherschutzes“ in den Jahren 2023, 2024 und 2025? Welche Projekte aus dem Bereich Energieberatung wurden aus diesem Titel 2024 bzw. 2025 finanziert und wie ist der Fortbestand dieser Projekte 2026 bzw. 2027 gesichert?		
177.	62	0608	68469	Zuschuss an die Verbraucherzentrale Berlin e.V.	1.) Bitte stellen Sie die Mittelverteilung sowie die Personalausstattung zwischen dem ersten und dem zweiten Standort der Verbraucherzentrale dar. Falls Beratungsangebote entfallen, benennen Sie bitte den jeweiligen Standort. 2.) Bitte legen Sie dar, in welcher Höhe Mittel für die Energieschuldenberatung Ost wegfallen. 3.) Bitte berichten Sie, ob und inwiefern die für 2026/2027 veranschlagten Finanzmittel für die Verbraucherzentrale auskömmlich sind.	LINKE	Sammelvorlage, S. 483
178.	62	0608	68469	Zuschuss an die Verbraucherzentrale Berlin e.V.	Bitte um Erläuterung der Reduzierung der Ansätze für 2026/2027 gegenüber dem Ansatz 2025 und dem Ist aus 2024. Speziell auch im Zusammenhang mit dem Wegfall der Dualen Förderung (50 %) der Verbraucherzentrale Berlin e.V. „Information der Verbraucherinnen und Verbraucher auf dem Gebiet der Ernährung“ und Dualen Förderung (50 %) der Verbraucherzentrale Berlin e.V. „Information der Verbraucherinnen und Verbraucher im Bereich des wirtschaftlichen Verbraucherschutzes“. Welchen Anteil haben diese Projekte kostentechnisch ausgemacht?	AfD	Sammelvorlage, S. 484

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag	Fraktion	Bemerkungen																
ÄA und ÄA Neu	62	0608	68469	Zuschuss an die Verbraucherzen- trale Berlin e.V.	Ansatz 2026: 2.100.000 €																		
					Ansatz 2027: 2.100.000 €																		
Änderungsanträge der Fraktionen																							
				Bündnis 90/Die Grünen	Die Linke	AfD																	
				<u>Änderungsantrag Nachtrag Nr. 4</u>	<u>Änderungsantrag Nr. 7</u>	<u>Änderungsantrag Nr. 5</u>																	
				2026: + 313.500 2027: + 313.500	2026: + 668.000 2027: + 668.000	2026: + 250.000 2027: + 250.000																	
				a) Begründung zum Änderungsantrag: Fortführung der Dualen Förderung (50 %) der Verbraucherzentrale Berlin e.V. „Information der Verbraucherinnen und Verbraucher auf dem Gebiet der Ernährung“ und „Information der Verbraucherinnen und Verbraucher im Bereich des wirtschaftlichen Verbraucherschutzes“.	a) Begründung zum Änderungsantrag: Die Verbraucherzentrale Berlin e. V. soll – wie in den Jahren 2024/2025 – weiterhin die entsprechenden Aufgaben und Projekte übernehmen und absichern.	a) Begründung zum Änderungsantrag: Die Mittel dienen dem Aus- und Aufbau einer wohnortnahen mobilen Verbraucherberatung.																	
				<table><tr><td>Ja</td><td>GRÜNE, LINKE und AfD</td></tr><tr><td>Nein</td><td>CDU und SPD</td></tr><tr><td>Enthaltung</td><td>–</td></tr><tr><td>Ergebnis</td><td>mehrheitlich abgelehnt</td></tr></table>	Ja	GRÜNE, LINKE und AfD	Nein	CDU und SPD	Enthaltung	–	Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt	<table><tr><td>Ja</td><td>GRÜNE und LINKE</td></tr><tr><td>Nein</td><td>CDU und SPD</td></tr><tr><td>Enthaltung</td><td>AfD</td></tr><tr><td>Ergebnis</td><td>mehrheitlich abgelehnt</td></tr></table>	Ja	GRÜNE und LINKE	Nein	CDU und SPD	Enthaltung	AfD	Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt	b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan: Die Ausgaben sind, über die institutionelle Förderung der Verbraucherzentrale Berlin e.V. hinaus, vorgesehen für den Aus- und Ausbau einer wohnortnahen mobilen Verbraucherberatung, um eine flächendeckende Beratung der Verbraucher sicherzustellen. Ansatz 2026 und 2027 je 250.000 €.	
				Ja	GRÜNE, LINKE und AfD																		
Nein	CDU und SPD																						
Enthaltung	–																						
Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt																						
Ja	GRÜNE und LINKE																						
Nein	CDU und SPD																						
Enthaltung	AfD																						
Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt																						
						<table><tr><td>Ja</td><td>AfD</td></tr><tr><td>Nein</td><td>CDU, SPD, GRÜNE und LINKE</td></tr><tr><td>Enthaltung</td><td>–</td></tr><tr><td>Ergebnis</td><td>mehrheitlich abgelehnt</td></tr></table>	Ja	AfD	Nein	CDU, SPD, GRÜNE und LINKE	Enthaltung	–	Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt									
						Ja	AfD																
Nein	CDU, SPD, GRÜNE und LINKE																						
Enthaltung	–																						
Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt																						
						<table><tr><td>Ja</td><td>AfD</td></tr><tr><td>Nein</td><td>CDU, SPD, GRÜNE und LINKE</td></tr><tr><td>Enthaltung</td><td>–</td></tr><tr><td>Ergebnis</td><td>mehrheitlich abgelehnt</td></tr></table>	Ja	AfD	Nein	CDU, SPD, GRÜNE und LINKE	Enthaltung	–	Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt									
						Ja	AfD																
Nein	CDU, SPD, GRÜNE und LINKE																						
Enthaltung	–																						
Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt																						

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag	Fraktion	Bemerkungen
179.	62	0608	68475	Förderung der Verbraucheraufklärung	Aus welchen Gründen sind im Titel 68475 keine finanzielle Mittel mehr vorgesehen? Welche Projekte und Maßnahmen wurden in den Jahren 2024 und 2025 aus diesem Titel konkret finanziert? Wie stellt der Senat sicher, dass Projekte im Bereich der Verbraucher*innenaufklärung für Migrantinnen und Migranten auch künftig gefördert werden und ihre Arbeit dauerhaft fortsetzen können? Wie bewertet der Senat die Wirkung dieser Projekte in Hinblick auf die vereinbarten Ziele der Verbraucherschutzministerkonferenzen? Wie viele Stellen fallen insgesamt durch die vollständige Streichung der Förderung der Verbraucher*innenaufklärung in Berlin weg? Welche Auswirkungen hat dies auf die Erreichbarkeit und Beratungsleistung der Verbraucherzentrale? Mit welchen konkreten Maßnahmen und welchen finanziellen Mitteln gedenkt der Senat künftig die Verbraucher*innenaufklärung in Berlin zu gewährleisten? Wie stehen diese Planungen in Einklang mit den bisherigen Zusagen Berlins auf Ministerkonferenzen, die Stärkung der Verbraucher*innenberatung und -aufklärung dauerhaft zu gewährleisten? In welcher Form wird berlinweit eine Mindestversorgung der Bevölkerung mit Verbraucherinformationen und -beratung künftig sichergestellt? Welche Projekte aus dem Bereich Energieberatung wurden aus diesem Titel 2024 bzw. 2025 finanziert und wie ist der Fortbestand dieser Projekte 2026 bzw. 2027 gesichert?	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 485 bis 487
180.	62	0608	68475	Förderung der Verbraucheraufklärung	Wie lässt sich der vollständige Wegfall der Mittel für Verbraucheraufklärung mit der Schwerpunktsetzung der Justiz- und Verbraucherverwaltung auf wirtschaftliche und digitale Verbraucherbildung – etwa im Rahmen des Vorzeigeprojekts „Fakeshop-Finder“ – sowie auf Projekte zu Ernährung, Lebensmittelsicherheit und Lebensmittelverschwendung vereinbaren?	LINKE	Sammelvorlage, S. 488
181.	62	0608	68475	Förderung der Verbraucheraufklärung	Bitte um Erläuterung des Wegfalls der Ansätze 2026/2027 und Projekte und Maßnahmen mit dem Wegfall 2026/2027 entfallen. Wie wird der Wegfall kompensiert?	AfD	Sammelvorlage, S. 489

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag	Fraktion	Bemerkungen																
ÄA und ÄA Neu	62	0608	68475	Förderung der Verbraucheraufklärung	Ansatz 2026: – € Ansatz 2027: – €																		
Änderungsanträge der Fraktionen																							
				Bündnis 90/Die Grünen <u>Änderungsantrag Nachtrag Nr. 5</u> 2026: + 105.000 2027: + 105.000 <i>a) Begründung zum Änderungsantrag:</i> Weiterführung des Projekts „Energieschuldenberatung Ost“.	Die Linke <u>Änderungsantrag Nr. 8</u> 2026: + 750.000 2027: + 750.000 <i>a) Begründung zum Änderungsantrag:</i> Die Verbraucherzentrale Berlin e. V. soll – wie in den Jahren 2024/2025 – weiterhin die entsprechenden Aufgaben und Projekte übernehmen und absichern.																		
				<table><tr><td>Ja</td><td>GRÜNE, LINKE und AfD</td></tr><tr><td>Nein</td><td>CDU und SPD</td></tr><tr><td>Enthaltung</td><td>–</td></tr><tr><td>Ergebnis</td><td>mehrheitlich abgelehnt</td></tr></table>	Ja			GRÜNE, LINKE und AfD	Nein	CDU und SPD	Enthaltung	–	Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt	<table><tr><td>Ja</td><td>GRÜNE und LINKE</td></tr><tr><td>Nein</td><td>CDU und SPD</td></tr><tr><td>Enthaltung</td><td>AfD</td></tr><tr><td>Ergebnis</td><td>mehrheitlich abgelehnt</td></tr></table>	Ja	GRÜNE und LINKE	Nein	CDU und SPD	Enthaltung	AfD	Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt
				Ja	GRÜNE, LINKE und AfD																		
				Nein	CDU und SPD																		
				Enthaltung	–																		
				Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt																		
Ja	GRÜNE und LINKE																						
Nein	CDU und SPD																						
Enthaltung	AfD																						
Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt																						
182.	64ff	0608	MG 02 68304	Förderung der Tierzucht (Finanzierung von Projekten zur Umsetzung der „Strategie für Bienen und andere Bestäuber in Berlin“)	Aus welchen Gründen soll die Finanzierung der Maßnahmen unter lfd. Nr. 4 gestrichen werden, obwohl das dadurch erzielbare Einsparpotenzial im Haushalt 2026/2027 nahezu unbedeutend ist? Mit welcher Begründung beabsichtigt das Land Berlin, das AFB-Monitoring vollständig abzuschaffen? Wie lässt sich die Streichung der Haushaltsmittel 2026/2027 zur Förderung des Honigbienenschutzes damit vereinbaren, dass der Regierende Bürgermeister sowie weitere Mitglieder der Landesregierung auf Veranstaltungen der Berliner Imkerschaft öffentlich die große Bedeutung	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 490 bis 492																

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag	Fraktion	Bemerkungen
					der Honigbienen hervorheben? Wurde der Landesverband der Berliner Imker in diese Entscheidung einbezogen? Wenn ja, wie? Wenn nein, warum nicht? Was geschieht mit den bisherigen Zuwendungsempfängern und wie soll mit den durch die Bienenkoordinierungsstelle aufgebauten Strukturen künftig verfahren werden? Wie bewertet der Senat die Möglichkeit einer Fortführung der Bienenkoordinierungsstelle durch den Landesimkerverband, worüber die zuständige politische Leitung der Senatsverwaltung vom Verband bereits schriftlich informiert wurde, zumal als Grund für die Einstellung der Haushaltsmittel offenbar die schwierige Zusammenarbeit mit der FU eine Rolle gespielt haben könnte? Auf welche Weise wurden bzw. werden Kitas, Schulen und weitere Zuwendungsempfänger – wie insbesondere Kleingärtnerinnen und -gärtner – über diese Entwicklung informiert, und mit welchen Reaktionen rechnet der Senat?		
ÄÄ Neu	64	0608	MG 02 68304	Förderung der Tierzucht	Ansatz 2026: 183.000 € Ansatz 2027: 188.000 €		
Änderungsanträge der Fraktionen							
				Bündnis 90/Die Grünen <u>Änderungsantrag Nachtrag Nr. 6</u> 2026: + 195.000 2027: + 213.000 <i>a) Begründung zum Änderungsantrag:</i> Der Teilansatz 4 wurde auf Null gesetzt. Das bedeutet für die Imkerschaft und ihre Honigbienenvölker und deren Gesundheit ein Desaster. Die Amerikanische Faulbrut			

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag	Fraktion	Bemerkungen
				ist eine der gefährlichsten Bienenkrankheiten weltweit. Die Arbeiten dran nicht mehr zu finanzieren, wäre nicht verantwortbar. Dass die Schul- und Kitakinder in ihrem Alltag das Naturwunder "Honigbienen" miterleben können, ist von unschätzbarem Wert. Das in Gänze bzw. überhaupt zu kürzen, hilft gar nicht, um am Landeshaushalt zu sparen. Aber dies bedeutet für unzählige Kinder bzw. für die Zuwendungsempfänger sehr viel. Sie im Stich zu lassen, wäre unverantwortlich. Daher sollte der Ansatz von 2025 beibehalten werden. <i>b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan:</i> Anpassung der Tabelle: Wiederherstellung des gestrichenen Teilansatzes 4 Finanzierung von Projekten zur Umsetzung der „Strategie für Bienen und andere Bestäuber in Berlin“ 4. a) Die Stabilisierung der Bienenbestände und deren Gesunderhaltung Ansatz 2026: + 10.000 Ansatz 2027: + 10.000 4. b) Die Unterstützung von Projekten zur Haltung von Bienenstöcken in Kitas, Schulen, Bildungseinrichtungen, öffentlichen Einrichtungen, in Kleingärten und auf Wohngebäuden			

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag	Fraktion	Bemerkungen								
				Ansatz 2026: + 55.000 Ansatz 2027: + 55.000 4. c) Bienenseuchen-Monitoring Amerikanische Faulbrut (AFB), Durchführung der labordiagnostischen Untersuchungen Ansatz 2026: + 80.000 Ansatz 2027: + 98.000 4. d) Bienenkoordinationsstelle zur wissenschaftlichen Begleitung der Bienenhaltung, der Bienengesundheit und des Bienenschutzes in der Forschung, Lehre und Weiterbildung Ansatz 2026: + 50.000 Ansatz 2027: + 50.000											
				<table><tr><td>Ja</td><td>GRÜNE, LINKE und AfD</td></tr><tr><td>Nein</td><td>CDU und SPD</td></tr><tr><td>Enthaltung</td><td>–</td></tr><tr><td>Ergebnis</td><td>mehrheitlich abgelehnt</td></tr></table>	Ja	GRÜNE, LINKE und AfD	Nein	CDU und SPD	Enthaltung	–	Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt			
Ja	GRÜNE, LINKE und AfD														
Nein	CDU und SPD														
Enthaltung	–														
Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt														
ÄÄ Neu	67	0608	MG 32 51185	Dienstleistungen für die verfahrens- abhängige IKT	Ansatz 2026: 1.204.000 € Ansatz 2027: 1.309.000 €										
Änderungsanträge der Fraktionen															
				Bündnis 90/Die Grünen <u>Änderungsantrag Nachtrag Nr. 7</u>											

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag		Fraktion	Bemerkungen							
				2026: - 250.000 2027: - 250.000 a) Begründung zum Änderungsantrag: Kürzung auf Ist-Prognose. <table><tr><td>Ja</td><td>GRÜNE und LINKE</td></tr><tr><td>Nein</td><td>CDU, SPD und AfD</td></tr><tr><td>Enthaltung</td><td>–</td></tr><tr><td>Ergebnis</td><td>mehrheitlich abgelehnt</td></tr></table>		Ja	GRÜNE und LINKE	Nein	CDU, SPD und AfD	Enthaltung	–	Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt		
Ja	GRÜNE und LINKE														
Nein	CDU, SPD und AfD														
Enthaltung	–														
Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt														
Kapitel 0610 – Strafverfolgungsbehörden															
183.	75	0610	über-greifend		– Wie viele Staatsanwält*innen sind aktuell im Dezernat für Steuerstrafsachen beschäftigt? Ist das Dezernat personell und sachlich ausreichend ausgestattet um die Anzahl an Steuerdelikten, insbesondere cum-ex Verfahren zu bewältigen? – Wie viele Staatsanwält*innen sind derzeit mit der Bekämpfung der organisierten Kriminalität beschäftigt? Wie sind die Zahlen im Vergleich zu 2024 und zu 2025? Ist hier eine Aufstockung geplant?	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 496 bis 494								
184.		0610	über-greifend	Asservatenkammer	Ist die Asservatenkammer der Justiz derzeit geschlossen oder geöffnet? Falls sie geschlossen ist, wann soll sie wieder eröffnet werden? Wo werden Asservate derzeit gelagert? Hat die Schließung Auswirkungen auf Durchsuchungen? Welche Mittel sind für die Asservatenstelle der Justiz unter welchem Titel für die Jahre 26/27 vorgesehen? Wie ist der Stand der Einrichtung einer gemeinsamen Asservatenstelle und wird diese 2026 umgesetzt? Falls nein, warum nicht? Welche Vereinbarungen wurden bzw. werden von SenInnen und SenJust zur Umsetzung getroffen?	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 495 bis 496								
185.	75 ff., 113 ff.	0610, 0620	über-greifend		1. Welches Ziel wird mit der Umgliederung verfolgt? Welche Auswirkungen hat dies auf den Haushaltsvollzug? Sind für künftige Haushaltsplanungen weitere Zusammenfassungen geplant? 2. Bitte die Personalplanung und -entwicklung vergleichbar und nach den einzelnen Einrichtungen getrennt darstellen.	LINKE	Sammelvorlage, S. 497								

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag	Fraktion	Bemerkungen
186.	78	0610	11923 (neu)	Einnahmen aus der Abschöpfung von Gewinnen aus Straftaten	Auf wie vielen aktuell laufenden Verfahren beruht die Einnahmeschätzung für die Planjahre 2026 und 2027 jeweils im Wesentlichen? Wie groß ist das Risiko der Mindereinnahme auf Basis der Vorjahreseinnahmen?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 498
187.	78	0610	11923 (neu)	Einnahmen aus der Abschöpfung von Gewinnen aus Straftaten	Bitte um Erläuterung und Gegenüberstellung des Jahres IST aus 2023 bis 2025 unter Einbeziehung der bisher in den Kapiteln 0611 und 0612 dargestellten Ansätze.	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 499
188.	79	0610	42201 (neu)	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	– Welche Stellen wurden in den Jahren 2024 und 2025 geschaffen und besetzt und welche Stellen sind offen? Die Schaffung welcher Stellen ist für die Jahren 2026 und 2027 vorgesehen? Welche davon sollen besetzt werden? Bitte um Darstellung pro Behörde (Generalstaatsanwaltschaft, Staatsanwaltschaft, Amtsanwaltschaft, Europäische Staatsanwaltschaft). – Konnten durch die Absenkung der Examensnoten als Voraussetzung für die Einstellung bei der Staatsanwaltschaft mehr neue Staatsanwält*innen eingestellt werden? Wie beurteilt der Senat diese Maßnahme?	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 500 bis 504
189.	79	0610	42201 (neu)	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Welche Stellen (BesGr.) wurden/ werden in den Jahren 2026 bis 2027 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 505
190.	79	0610	42801 (neu)	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Welche Stellen wurden in den Jahren 2024 und 2025 geschaffen und besetzt und welche Stellen offen sind? Die Schaffung welcher Stellen ist für die Jahren 2026 und 2027 vorgesehen? Welche davon sollen besetzt werden? Bitte um Darstellung pro Behörde (Generalstaatsanwaltschaft, Staatsanwaltschaft, Amtsanwaltschaft, Europäische Staatsanwaltschaft)	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 506 bis 508
191.	79	0610	42801 (neu)	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Welche Stellen (EGr.) wurden/ werden in den Jahren 2026 bis 2027 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 509
192.	80	0610	51101 (neu)	Geschäftsbedarf	Aus welchem Titel sollen „Bücher und Zeitschriften“ zukünftig finanziert werden? Falls nicht, wie wird die Qualität der juristischen Arbeit sichergestellt?	LINKE	Sammelvorlage, S. 510

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag	Fraktion	Bemerkungen
193.	80, 81, 84	0610	51140 (neu), 51802 (neu), 51925 (neu), 54002 (neu), 54053 (neu), 54079 (neu)	Mehrere	Wie ist die Absenkung gegenüber dem Ansatz des aktuellen Haushaltsplans zu erklären und woher sollen bisher aus diesen Titeln finanzierte Anschaffungen und Maßnahmen bestritten werden?	LINKE	Sammelvorlage, S. 511
194.	86 ff.	0610	MG 31 (neu) MG 32 (neu)	Verschiedene	Ist der nachhaltige und sichere Betrieb der IKT der Strafverfolgungsbehörden sichergestellt? Welche technischen Schulden laufen durch die Verzögerung von Ersatzbeschaffung und/oder die Verzögerung laufender Projekte auf?	LINKE	Sammelvorlage, S. 512
Kapitel 0620 – Ordentliche Gerichtsbarkeit							
195.		0620			Wie ist die Auslastung der Ausbildungsklassen für die Anwärtler?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 513
196.	113	0620	über- greifend		Wie viele Verfahrensbeistände waren in familiengerichtlichen Verfahren in 2023 und 2024 bestellt? Wie hat sich die Zahl in 2025 bislang entwickelt? Welche Mittel wurden von der Justizverwaltung dafür ausgegeben? Welche Mittel sind für Verfahrensbeistände in 2026 und 2027 veranschlagt. Bitte Angabe unter Nennung von Kapitel / Titel?	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 514
197.	117	0620	42201 (neu)	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Wie viele Richter und Richterinnen sind derzeit an den Berliner Gerichten insgesamt beschäftigt, aufgegliedert nach Gerichtszweigen und einzelnen Gerichten. Wie viele bzw. welcher Anteil der Richterstellen sind derzeit besetzt? Wie sind die Zahlen im Vergleich zu 2024? Rechnet die Justizverwaltung für 2026 und 2027 mit einem Abstieg der besetzten Richterstellen? Wie soll der Pensionierungswelle entgegengewirkt	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 515 bis 519

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag	Fraktion	Bemerkungen
					werden? Welche Mittel sind für die Haushaltsjahre 2026 und 2027 für Richterstellen veranschlagt? Bitte alle Angaben und Darstellungen unter Aufschlüsselung je Gericht.		
198.	117	0620	42201 (neu)	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Welche Stellen (BesGr.) wurden/ werden in den Jahren 2026 bis 2027 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 520
199.	117	0620	42202 (neu)	Bezüge der planmäßigen Richter/ Richterinnen	Sind in den Beträgen für die kommenden HH-Jahre die prognostizierten Kosten bei einer freiwilligen Verlängerung der Lebensarbeitszeit auf 68 Jahre bereits einberechnet?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 521
200.	117	0620	42202 (neu)	Bezüge der planmäßigen Richter/ Richterinnen	Welche Stellen (BesGr.) wurden/ werden in den Jahren 2026 bis 2027 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 522
201.	117	0620	42221 (neu)	Bezüge der Anwältinnen und Anwälter	Besteht weiterhin der Plan, die Plätze im juristischen Vorbereitungsdienst wie zuletzt in Bericht Nr. 192 der Haushaltsberatungen 24/25 angekündigt, zu erhöhen und wurden die dafür genannten Voraussetzungen inzwischen geschaffen? Wenn ja inwiefern (bitte erläutern)? Wie lange sind derzeit die Wartezeiten?	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 523 bis 524
202.	118	0620	42701 (neu)	Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter	Womit ist der deutliche Mittelaufwuchs für die Nr. 10. „Bildungsakademie Justizvollzug“ zu erklären?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 525
203.	118	0620	42701 (neu)	Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter	- TA 11 (alt): Welche Erkenntnisse hat der Senat im Hinblick auf die Einführung der Richterassistenz? Welche Mittel sind hierfür etaisiert?	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 526
204.	118	0620	42801 (neu)	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Welche Stellen (EGr.) wurden/ werden in den Jahren 2026 bis 2027 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 527
205.	119	0620	51101 (neu)	Geschäftsbedarf	Aus welchem Titel sollen „Bücher und Zeitschriften, juristische Datenbanken“ zukünftig finanziert werden? Falls nicht, wie wird die Qualität der juristischen Arbeit sichergestellt?	LINKE	Sammelvorlage, S. 528
206.	120	0620	51140 (neu)	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	Welche konkreten Anschaffungen wurden in 2024 und 2025 aus diesem Titel getätigt? Wie ist die Lebenszeiterwartung für die beschafften Gegenstände und ist eine regelmäßige Neubeschaffung des Bestandes mit dem Ansatz für 2026 und 2027 leistbar?	LINKE	Sammelvorlage, S. 529 sowie Anlage zur lfd. Nr. 206

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag	Fraktion	Bemerkungen
207.	120	0620	51408 (neu)	Dienst- und Schutzbekleidung	Aus welchem Titel sollen die hier nachgewiesenen Beschaffungen zukünftig finanziert werden?	LINKE	Sammelvorlage, S. 530
208.	122	0620 (bisher unter 0616; 0630)	51925 (neu)	Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements	– Konnten die bisher geplanten Renovierungen und Maßnahmen des Klimaschutzes der strafgerichtlichen Sitzungssäle wie angestrebt bis Ende 2025 und den in Ansatz gebrachten Mitteln fertiggestellt werden? Gibt es weitere Planungen hierzu? – Bitte um Erläuterung und Darlegung des Sachstandes der avisierten und neu geplanten Maßnahmen, insbesondere ob die für 2024 und 2025 geplanten Maßnahmen wie angestrebt rechtzeitig und mit den in Ansatz gebrachten Mitteln fertiggestellt werden konnten.	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 531 bis 532
209.	123	0620	52501 (neu)	Aus- und Fortbildung	– Bitte um Erläuterung der Streichungen der Teilansätze. – Wie wurden die Fortbildungen des nichttrichterlichen Personals zu Diversität und migrationsgesellschaftlicher Kompetenz angenommen und welche Erkenntnisse gewinnt der Senat bislang daraus?	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 533
210.	123	0620	52501 (neu)	Aus- und Fortbildung	Bitte die Kürzungen näher erläutern und begründen? Welche konkreten Fortbildungen, die in 2024 und 2025 stattgefunden haben, sieht die Senatsverwaltung künftig für nicht mehr notwendig an?	LINKE	Sammelvorlage, S. 534
211.	123	0620	52501 (neu)	Aus- und Fortbildung	Warum wird bei Sicherheits- und Deeskalationstraining und Führungskräftequalifizierung in 2026/2027 kein Bedarf gesehen?	AfD	Sammelvorlage, S. 535
212.	124	0620	52610 (neu)	Gutachten	Welche Art und welche Anzahl jeweils von Gutachten wurden in 2024 und 2025 beauftragt. Wie sollen diese zukünftig ersetzt werden? Aus welchen Titeln werden die Verpflichtungen aus den Vorjahren bezahlt?	LINKE	Sammelvorlage, S. 536 bis 537
213.	124	0620	52610 (neu)	Gutachten	Welche Gutachten entfallen mit dem Ansätze-Wegfall 2026/2027?	AfD	Sammelvorlage, S. 538
214.	125	0620	53111 (neu)	Ausschreibungen, Bekanntmachungen	Bitte um Erläuterung der Titelstreichung. Welche Mittel sind insgesamt im Vergleich zu 2025 für die Akquise von Nachwuchs-Jurist*innen vorgesehen?	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 539

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag	Fraktion	Bemerkungen
215.	125 f.	0620	53104 (neu), 53105 (neu), 53108 (neu), 53111 (neu), 54002 (neu), 54010 (neu), 54053 (neu)	Verschiedene	Wie ist die Absenkung gegenüber dem Ansatz des aktuellen Haushaltsplans zu erklären und woher sollen bisher aus diesen Titeln finanzierte Anschaffungen und Maßnahmen bestritten werden?	LINKE	Sammelvorlage, S. 540
216.	126	0620	54010 (neu)	Dienstleistungen	Bitte um Darstellung der Mittelverwendung des TA „Stärkung der Gerichtsvollzieherausbildung“ für 2024 und 2025. Womit begründet sich die Streichung des gesamten Titels. Bitte um Erläuterung welche Teilansätze hierdurch ersatzlos wegfallen.	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 541
217.	129 ff.	0620	MG31 (neu), MG32 (neu)	Verschiedene	Ist der nachhaltige und sichere Betrieb der IKT der ordentlichen Gerichtsbarkeit sichergestellt? Welche technischen Schulden laufen durch die Verzögerung von Ersatzbeschaffung und/oder die Verzögerung laufender Projekte auf?	LINKE	Sammelvorlage, S. 542
218.	132	0620	MG 32 (neu) 51185 (neu)	Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT	– Bitte um Erläuterung aller Teilansätze, auch hinsichtlich der Streichungen in 2027 – Wie verläuft die Einführung von forumStAR? In welchen Standorten wird forumSTAR bereits produktiv eingesetzt und wie hat sich die Umstellung auf die Arbeitsabläufe ausgewirkt? Wie ist die Anbindung and ie eAkte im Strafrecht technisch und organisatorisch ausgestaltet? – Konnte die Außerbetriebnahme von AuLAK im Jahr 2024 planmäßig abgeschlossen werden? Weshalb sind weitere Mittel in	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 543 bis 547

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag	Fraktion	Bemerkungen
					2026 für AuLAK veranschlagt? – Zum Teilansatz des Betriebsvertrages des Rechenzentrums ITDZ: Wie stellt sich die Migration des Rechenzentrum Justiz aktuell detailliert fachlich dar? Konnten die Teilprojekte so wie geplant abgeschlossen werden? Welche unvorhergesehenen Probleme gab es und wie bewertet der Senat die Migration des Rechenzentrums derzeit? – Bitte um Erläuterung zu den teilweise starken Anstiegen bei einzelnen Teilansätzen im Jahr 2026.		
219.	132 ff.	0620	MG32 (neu) 51185 (neu)	Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT	1. Welche der einzelnen Posten waren bisher in welchem Titel dargestellt? 2. Welche Einzelleistungen im 1. Planjahr werden durch den „Betriebsvertrag Rechenzentrum Justiz“ im zweiten Planjahr ersetzt? 3. Welche Fachverfahren werden jeweils durch welche neuen Verfahren ersetzt? Welche davon werden für welchen Zeitraum parallel betrieben?	LINKE	Sammelvorlage, S. 548 bis 550
ÄÄ und ÄÄ Neu	132 ff.	0620	MG32 (neu) 51185 (neu)	Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT	Ansatz 2026: 22.700.000 € Ansatz 2027: 25.693.000 €		
Änderungsanträge der Fraktionen							
				Bündnis 90/Die Grünen Änderungsantrag Nachtrag Nr. 8 2026: - 1.175.000 2027: - 1.183.000 a) Begründung zum Änderungsantrag: Gegenfinanzierung	Die Linke Änderungsantrag Nr. 9 2026: - 2.563.000 2027: - 2.647.000 a) Begründung zum Änderungsantrag: Gegenfinanzierung		

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag				Fraktion	Bemerkungen
				Ja	GRÜNE und LINKE	Ja	GRÜNE und LINKE			
				Nein	CDU, SPD und AfD	Nein	CDU, SPD und AfD			
				Enthaltung	–	Enthaltung	–			
				Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt	Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt			
220.	132 ff.	0620	MG 32 (neu) 51185 (neu), 81251 (neu), 81253 (neu), 81254 (neu), 81255 (neu), 81256 (neu),	Verschiedene	Bitte darstellen, welche Alt-Verfahren durch welche Neu-Verfahren in welchem Zeitraum ersetzt werden? Welche Verfahren mit vergleichbaren Zwecken müssen für welchen Zeitraum parallel betrieben werden?				LINKE	Sammelvorlage, S. 551
221.	134	0620	MG 32 (neu) 51186 (neu)	Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT (Rechenzentrum Justiz)	Wo ist der Unterschied zur ersten Zeile der Tabelle in der Erläuterung zum Titel 51185?				LINKE	Sammelvorlage, S. 552
222.	135	0620	MG 32 (neu) 52536 (neu)	Aus- und Fortbildung für die verfahrensabhängige IKT	Gibt es Planungen, den Wegfall zu kompensieren?				LINKE	Sammelvorlage, S. 553

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag	Fraktion	Bemerkungen
223.	136	0620	MG 32 (neu) 81254 (neu)	Informationsmanagement in der Ordentlichen Gerichtsbarkeit (Masterplan IMOG)	Bitte um Erläuterung des aktuellen Zeitplans der Erneuerung der Digitalen Netze in der ordentlichen Gerichtsbarkeit. Gabe es eine Verzögerung oder Veränderung bei den Kosten? Bitte jeweils anhand der Priorisierungen darstellen.	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 554 bis 555
Kapitel 0632 – Zentrales Mahngericht Berlin-Brandenburg							
224.	174	0632	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Welche Stellen (BesGr.) wurden/ werden in den Jahren 2026 bis 2027 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 556
225.	174	0632	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Welche Stellen (EGr.) wurden/ werden in den Jahren 2026 bis 2027 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 557
226.	174	0632	51101	Geschäftsbedarf	Bitte die Ansatzsteigerung 2026/2027 bei den Postgebühren um ca. 70% erläutern.	AfD	Sammelvorlage, S. 558
ÄÄ	174	0632	51101	Geschäftsbedarf	Ansatz 2026: 6.123.000 € Ansatz 2027: 6.119.000 €		
Änderungsanträge der Fraktionen							
				Bündnis 90/Die Grünen Änderungsantrag Nr. 6 2026: - 564.000 2027: - 474.000 a) Begründung zum Änderungsantrag: Gegenfinanzierung b) Titelerläuterung / verbindliche			

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag	Fraktion	Bemerkungen								
				Erläuterungen für den Haushaltsplan: Änderung der Tabelle TA 3 „Postgebühren“ Ansatz 2026 5.559.000 Ansatz 2027 5.645.000 <table><tr><td>Ja</td><td>GRÜNE und LINKE</td></tr><tr><td>Nein</td><td>CDU, SPD und AfD</td></tr><tr><td>Enthaltung</td><td>–</td></tr><tr><td>Ergebnis</td><td>mehrheitlich abgelehnt</td></tr></table>				Ja	GRÜNE und LINKE	Nein	CDU, SPD und AfD	Enthaltung	–	Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt
Ja	GRÜNE und LINKE														
Nein	CDU, SPD und AfD														
Enthaltung	–														
Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt														
227.	174 ff.	0632	51140, 51925, 52703, 54002, 54079 MG 32 51136, 51168	Verschiedene	Wie ist die Absenkung gegenüber dem Ansatz des aktuellen Haushaltsplans zu erklären und woher sollen bisher aus diesen Titeln finanzierte Anschaffungen und Maßnahmen bestritten werden?	LINKE	Sammelvorlage, S. 559								
Kapitel 0641 – Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg															
228.	180	0641	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Welche Stellen (BesGr.) wurden/ werden in den Jahren 2026 bis 2027 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 560								
229.	180	0641	42202	Bezüge der planmäßigen Richter/ Richterinnen	Welche Stellen (BesGr.) wurden/ werden in den Jahren 2026 bis 2027 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 561								
230.	180	0641	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Welche Stellen (EGr.) wurden/ werden in den Jahren 2026 bis 2027 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 562								

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag	Fraktion	Bemerkungen
231.	185 ff.	0641	MG 31 51143, 52511 MG 32 51168, 52536	Verschiedene	Ist der nachhaltige und sichere Betrieb der IKT sichergestellt? Welche technischen Schulden laufen durch die Verzögerung von Ersatzbeschaffung und/oder die Verzögerung laufender Projekte auf?	LINKE	Sammelvorlage, S. 563 bis 564
Kapitel 0642 – Verwaltungsgericht							
ÄA	194	0642	11109	Gerichtskosten	Ansatz 2026: 3.610.000 € Ansatz 2027: 3.610.000 €		
Änderungsanträge der Fraktionen							
				Bündnis 90/Die Grünen			
				<u>Änderungsantrag Nr. 7</u>			
				2026: + 890.000 2027: + 890.000			
				a) Begründung zum Änderungsantrag: Gegenfinanzierung (Erhöhung der zu erwartenden Einnahmen)			
				Ja	1 Stimme GRÜNE und LINKE		
				Nein	CDU, SPD und AfD		
				Nicht-teilnahme	2 Stimmen GRÜNE		
				Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt		

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag	Fraktion	Bemerkungen
232.	194	0642	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Welche Stellen (BesGr.) wurden/ werden in den Jahren 2026 bis 2027 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 565
233.	194	0642	42202	Bezüge der planmäßigen Richter/ Richterinnen	Welche Stellen (BesGr.) wurden/ werden in den Jahren 2026 bis 2027 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 566
234.	194	0642	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Welche Stellen (EGr.) wurden/ werden in den Jahren 2026 bis 2027 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 567
235.	196	0642	51925	Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements	Bitte um Erläuterung des Titels und der Streichung, insbesondere in Bezug auf die ggf. länger notwendige Weiternutzung des Gebäudes Kirchstraße 7 und deren Verwendung zur Instandhaltung und Erneuerung der Räumlichkeiten. Werden die hierfür notwendigen Mittel in anderen Kapiteln/Titeln nachgewiesen? Ist die Unterbringung und Arbeitsfähigkeit des Verwaltungsgerichts bis zur Fertigstellung des Kathreiner-Hauses sichergestellt?	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 568 bis 569
236.	196	0642	51925, 52501, 52511	Verschiedene	Wie ist die Absenkung gegenüber dem Ansatz des aktuellen Haushaltsplans zu erklären und woher sollen bisher aus diesen Titeln finanzierte Anschaffungen und Maßnahmen bestritten werden?	LINKE	Sammelvorlage, S. 570
237.	199	0642	MG 31 51160	Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT	Wie wird bei Streichung der Produkte Nrn. 2, 7 und 15 die Sicherheit des IKT-Betriebs sichergestellt? Welcher Ersatz wird aus welchem Titel finanziert? Wird das Produkt Nr. 18 durch die Erweiterung in Nr. 20 abgelöst?	LINKE	Sammelvorlage, S. 571
Kapitel 0651 – Sozialgericht							
238.	206	0651	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Welche Stellen (BesGr.) wurden/ werden in den Jahren 2026 bis 2027 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 572
239.	206	0651	42202	Bezüge der planmäßigen Richter/ Richterinnen	Welche Stellen (BesGr.) wurden/ werden in den Jahren 2026 bis 2027 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 573

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag	Fraktion	Bemerkungen
240.	206	0651	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Welche Stellen (EGr.) wurden/ werden in den Jahren 2026 bis 2027 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 574
241.	208	0651	51925	Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements	Welche mittelfristigen Auswirkungen auf den Sanierungsstau der Gebäude haben die hier getätigten Einsparungen?	LINKE	Sammelvorlage, S. 575
Kapitel 0661 – Justizvollzugsanstalt Plötzensee							
242.		0661	über-greifend	Bildungsakademie Justizvollzug	Wie bewertet der Senat die Wirksamkeit der Bildungsakademie im Hinblick auf die Qualifizierung und langfristige Bindung von Vollzugsbediensteten – und welche Kennzahlen liegen dazu vor?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 576
243.	217	0661	über-greifend		Welche weiteren Maßnahme zur Verbesserung der Suizidprävention im Vollzug sind geplant? Was ist das Ergebnis der Evaluation des Suizidscreenings?	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 577 bis 578
244.	217	0661	über-greifend		– Bitte um Darstellung, ob der Rollout des Projektes „ResoDigi“ wie vorgesehen vollzogen werden konnte ? Bitte um Darlegung der einzelnen Schritte/Termine –inklusive etwaiger Verzögerungen. – Wie ist der Umsetzungsstand der weiteren digitalen Bildungs- und Resozialisierungsangeboten in den Justizvollzugsanstalten? Bitte für jede JVA darstellen. – In welchen Justizvollzugsanstalten können bereits digitale Formate genutzt werden und welche Inhalte ((z. B. E-Learning, Mediation, Schuldnerberatung, Kommunikation) werden angeboten? – Wie ist die Wirkung und Akzeptanz bei den Inhaftierten und dem Personal jeweils? – Ist eine dauerhafte Etablierung und Ausweitung bzw. ggf. auch anderer Formate geplant?	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 579 bis 581
245.	219	0661	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Welche Stellen (BesGr.) wurden/ werden in den Jahren 2026 bis 2027 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 582

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag	Fraktion	Bemerkungen								
246.	220, 229	0661	42701, 54010	Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter, Dienstleistungen	Wie ist die aktuelle Personalsituation im Justizvollzugskrankenhaus? Bitte den Mehrbedarf für das Justizvollzugskrankenhaus begründen?	LINKE	Sammelvorlage, S. 583								
ÄA	220, 229	0661	42701, 54010	Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter, Dienstleistungen	Ansatz 2026: 2.589.000 € Ansatz 2027: 2.627.000 €										
Änderungsanträge der Fraktionen															
					Die Linke Änderungsantrag Nr. 10 2026: - 446.000 2027: - 405.000 a) Begründung zum Änderungsantrag: Gegenfinanzierung b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan: In Zeile 3 wird der Teilansatz für 2026 zu 1.573.000 und für 2027 zu 1.652.000 <table><tr><td>Ja</td><td>GRÜNE und LINKE</td></tr><tr><td>Nein</td><td>CDU, SPD und AfD</td></tr><tr><td>Enthaltung</td><td>–</td></tr><tr><td>Ergebnis</td><td>mehrheitlich abgelehnt</td></tr></table>	Ja	GRÜNE und LINKE	Nein	CDU, SPD und AfD	Enthaltung	–	Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt		
Ja	GRÜNE und LINKE														
Nein	CDU, SPD und AfD														
Enthaltung	–														
Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt														
247.	220	0661	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Welche Stellen (EGr.) wurden/ werden in den Jahren 2026 bis 2027 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 584								

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag	Fraktion	Bemerkungen
248.	220	0661	51101	Geschäftsbedarf	Werden die zukünftig nicht finanzierten Positionen (JVA-Plötzensee Nrn. 1 und 3, Bildungsakademie Justizvollzug Nr. 2 der Erläuterungen) abgeschafft oder werden diese zukünftig aus einem anderen Titel, wenn ja, welchem, finanziert?	LINKE	Sammelvorlage, S. 585
249.	222	0661	51408	Dienst- und Schutzkleidung	Sind von den aufgeführten Kosten zusätzliche Ausrüstungsgegenstände, insbesondere der Halsstichschutz, erfasst?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 586
250.	224	0661	51925	Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements	Welche mittelfristigen Auswirkungen auf den Sanierungsstau der Gebäude haben die hier getätigten Einsparungen?	LINKE	Sammelvorlage, S. 587
251.	225	0661	52501	Aus- und Fortbildung	Besteht für die Aus- und Fortbildung der Justizvollzugsbeamten die Möglichkeit, mittels VR alltägliche Betriebsabläufe (bsp. Haftraumkontrollen mit VR-Brillen) zu proben und wenn ja, wie gestaltet sich die Umsetzung?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 588
252.	228	0661	53111	Ausschreibungen, Bekanntmachungen	Mit welchen alternativen Maßnahmen sollen die mit der bisherigen Werbung verfolgten Ziele erreicht werden?	LINKE	Sammelvorlage, S. 589
253.	228	0661	53113	Werbung im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit	Zu Nr. 1: Welche Zielsetzung ist mit der Herausgabe des E-Mail-Newsletters im Rahmen der Werbemaßnahmen und Öffentlichkeitsarbeit des Berliner Justizvollzugs verbunden? Wie setzen sich die Kosten für diesen Newsletter zusammen? Sind die Mittel ausreichend?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 590
254.	228	0661	53113	Werbung im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit	Lassen sich die in der Erläuterung genannten Ziele mit dem verringerten Budget noch erreichen?	LINKE	Sammelvorlage, S. 591
255.	229	0661	54010	Dienstleistungen	Worauf basieren die Prognosen über die veränderten Einnahmen der Betriebe?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 592
256.	231	0661	81279	Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen	Wird der Bedarf an Schutzausrüstung gedeckt? In welchen Intervallen müssen die Schutzausrüstungsmaterialien ersetzt und gewartet werden?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 593

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag	Fraktion	Bemerkungen								
ÄA	236	0661	MG 32 51168	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrensabhängige IKT	Ansatz 2026: 70.000 € Ansatz 2027: 70.000 €										
Änderungsanträge der Fraktionen															
						AfD Änderungsantrag Nr. 6 2026: - 70.000 2027: - 70.000 a) Begründung zum Änderungsantrag: Aufgrund der angespannten Haushaltslage entfallen die Mittel und Investitionen im Bereich des Haftraummediensystems. <table><tr><td>Ja</td><td>AfD</td></tr><tr><td>Nein</td><td>CDU, SPD, GRÜNE und LINKE</td></tr><tr><td>Enthaltung</td><td>–</td></tr><tr><td>Ergebnis</td><td>mehrheitlich abgelehnt</td></tr></table>		Ja	AfD	Nein	CDU, SPD, GRÜNE und LINKE	Enthaltung	–	Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt
Ja	AfD														
Nein	CDU, SPD, GRÜNE und LINKE														
Enthaltung	–														
Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt														
ÄA	236	0661	MG 32 51185	Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT	Ansatz 2026: 2.133.000 € Ansatz 2027: 2.173.000 €										
Änderungsanträge der Fraktionen															
						AfD Änderungsantrag Nr. 7									

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag	Fraktion	Bemerkungen								
						2026: - 200.000 2027: - 200.000 a) Begründung zum Änderungsantrag: Aufgrund der angespannten Haushaltslage entfallen die Mittel und Investitionen im Bereich des Haftraummediensystems. b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan: Teilansatz Nr. 44 (Dienstleistungen und IT-Entwicklungen für das Haftraummediensystem): Teilansatz 2026 200.000 € -200.000 € Teilansatz 2027 200.000 € -200.000 € <table><tr><td>Ja</td><td>AfD</td></tr><tr><td>Nein</td><td>CDU, SPD, GRÜNE und LINKE</td></tr><tr><td>Enthaltung</td><td>–</td></tr><tr><td>Ergebnis</td><td>mehrheitlich abgelehnt</td></tr></table>		Ja	AfD	Nein	CDU, SPD, GRÜNE und LINKE	Enthaltung	–	Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt
Ja	AfD														
Nein	CDU, SPD, GRÜNE und LINKE														
Enthaltung	–														
Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt														
Kapitel 0663 – Justizvollzugsanstalt für Frauen															
257.	246	0663	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Welche Stellen (BesGr.) wurden/ werden in den Jahren 2026 bis 2027 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 594								
258.	246	0663	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Welche Stellen (EGr.) wurden/ werden in den Jahren 2026 bis 2027 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 595								

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag	Fraktion	Bemerkungen								
259.	250	0663	54010	Dienstleistungen	Durch welche Maßnahmen sollen die Kürzungen in diesem Titel kompensiert werden, damit die Resozialisierung weiterhin gewährleistet ist?	LINKE	Sammelvorlage, S. 596								
ÄA	250	0663	54010	Dienstleistungen	Ansatz 2026: 44.000 € Ansatz 2027: 44.000 €										
Änderungsanträge der Fraktionen															
					Die Linke Änderungsantrag Nr. 11 2026: + 141.000 2027: + 141.000 a) Begründung zum Änderungsantrag: Rücknahme der Kürzungen b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan: Die Ansätze für 2025 werden in 2026 und 2027 fortgeschrieben <table><tr><td>Ja</td><td>GRÜNE und LINKE</td></tr><tr><td>Nein</td><td>CDU, SPD und AfD</td></tr><tr><td>Enthaltung</td><td>–</td></tr><tr><td>Ergebnis</td><td>mehrheitlich abgelehnt</td></tr></table>	Ja	GRÜNE und LINKE	Nein	CDU, SPD und AfD	Enthaltung	–	Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt		
Ja	GRÜNE und LINKE														
Nein	CDU, SPD und AfD														
Enthaltung	–														
Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt														
Kapitel 0664 – Justizvollzugsanstalt des Offenen Vollzuges Berlin															
260.	254	0664	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Welche Stellen (BesGr.) wurden/ werden in den Jahren 2026 bis 2027 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 597								

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag	Fraktion	Bemerkungen								
261.	254	0664	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Welche Stellen (EGr.) wurden/ werden in den Jahren 2026 bis 2027 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 598								
262.	258	0664	54010	Dienstleistungen	Durch welche Maßnahmen sollen die Kürzungen in diesem Titel kompensiert werden, damit die Resozialisierung weiterhin gewährleistet ist?	LINKE	Sammelvorlage, S. 599								
ÄÄ	258	0664	54010	Dienstleistungen	Ansatz 2026: 56.000 € Ansatz 2027: 56.000 €										
Änderungsanträge der Fraktionen															
				Die Linke Änderungsantrag Nr. 12 2026: + 274.000 2027: + 274.000 a) Begründung zum Änderungsantrag: Rücknahme der Kürzungen b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan: Die Ansätze für 2025 werden in 2026 und 2027 fortgeschrieben <table><tr><td>Ja</td><td>GRÜNE und LINKE</td></tr><tr><td>Nein</td><td>CDU, SPD und AfD</td></tr><tr><td>Enthaltung</td><td>—</td></tr><tr><td>Ergebnis</td><td>mehrheitlich abgelehnt</td></tr></table>				Ja	GRÜNE und LINKE	Nein	CDU, SPD und AfD	Enthaltung	—	Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt
Ja	GRÜNE und LINKE														
Nein	CDU, SPD und AfD														
Enthaltung	—														
Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt														

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag	Fraktion	Bemerkungen
Kapitel 0666 – Justizvollzugsanstalt Moabit							
263.	261	0666	über-greifend	JVA Moabit - Teilanstalt	Ist der Teilabriss und -Neubau der leerstehenden Teilanstalt in der JVA Moabit geplant und etaisiert? Welche Mittel sind hierfür zu veranschlagen oder veranschlagt? In welchem Kapitel/Titel?	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 600
264.	262	0666	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Welche Stellen (BesGr.) wurden/ werden in den Jahren 2026 bis 2027 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 601
265.	263	0666	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Welche Stellen (EGr.) wurden/ werden in den Jahren 2026 bis 2027 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 602
266.	266	0666	54010	Dienstleistungen	Durch welche Maßnahmen sollen die Kürzungen in diesem Titel kompensiert werden, damit die Resozialisierung weiterhin gewährleistet ist?	LINKE	Sammelvorlage, S. 603
ÄA	266	0666	54010	Dienstleistungen	Ansatz 2026: 220.000 € Ansatz 2027: 220.000 €		
Änderungsanträge der Fraktionen							
				Die Linke Änderungsantrag Nr. 13 2026: + 590.000 2027: + 590.000 a) Begründung zum Änderungsantrag: Rücknahme der Kürzungen b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan: Die Ansätze für 2025 werden in 2026 und			

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag	Fraktion	Bemerkungen								
					2027 fortgeschrieben <table><tr><td>Ja</td><td>GRÜNE und LINKE</td></tr><tr><td>Nein</td><td>CDU, SPD und AfD</td></tr><tr><td>Enthaltung</td><td>–</td></tr><tr><td>Ergebnis</td><td>mehrheitlich abgelehnt</td></tr></table>	Ja	GRÜNE und LINKE	Nein	CDU, SPD und AfD	Enthaltung	–	Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt		
Ja	GRÜNE und LINKE														
Nein	CDU, SPD und AfD														
Enthaltung	–														
Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt														
Kapitel 0668 – Justizvollzugsanstalt Tegel															
267.	269	0668	über-greifend	JVA Tegel – Teilanstalt II und III	Bitte um Darstellung, in welchen Titeln und in welcher Höhe Mittel für den Umbau des die JVA Tegel und dort die Sanierung der Teilanstalten II und III etatisiert sind. Plant der Senat weiterhin den Umbau und die Sanierung der Teilanstalten? Welche Sanierungsmaßnahmen sind in welchen Zeitabschnitten geplant? Geht der Senat davon aus, dass mit den vorgesehenen Mitteln so saniert werden kann, dass der Resozialisierungsgedanke in der TA II erfolgreich umgesetzt werden kann? Wann ist die Inbetriebnahme vorgesehen?	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 604 bis 605								
268.	269	0668	über-greifend	JVA Tegel – Teilanstalt I	– Bitte um Darstellung des Baufortschritts der Teilanstalt 1 der JVA Tegel, wann mit welchen Kosten/Bauabschnitten zu rechnen/geplant wird und wann die Baufertigstellung geplant ist. Welche Verzögerungen und Baukostensteigerungen sind bislang bekannt und was sind die Gründe hierfür? Gab es eine Ausschreibung? – In welchen weiteren Titeln sind Mittel etaisiert? Von welchem Unternehmen wird der Neubau errichtet? – Wie viele Inhaftierte sollen in dem Neubau untergebracht werden? Sind neben Hafträumen auch Gemeinschaftsräume, Küchen oder andere Einrichtungen in dem Neubau geplant? Was ist hinsichtlich der bestehenden (teilweise leergezogenen) Teilanstalten auf dem Gelände der JVA Tegel geplant? – Welche weiteren Teilanstalten sollen abgerissen oder saniert werden? In welchem zeitlichen Rahmen? Welche Haushaltsmittel sind dafür veranschlagt, in welchen Haushaltsjahren, in welchem Kapitel / Titel?	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 606 bis 609								

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag	Fraktion	Bemerkungen
269.	269	0668	über-greifend	Sozialtherapeu-tische Anstalt (SothA)	Bitte um Darstellung wie hinsichtlich der Sozialtherapeutischen Anstalt der aktuellen Stand von Planung und Umsetzung ist und welche bisherigen und geplanten Ausgaben anfallen. Wie ist der weitere Zeitplan für Planungsabschluss, Baubeginn, Bau und Inbetriebnahme? Bitte um Darstellung der Entwicklung der Gesamtkosten und Verteilung auf Haushaltsjahre 2026/2027.	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 610
270.	270	0668	12505	Entgelte aus der Beschäftigung von Gefangenen	Worauf basieren die Prognosen über die veränderten Einnahmen der Betriebe?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 611
271.	271	0668	42201	Bezüge der plan-mäßigen Beamtin-nen und Beamten	Welche Stellen (BesGr.) wurden/ werden in den Jahren 2026 bis 2027 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 612
272.	271	0668	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Welche Stellen (EGr.) wurden/ werden in den Jahren 2026 bis 2027 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 613
273.	271	0668	51131	Bekleidung, Wäsche	Wieso entfällt die Nr. 3 "Wasch- und Reinigungskosten"?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 614
274.	271/ 276	0668	51133/ 54039	Erwerb von Tieren/ Haltung von Tieren	Wie wird der Einsatz der Hundestaffel für den Justizvollzug zum Aufspüren von verbotenen Gegenständen und Stoffen finanziell abgesichert und sind die bisher zur Verfügung gestellten Mittel auskömmlich, um die Staffel zu versorgen und auf die notwendige Größe zu erweitern?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 615
275.	271	0668	51133	Erwerb von Tieren	Bitte um Darlegung, inwiefern die neu angeschafften Spürhunde in Berliner Justizvollzugsanstalten im Jahr 2024 und 2025 bisher eingesetzt worden, unter Angaben des jeweiligen Einsatzanlass- und zwecks. Wie beurteilt der Senat den Erfolg des Kaufs eigener Spürhunde für die Justizvollzugsanstalten im Vergleich zur bisherigen Amtshilfe durch die Polizei Berlin und des Zolls? Bitte um Beantwortung unter Angabe von Zahlen und Daten. Welche Kosten zogen bisher die Amtshilfe-Einsätze nach sich? Plant der Senat die Anschaffung weiterer Spürhunde?	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 616

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag	Fraktion	Bemerkungen
ÄA	271	0668	51133	Erwerb von Tieren	Ansatz 2026: 7.000 € Ansatz 2027: 1.000 €		
Änderungsanträge der Fraktionen							
				Bündnis 90/Die Grünen			
				<u>Änderungsantrag Nr. 8</u>			
				2026: - 7.000 2027: - 1.000			
				a) Begründung zum Änderungsantrag: Gegenfinanzierung			
				b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan: Streichung des Titels			
		Ja	3 Stimmen GRÜNE und LINKE				
		Nein	CDU, SPD und AfD				
		Enthaltung	1 Stimme GRÜNE				
		Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt				
276.	275	0668	54010	Dienstleistungen	Welche Folgen hat die Streichung der Mittel für die Nr. 2. „Durchführung arbeitstherapeutischer Maßnahmen und Arbeitstraining für Gefangene“?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 617
277.	275	0668	54010	Dienstleistungen	– Bitte um Erläuterung der Ansatzveränderung und der Veränderung bzw. Streichungen der projektscharfen Teilansätze unter Darstellung des jeweiligen alten und neuen Ansatzes und des IST aus 2024 und 2025. – TA 4 (alt): Wie war das IST bei der Durchführung von Kursen zur Stressbewältigung für drogenabhängige Gefangene in den Jahren	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 618 bis 619

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag	Fraktion	Bemerkungen								
					2023 bis 2025 jeweils. Waren die Mittel auskömmlich? Wie war die Auslastung der Angebote in den Jahren 2024 und 2025? Wieso ist der Teilansatz gestrichen?										
278.	275	0668	54010	Dienstleistungen	Durch welche Maßnahmen sollen die Kürzungen in diesem Titel kompensiert werden, damit die Resozialisierung weiterhin gewährleistet ist?	LINKE	Sammelvorlage, S. 620								
ÄA	275	0668	54010	Dienstleistungen	Ansatz 2026: 190.000 € Ansatz 2027: 190.000 €										
Änderungsanträge der Fraktionen															
				Bündnis 90/Die Grünen <u>Änderungsantrag Nr. 9</u> 2026: + 200.000 2027: + 200.000 a) Begründung zum Änderungsantrag: Fortführung des Teilansatz 2, Anpassung des TA 4 und Wiedereinführung des TA 5 b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan: Anpassung der Tabelle: Erhöhung und Wiederherstellung der gestrichenen Teilansätze TA 2 „Durchführung arbeitstherapeutischer Maßnahmen und Arbeitstrainings für Gefangene“ Ansatz 2026: 90.000 € (+ 90.000) Ansatz 2027: 90.000 € (+ 90.000)	Die Linke <u>Änderungsantrag Nr. 14</u> 2026: + 242.000 2027: + 242.000 a) Begründung zum Änderungsantrag: Rücknahme der Kürzungen b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan: Die Ansätze in Zeilen 1, 2 und 4 für 2025 werden in 2026 und 2027 fortgeschrieben <table><tr><td>Ja</td><td>GRÜNE und 1 Stimme LINKE</td></tr><tr><td>Nein</td><td>CDU, SPD und AfD</td></tr><tr><td>Enthaltung</td><td>–</td></tr><tr><td>Ergebnis</td><td>mehrheitlich abgelehnt</td></tr></table>	Ja	GRÜNE und 1 Stimme LINKE	Nein	CDU, SPD und AfD	Enthaltung	–	Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt		
Ja	GRÜNE und 1 Stimme LINKE														
Nein	CDU, SPD und AfD														
Enthaltung	–														
Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt														

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag		Fraktion	Bemerkungen									
				TA 4 „Deutschkurse“ Ansatz 2026: 120.000 (+ 60.000) Ansatz 2027: 120.000 (+ 60.000) TA 5„Durchführung von Kursen zur Stressbewältigung für drogenabhängige Gefangene“ (neu) Ansatz 2026: 50.000 (+ 50.000) Ansatz 2027: 50.000 (+ 50.000) <table><tr><td>Ja</td><td>GRÜNE und LINKE</td></tr><tr><td>Nein</td><td>CDU, SPD und AfD</td></tr><tr><td>Enthaltung</td><td>–</td></tr><tr><td>Ergebnis</td><td>mehrheitlich abgelehnt</td></tr></table>		Ja	GRÜNE und LINKE	Nein	CDU, SPD und AfD	Enthaltung	–	Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt				
Ja	GRÜNE und LINKE																
Nein	CDU, SPD und AfD																
Enthaltung	–																
Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt																
279.	276	0668	54019	Belehrung, Unterhaltung	Ist der Weiterbetrieb der Gefangenzeitung "Lichtblick" gesichert? Ist mit Einschränkungen zu rechnen?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 621										
280.	276	0668	54039	Haltung von Tieren	Bitte um Erläuterung des Ansatzes und der Ansatzveränderung.	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 622										
Kapitel 0669 – Jugendstrafanstalt																	
281.	280	0669	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Welche Stellen (BesGr.) wurden/ werden in den Jahren 2026 bis 2027 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 623										
282.	280	0669	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Welche Stellen (EGr.) wurden/ werden in den Jahren 2026 bis 2027 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 624										

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag	Fraktion	Bemerkungen								
283.	284	0669	54010	Dienstleistungen	Durch welche Maßnahmen sollen die Kürzungen in diesem Titel kompensiert werden, damit die Resozialisierung weiterhin gewährleistet ist?	LINKE	Sammelvorlage, S. 625								
ÄA	284	0669	54010	Dienstleistungen	Ansatz 2026: 70.000 € Ansatz 2027: 70.000 €										
Änderungsanträge der Fraktionen															
					Die Linke Änderungsantrag Nr. 15 2026: + 115.000 2027: + 115.000 a) Begründung zum Änderungsantrag: Rücknahme der Kürzungen b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan: Die Ansätze für 2025 werden in 2026 und 2027 fortgeschrieben <table><tr><td>Ja</td><td>GRÜNE und LINKE</td></tr><tr><td>Nein</td><td>CDU, SPD und AfD</td></tr><tr><td>Enthaltung</td><td>—</td></tr><tr><td>Ergebnis</td><td>mehrheitlich abgelehnt</td></tr></table>	Ja	GRÜNE und LINKE	Nein	CDU, SPD und AfD	Enthaltung	—	Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt		
Ja	GRÜNE und LINKE														
Nein	CDU, SPD und AfD														
Enthaltung	—														
Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt														
Kapitel 0671 – Jugendarrestanstalt															
284.	288	0671	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Welche Stellen (BesGr.) wurden/ werden in den Jahren 2026 bis 2027 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 626								

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag	Fraktion	Bemerkungen
285.	288	0671	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Welche Stellen (EGr.) wurden/ werden in den Jahren 2026 bis 2027 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 627
Kapitel 0672 – Justizvollzugsanstalt Heidering							
286.		0672	über-greifend	Personal im AVD	Wieviel Personal steht dem allgemeinen Vollzugsdienst zur Verfügung? Ist ausreichen Personal im Einsatz, um die Sicherheit zu gewährleisten und wie viele zusätzliche Kräfte wären notwendig?	CDU/SPD	Sammelvorlage, S. 628
287.	294	0672	42201	Bezüge der plan-mäßigen Beamtin-nen und Beamten	Welche Stellen (BesGr.) wurden/ werden in den Jahren 2026 bis 2027 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 629
288.	294	0672	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Welche Stellen (EGr.) wurden/ werden in den Jahren 2026 bis 2027 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 630
289.	295	0672	51803 (neu)	Mieten für Maschinen und Geräte	Bitte erläutern.	LINKE	Sammelvorlage, S. 631
290.	298	0672	54010	Dienstleistungen	1. Durch welche Maßnahmen sollen die Kürzungen in Nr. 3 kompensiert werden, damit die Resozialisierung weiterhin gewährleistet ist? 2. Wie ist das IST 2024 und für 2025 bisher für die Nr. 7? Wie viele Gefangene nutzen den Dienst wie oft?	LINKE	Sammelvorlage, S. 632
ÄA	298	0672	54010	Dienstleistungen	Ansatz 2026: 2.960.000 € Ansatz 2027: 2.960.000 €		
Änderungsanträge der Fraktionen							
				Die Linke			
				Änderungsantrag Nr. 16			
				2026: + 688.000 2027: + 731.000			

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag	Fraktion	Bemerkungen								
					a) Begründung zum Änderungsantrag: Rücknahme der Kürzungen b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan: Die Steigerung wird jeweils in Zeile 3 der Erläuterungen addiert. <table><tr><td>Ja</td><td>GRÜNE und LINKE</td></tr><tr><td>Nein</td><td>CDU, SPD und AfD</td></tr><tr><td>Enthaltung</td><td>—</td></tr><tr><td>Ergebnis</td><td>mehrheitlich abgelehnt</td></tr></table>	Ja	GRÜNE und LINKE	Nein	CDU, SPD und AfD	Enthaltung	—	Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt		
Ja	GRÜNE und LINKE														
Nein	CDU, SPD und AfD														
Enthaltung	—														
Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt														
Kapitel 0691 – Soziale Dienste der Justiz - Gerichtshilfe und Bewährungshilfe -															
291.	302	0691	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Welche Stellen (BesGr.) wurden/ werden in den Jahren 2026 bis 2027 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 633								
292.	302	0691	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Welche Stellen (EGr.) wurden/ werden in den Jahren 2026 bis 2027 neu geschaffen und in welchen Organisationseinheiten?	AfD	Sammelvorlage, S. 634								
ÄA	305	0691	54010	Dienstleistungen	Ansatz 2026: 740.000 € Ansatz 2027: 740.000 €										
Änderungsanträge der Fraktionen															
					Die Linke										
					Änderungsantrag Nr. 17										
					2026: + 148.000 2027: + 148.000										

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	beschlossener Berichtsauftrag	Fraktion	Bemerkungen							
					a) Begründung zum Änderungsantrag: Rücknahme der Kürzungen b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan: Die Ansätze für 2025 werden in 2026 und 2027 fortgeschrieben <table><tr><td>Ja</td><td>GRÜNE und LINKE</td></tr><tr><td>Nein</td><td>CDU, SPD und AfD</td></tr><tr><td>Enthaltung</td><td>–</td></tr><tr><td>Ergebnis</td><td>mehrheitlich abgelehnt</td></tr></table>	Ja	GRÜNE und LINKE	Nein	CDU, SPD und AfD	Enthaltung	–	Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt	
Ja	GRÜNE und LINKE													
Nein	CDU, SPD und AfD													
Enthaltung	–													
Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt													

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts Antrag	Fraktion	Bemerkungen
Einzelplan 12 Kapitel 1250 MG 06 – Hochbaumaßnahmen der Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz							
293.			über- greifend	Kathreiner-Haus	Plant der Senat weiterhin den Umbau des Kathreiner-Hauses mit der Absicht, dass das Verwaltungsgericht Berlin das Gebäude bezieht? Bitte um Darstellung, in welchem Stadium sich der Umbau befindet, welche vorbereitenden Maßnahmen abgeschlossen sind, wann mit welchen Kosten/Bauabschnitten zu rechnen ist und wann die Baumaßnahmen planmäßig abgeschlossen sein werden. Bitte um Darstellung unter Angabe der Jahre. Wie ist die Zusammenarbeit mit dem Landesdenkmalamt aktuell organisiert? Welche Verzögerungen und Baukostensteigerungen sind bislang bekannt geworden und noch zu erwarten? Wurden Maßnahmen zur Kostenreduktion und/oder Bundesmittel oder Sonderprogramme geprüft? In welchen Titeln und in welcher Höhe sind Mittel für den Umbau des Kathreiner-Hauses etatisiert. Sind daneben Mittel für den Umbau auch im Sondervermögen und/oder im SILB veranschlagt?	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 635 bis 637
294.			über- greifend	Amtsgericht Marzahn-Hellersdorf	Bitte um Darstellung, in welchen Titeln Mittel und in welcher Höhe für das 12. Amtsgericht (Marzahn-Hellersdorf) etatisiert sind. Plant der Senat weiterhin die Errichtung eines 12. Amtsgerichts in Marzahn-Hellersdorf? Falls ja: Was ist der Planungs- bzw. Umsetzungsstand? Sind daneben Mittel für die Errichtung des 12. Amtsgerichts im SILB und/oder im Sondervermögen veranschlagt?	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 638
295.			über- greifend	JVA Tegel, Teilanstalt II und III	Bitte um Darstellung, in welchen Titeln und in welcher Höhe Mittel für den Umbau und Sanierung der Teilanstalten II und III der JVA Tegel im Einzelplan 12 und insgesamt etatisiert sind. Sind daneben Mittel für den Umbau auch im Sondervermögen und/oder im SILB veranschlagt?	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 639
296.	161	1250	MG 06 70177	Hochbaumaßnahmen der Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz	Bitte um Darstellung, in welchen Titeln und in welcher Höhe Mittel für den Neubau der Teilanstalt I der JVA Tegel im Einzelplan 12 und insgesamt etatisiert sind. Sind daneben Mittel für den Umbau auch im Sondervermögen und/oder im SILB veranschlagt?	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 640 bis 641

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
297.	162	1250	MG 06 70601	JVA Tegel, Erweiterungsbau Sicherungsverwahrung	Bitte um Darstellung des Baufortschritts, wann mit welchen Kosten/Bauabschnitten zu rechnen/geplant wird und wann die Baufertigstellung geplant ist. Welche Verzögerungen und Baukostensteigerungen sind bislang bekannt und was sind die Gründe hierfür? In welchen weiteren Titeln sind Mittel etaisiert?	GRÜNE	Sammelvorlage, S. 642 bis 643
298.	161 ff.	1250	MG 06	Allgemein Liegenschaften der Justiz	– Bitte um Darstellung, welche der in diesem Kapitel etaisierten Baumaßnahmen die Berliner Justiz betreffen. – Welche Baumaßnahmen verschieben sich aufgrund welcher Gründe zeitlich bis wann? – Welche Sanierungsmaßnahmen verschieben sich aufgrund welcher Gründe zeitlich bis wann? – Bitte um Darstellung aller Baumaßnahmen zur Sicherung von Liegenschaften JVA gegen Vandalismus und Brandanschläge.	AfD	Sammelvorlage, S. 644 bis 647
ÄA	161 ff.	1250	MG 06 Titel neu	Neubau Verwaltungsgericht Berlin, Standortplanung, Bauplanung und Bauvorbereitung	Ansatz 2026: – € Ansatz 2027: – €		
Änderungsanträge der Fraktionen							
						AfD	Änderungsantrag Nr. 8 2026: + 200.000 2027: + 200.000 a) Begründung zum Änderungsantrag: Die Mittel dienen der Finanzierung der Planung eines Neubaus des Verwaltungsgerichts Berlin. Ein Neubau des Verwaltungsgerichts wäre aus wirtschaftlichen

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
							Gründen dem Erhalt und der Sanierung des denkmalgeschützten Kathreiner-Hauses deutlich vorzuziehen. Zwar liegen die geschätzten Kosten für beide Varianten aktuell in einer ähnlichen Größenordnung von rund 120 Millionen Euro, doch bei einer näheren Betrachtung zeigt sich, dass die Sanierung mit erheblichen Zusatzaufwendungen verbunden ist. Allein die denkmalbedingten Mehrkosten werden auf etwa 5 Millionen Euro geschätzt – zuzüglich weiterer, derzeit nicht bezifferbarer Kosten für den Ausbau, die Dokumentation und Zwischenlagerung historischer Bauteile. Diese Belastungen entfallen bei einem Neubau vollständig. Hinzu kommt, dass das sanierte Kathreiner-Haus trotz des enormen Aufwands lediglich den Effizienzstandard EH 55 erreicht und damit dauerhaft höhere Betriebs-, Instandhaltungs- und Energiekosten verursachen wird als ein moderner Neubau. Auch in Bezug auf Planungssicherheit und Risikomanagement ist ein Neubau im Vorteil. Während beim Kathreiner-Haus durch Altbausubstanz und Abstimmungsprozesse mit der Denkmalpflege Verzögerungen und Kostensteigerungen nahezu vorprogrammiert sind, erlaubt ein Neubau eine klare Kalkulation und Umsetzung. Der geplante Baubeginn für das Kathreiner-Haus ist frühestens 2026, die Fertigstellung nicht vor 2029/30 zu erwarten –

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen								
						bei weiterhin unsicherem Kostenrahmen (vgl. schriftliche Anfrage 19/22081, Marc Vallendar). Angesichts der vergleichbaren Baukosten, aber deutlich geringeren Folge-, Risiko- und Zusatzkosten sowie der besseren technischen Anpassungsfähigkeit ist ein Neubau langfristig die eindeutig wirtschaftlichere Lösung b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan: Die Mittel dienen der Neubauplanung des Verwaltungsgerichts Berlin. Ziele: Standortplanung, Neubauplanung und Bauvorbereitung.									
						<table><tr><td>Ja</td><td>AfD</td></tr><tr><td>Nein</td><td>CDU, SPD, GRÜNE und LINKE</td></tr><tr><td>Enthaltung</td><td>–</td></tr><tr><td>Ergebnis</td><td>mehrheitlich abgelehnt</td></tr></table>		Ja	AfD	Nein	CDU, SPD, GRÜNE und LINKE	Enthaltung	–	Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt
Ja	AfD														
Nein	CDU, SPD, GRÜNE und LINKE														
Enthaltung	–														
Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt														
ÄÄ	161 ff.	1250	MG 06 Titel neu	JVA, Sicherung der Haftraumvergitterung mit Feinvergitterung	Ansatz 2026: – € Ansatz 2027: – €										
Änderungsanträge der Fraktionen															
						AfD <u>Änderungsantrag Nr. 9</u> 2026: + 100.000 2027: + 100.000									

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen								
						a) Begründung zum Änderungsantrag: Zu den Aufgaben zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung des allgemeinen Vollzugsdienstes gehört unter anderem die Verhinderung der Einbringung von verbotenen Substanzen. Bislang sind nicht alle Haftraumgitter mit Feinvergitterung ausgestattet, um das Hereinziehen von unerlaubten Gegenständen zu verhindern. b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan: Die Mittel dienen der sukzessiven Schaffung von Haftraumgittern mit stabilen Feinvergitterungen in den JVA, um das Hereinziehen von unerlaubten Gegenständen zu verhindern. <table><tr><td>Ja</td><td>AfD</td></tr><tr><td>Nein</td><td>CDU, SPD, GRÜNE und LINKE</td></tr><tr><td>Enthaltung</td><td>—</td></tr><tr><td>Ergebnis</td><td>mehrheitlich abgelehnt</td></tr></table>		Ja	AfD	Nein	CDU, SPD, GRÜNE und LINKE	Enthaltung	—	Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt
Ja	AfD														
Nein	CDU, SPD, GRÜNE und LINKE														
Enthaltung	—														
Ergebnis	mehrheitlich abgelehnt														

Ausschuss für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung, Verbraucherschutz

Nachtrag Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Einzelplan 06
- Justiz und Verbraucherschutz -

Lfd. Nr.	Seite des Entwurfs HH 26/27	Entwurf Haushaltsplan 26/27 Ansätze in €	Ansatz/Verpflichtungsmächtigung mehr (+) weniger (-) in €	a) Begründung zum Änderungsantrag b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan c) Haushaltsvermerke
1	24	Kapitel 0600 Titel 52703 Dienstreisen Ansatz 2026 59.300 Ansatz 2027 59.800	 - 20.000 - 20.000	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> <i>Gegenfinanzierung.</i>
2	54	Kapitel 0608 Titel 53105 Beteiligung an Messen und Ausstellungen Ansatz 2026 280.000 Ansatz 2027 280.000	 - 168.500 - 168.500	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> <i>Gegenfinanzierung.</i>
3	61	Kapitel 0608 Titel 68461 Förderung der Umsetzung der Ernährungsstrategie Ansatz 2026: 1.146.000 Ansatz 2027: 1.144.000	 + 1.000.000 + 1.000.000	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> An der Umsetzung der Berliner Ernährungsstrategie arbeiten seit über fünf Jahren unzählige Berlinerinnen und Berliner und gemeinnützige, zivilgesellschaftliche Organisationen (Speiseräume

				– Büro für angewandte Ernährungspolitik gGmbH, Berliner Tafel e.V., Ernährungsrat Berlin e.V., Baumhaus e.V., Restlos Glücklich e.V., Verbraucherzentrale Berlin e.V., Kochschule vom Kulturverein Markthalle Neun e.V., Yesil Cember gGmbH, Lebensmittelpunkte u.v.m.); oft auch ehrenamtlich. Diese leisten einen sehr wichtigen Beitrag für gutes Essen für alle Berlinerinnen und Berliner, darunter Schul- und Kitakinder. Eine Kürzung fast um die Hälfte wäre die Vernichtung der mühsam aufgebauten Strukturen und Arbeitsplätze und ehrenamtliche Stellen in Berlin. Dabei wird das Land Berlin von den anderen Bundesländern aber auch vom Bund als Vorbild genommen. Daher muss hierbei zumindest Status Quo beibehalten werden.
4	62	Kapitel 0608 Titel 68469 Zuschuss an die Verbraucherzentrale Berlin e.V. Ansatz 2026 2.100.000 Ansatz 2027 2.100.000	+ 313.500 + 313.500	a) Begründung zum Änderungsantrag Fortführung der Dualen Förderung (50 %) der Verbraucherzentrale Berlin e.V. „Information der Verbraucherinnen und Verbraucher auf dem Gebiet der Ernährung“ und „Information der Verbraucherinnen und Verbraucher im Bereich des wirtschaftlichen Verbraucherschutzes“.

5	62	Kapitel 0608 Titel 68475 Förderung der Verbraucheraufklärung Ansatz 2026 - Ansatz 2027 -	+ 105.000 + 105.000	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Weiterführung des Projekts „Energieschuldenberatung Ost“
6	64	Kapitel 0608 MG 02 Titel 68304 Förderung der Tierzucht Ansatz 2026 183.000 Ansatz 2027 188.000	+ 195.000 + 213.000	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Der Teilansatz 4 wurde auf Null gesetzt. Das bedeutet für die Imkerschaft und ihre Honigbienenenvölker und deren Gesundheit ein Desaster. Die Amerikanische Faulbrut ist eine der gefährlichsten Bienenkrankheiten weltweit. Die Arbeiten dran nicht mehr zu finanzieren, wäre nicht verantwortbar. Dass die Schul- und Kitakinder in ihrem Alltag das Naturwunder "Honigbienen" miterleben können, ist von unschätzbarem Wert. Das in Gänze bzw. überhaupt zu kürzen, hilft gar nicht, um am Landeshaushalt zu sparen. Aber dies bedeutet für unzählige Kinder bzw. für die Zuwendungsempfänger sehr viel. Sie im Stich zu lassen, wäre unverantwortlich. Daher sollte der Ansatz von 2025 beibehalten werden. <i>b) Titelerläuterung / verbindliche Erläuterungen für den Haushaltsplan</i> Anpassung der Tabelle: Wiederherstel-

				lung des gestrichenen Teilansatzes 4 Finanzierung von Projekten zur Umsetzung der „Strategie für Bienen und andere Bestäuber in Berlin“ 4. a) Die Stabilisierung der Bienenbestände und deren Gesunderhaltung Ansatz 2026: + 10.000 Ansatz 2027: + 10.000 4. b) Die Unterstützung von Projekten zur Haltung von Bienenstöcken in Kitas, Schulen, Bildungseinrichtungen, öffentlichen Einrichtungen, in Kleingärten und auf Wohngebäuden Ansatz 2026: + 55.000 Ansatz 2027: + 55.000 4. c) Bienenseuchen-Monitoring Amerikanische Faulbrut (AFB), Durchführung der labordiagnostischen Untersuchungen Ansatz 2026: + 80.000 Ansatz 2027: + 98.000 4. d) Bienenkoordinationsstelle zur wissenschaftlichen Begleitung der Bienenhaltung, der Bienengesundheit und des Bienenschutzes in der Forschung, Lehre und Weiterbildung Ansatz 2026: + 50.000 Ansatz 2027: + 50.000
--	--	--	--	--

7	67	Kapitel 0608 MG 32 Titel 51185 Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT Ansatz 2026 1.204.000 Ansatz 2027 1.309.000	- 250.000 - 250.000	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Kürzung auf Ist-Prognose.
8	132	Kapitel 0620 MG32 (neu) Titel 51185 (neu) Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT Ansatz 2026 22.700.000 Ansatz 2027 25.693.000	- 1.175.000 - 1.183.000	<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Gegenfinanzierung.

*Hinweis: Verbindliche Erläuterungen und Haushaltsvermerke wie Sperrvermerke und qualifizierte Sperrvermerke werden Bestandteil des Haushaltsplans und haben Teil an der Rechtskraft des Haushaltsgesetzes.